

# GeschichtsKorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 1/21. Jg.

Mitteilungsblatt

Februar 2015

---

Zu dieser Ausgabe:

In dieser Ausgabe dokumentieren wir die auf unserer Konferenz „Die I. und die II. Internationale – Erfahrungen und Lehren“ am 18. Oktober 2014 gehaltenen Vorträge von Wolfgang Triebel und Heinz Niemann. Sie vermittelten nicht nur einen interessanten Einblick in den reichen Fundus von Erfahrungen des internationalen Zusammenwirkens der sozialistischen Bewegung, sondern auch daraus zu ziehende wichtige aktuelle Lehren.

Mit dem Vortrag von Reiner Zilkenat schließen wir unsere Information über die Konferenz am 10. Mai vorigen Jahres zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges ab.

Die Beiträge von Siegfried Prokop und Heinz Karl entstammen unseren Donnerstag-Veranstaltungen am 9. Oktober und 6. November vorigen Jahres.

Abschließend verweisen wir auf unsere nächsten Donnerstag-Veranstaltungen und unsere Konferenz am 9. Mai dieses Jahres: „1955 – Jahr der Entscheidungen“. Ihre Thematik steht im engsten Zusammenhang sowohl mit dem historischen Sieg von 1945 als auch mit den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Verteidigung oder restlose Liquidierung seiner Früchte.

Heinz Karl

*Inhaltsverzeichnis*

Editorial	S. 1
Prof. Dr. sc Wolfgang Triebel Zum friedenspolitischen Vermächtnis der I. und II. Internationale	S. 3
Prof. Dr. sc. Heinz Niemann Die Zweite Internationale – Leistung, Krise und Zerfall	S. 15
Dr. Reiner Zilkenat Die „Fischer-Kontroverse“ – Geschichtsschreibung wider den „Zeitgeist“ in der BRD in den sechziger Jahren	S. 30
Prof. Dr. sc. Siegfried Prokop 1989 – eine friedliche Revolution?	S. 39
Prof. Dr. sc. Heinz Karl Die DDR: Leistung. Grenzen. Lehren	S. 47
Die nächsten Veranstaltungen des Arbeitskreises	S. 56
Einladung zur Konferenz „1955 – Jahr der Entscheidungen“ am 9. Mai 2015 in Berlin	S. 56

---

Impressum: Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern/ Interessenten des Arbeitskreises per E-Mail kostenlos zur Verfügung gestellt.

E-Mail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)  
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint April 2015.

Prof. Dr. sc. phil. Wolfgang Triebel

## **Zum friedenspolitischen Vermächtnis der I. und II. Internationale**

### **Vorbemerkung:**

Der jahrtausendealte Friedenswille der Völker ist ungebrochen. Ihn durchzusetzen, hat die internationale Arbeiterbewegung dem Kapitalismus im 19. und dem Imperialismus im 20. Jahrhundert primär in Europa und den USA immer mehr ihrer sozialen Rechte abgerungen. Aber Kriege aus dem Leben der Menschheit zu verbannen, das haben nicht die I., nicht die II. und auch nicht die III. Internationale vermocht. Angesichts der Kriegserfahrungen der Völker im 20. Jahrhundert und erneuter Kriegshysterie heute scheinen der bisherige Friedenskampf internationaler Arbeiterbewegungen sowie die weltweiten Friedensbemühungen anderer sozialer Schichten ad absurdum geführt – aber eben nur scheinbar.

Mit Besinnung auf die humanistischen Quellen des Sozialismus, auf das friedenspolitische Vermächtnis der I. und II. Internationale der Arbeiterbewegung und auf die Friedenskultur aller Völker sind neue Initiativen und wirksame Aktivitäten unterschiedlich motivierter Kriegsgegner möglich. Eine solche Geschlossenheit aller Friedenswilligen kann dem kriegsverbrecherischen Treiben der internationalen Rüstungsmafia und dem mit ihr global versippten Bank-, Wirtschafts- und Industriekapital Einhalt gebieten. Dieser zahlenmäßig kleinen Gruppe Kriegstreiber und Kriegsgewinnler stehen fast sieben Milliarden Menschen gegenüber, die für ihr Leben Vieles brauchen, aber gewiss keine mörderischen Waffen und bestimmt keine Kriege. Solange aber Arbeiter und Techniker Vernichtungswaffen produzieren, wird es Kriege geben. Nach den Grauen zweier Weltkriege hatten Millionen Menschen gefordert: *Nie wieder Krieg!*

### 1. Gesellschaftspolitische Umbrüche des 19. Jahrhunderts

Das 19. Jahrhundert war durch strukturelle Umbrüche und Verschiebungen im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen gekennzeichnet. Teile des liberalen Bürgertums schlossen zur Bourgeoisie auf, die in der Frage der politischen Macht über den Adel gesiegt hatte. Gleichzeitig aber war die Bourgeoisie mit einer neuen sozialen Klasse konfrontiert, der *Arbeiterklasse*. Bourgeoisie und Arbeiterklasse mussten das zwischen ihnen – objektiv – bestehende Wechselverhältnis als gegenseitige Abhängigkeit erkennen und bei der Herausbildung einer neuen industriellen Infrastruktur sozialpolitisch bestimmen. Die Dynamik der gesellschaftlichen Prozesse beschleunigte die Zuspitzung der zwischen beiden Klassen bestehenden Widersprüche. Bevor ich friedenspolitische Aktivitäten der I. Internationale hervorhebe, müssen die nach meiner Meinung wichtigsten gesellschaftlichen Umbrüche benannt werden, die die Entwicklung der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert direkt betrafen und auf die die I. Internationale reagieren musste.

### **Kriege, Volkserhebungen und Revolutionen**

Auch am Beginn des 19. Jahrhunderts haben Kriege gestanden. Die Napoleonischen Eroberungskriege waren mit Brandschatzungen, Plünderungen und Annexionen verbunden. Ebenso brachten die Kriege zur Befreiung von Napoleons Fremdherrschaft neue Verwüstungen und weiteres Elend. Wiener Kongress und Heilige Allianz 1814/1815 schufen eine politische Neuordnung der Machtsphären der Großmächte. Die Verheißungen der Französischen Revolution von 1789 – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – haben um Europas Völker einen großen Bogen gemacht. Ähnliches geschah zeitgleich in Nordamerika.

Von 1812 bis 1814 führten England und die USA um Florida und Teile Kanadas Krieg, der von den exportabhängigen Süd- und Mittelstaaten der USA unterstützt wurde. Im Nordosten dagegen war dieser Krieg höchst unpopulär, er behinderte deren begonnene kulturelle und industrielle Blütezeit, zudem war am 24./25. August 1814 Washington zerstört worden. Vor diesem Hintergrund bildeten sich ab 1814/15 in den USA die ersten amerikanischen Friedensgesellschaften (Peace Societies). Die militärischen Annexionen der US-Regierung zur Ausdehnung ihres Territoriums, 1817 von Mississippi und Illinois, 1819 von Alabama, 1820 Maine und 1822 von Missouri, führten 1826 zum Zusammenschluss der verschiedenen Friedensgruppen zur nationalen „AMERICAN PEACE SOCIETY“. Deren Hauptargument lautete, Kriege behindern

den Handel zwischen Staaten. In England hatten sich 1816 die Quäker zur Britischen Friedensbewegung gemauert. In Amerika sowie in Europa schlossen sich bürgerlich-liberale Antikriegskräfte in politischen Friedensorganisationen zusammen.

Im Gefolge der Julirevolution in Frankreich trat 1831 in Brüssel ein von Intellektuellen, Handwerkern und Arbeitern getragener Internationaler Friedenskongress zusammen, auf dem ein Verbot von Kriegen diskutiert wurde. Die militärischen Kämpfe im Gefolge der revolutionären Erhebungen in Europa 1848 führten im gleichen Jahre zur Einberufung eines ersten Internationalen Friedenskongresses in Brüssel, danach 1849 in Paris unter Vorsitz von Victor Hugo (1802 – 1885). Aus den nahezu jährlichen Zusammenkünften wurde 1867 die „Internationale Liga für Frieden und Freiheit“, neben Victor Hugo repräsentiert u. a. durch den Italiener Giuseppe Garibaldi (1807 – 1882) und den Russen Michael Bakunin (1814 – 1876).

Aus der Rede Victor Hugos vom 30. Mai 1878 zum 100. Todestag von Voltaire ist die Tendenz seines Friedensdenkens zu erkennen: „... der Krieg ist in Anklagezustand versetzt; ...die Zivilisation [leitet] den Prozess gegen die Eroberer und Feldherren...und stellt alle Straftaten zusammen. ... Die Völker lernen begreifen, dass... Töten ein Verbrechen ist, der Massenmord aber kein mildernder Umstand sein kann; dass, wenn Stehlen eine Schmach ist, Erobern darum noch kein Ruhm sein kann;... dass man in den Augen des ewigen Gottes das Gesicht des Mörders nicht ändert, weil man ihm anstatt einer Zuchthausmütze eine Krone auf den Kopf setzt.“ (Lang anhaltende Zustimmung...)

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden in Europa und in Nordamerika neue politische Machtverhältnisse geschaffen, von oben meist mit Krieg. Der dagegen von unten betriebene Sturz der Bourbonenherrschaft in der Julirevolution in Frankreich 1830 hatte über Frankreich hinaus politische Signalwirkung für weitere Volkserhebungen. Im Januar 1848 begann in Mailand und auf Sizilien die bürgerliche Revolution in Italien, im Februar folgte Frankreich, Ende Februar erschien in London das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels, Anfang März Ausbruch der Revolution in Süd- und Westdeutschland, am 13. März in Wien, am 18. März Barrikadenkämpfe in Berlin, Ende März 1848 Aufstände in Schleswig-Holstein. „All das und mehr der gleichen Art“ schrieb Golo Mann, „ließ eine große innereuropäische Explosion erwarten. Sie wurde auch erwartet. Sie wurde von vielen vorausgesagt, von Konservativen und von Neuerungsüchtigen, von tätig Anteilnehmenden und von kühlen Zuschauern... Zu fragen ist hier...warum sie [die Revolution von 1848. W.T.] so wenig ausrichtete, so wenig löste; warum die Aufgaben, die sie zu lösen versprach, nicht damals...gelöst wurden und letzten Endes auch... bis zum heutigen Tag aufgelöst sind.“

Eine Antwort darauf ist, dass 1849 die revolutionären Bewegungen in Österreich-Ungarn mit Hilfe russischer Truppen und die Aufständischen in Italien unter Garibaldi von französischen Soldaten niedergeschlagen wurden. Von den Kriegen zu Beginn der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts sei hier nur der Krieg Preußens und Österreichs gegen Dänemark von 1864 hervorgehoben. Preußen einverleibte sich die Herzogtümer Schleswig und Holstein. Theodor Storm (1817 – 1888) beschrieb, warum für die Bevölkerung Schleswig-Holsteins die Gewalt von Preußens Soldaten erschreckend war, „weil sie von denen kommt, die wir gegen die Gewalt zu Hilfe riefen und die uns jetzt...wie einen besiegten Stamm behandeln, indem sie die wichtigsten Einrichtungen, ohne uns zu fragen, über den Haufen werfen und andere dafür nach Gutdünken oktroyieren... so kommt doch jeder Kerl von dort mit der Miene des kleinen persönlichen Eroberers und als müsse er uns erst die höhere Weisheit bringen... Die unglaublich naive Rohheit dieser Leute vertieft die Furche des Hasses, die Preußens Vorfahren tief in die Stirn der Schleswig-Holsteiner eingruben.“

Preußens Machthaber haben ihre unseligen militaristischen Traditionen früher als andere Staaten vervollkommen und in Nazideutschland als Exzess betrieben. Anfangs des Jahrhunderts gab es in mehreren Staaten spontane Volkserhebungen gegen Krieg und militärische Gewalt, in den nachfolgenden Jahren waren es bereits organisierte Arbeiter, die sich gegen Kriege ihrer Herrscher wenden.

### **Industrielle Revolution & Handelskapital versus Arbeiterklasse**

Während Wiener Kongress und Heilige Allianz die feudale Kleinstaaterei in Europa zu retten versuchten, drängte die industrielle Revolution auf deren Überwindung. Zollbestimmungen und

militärische Händel zwischen einzelnen Staaten behinderten die Entfaltung des Kapitalismus. Das noch relativ junge bürgerlich-liberale Handelskapital und das gebildete Bürgertum bejahten bürgerliche Nationalstaaten. Diese Kreise und auch das Handwerk brauchten keine Kriege, sondern erstrebten Freihandelszonen und friedliche Zugänge zu neuen Märkten auch über Europas Grenzen hinaus. Dieser Prozess der kapitalistischen Entwicklung war mit dem beschleunigten Anwachsen der Arbeiterbewegung verbunden, die sich im Kampf gegen soziale Versklavung durch das Kapital ihre ersten Arbeiterorganisationen schuf. Diese neuen politischen Akteure wurden zu Kontrahenten der Herrschenden. Als z. B. in Frankreich in den dreißiger Jahren über 300 Sektionen der „Gesellschaft der Volksfreunde“ bzw. die „Gesellschaft der Menschenrechte“ politische Forderungen erhoben, schlug die französische Regierung am 9. April 1834 gegen den Lyoner Weberaufstand mit militärischer Gewalt zu. In Paris und anderen Städten Frankreichs wurden Arbeiteraufstände durch das Militär blutig niedergeschlagen und die Protagonisten zu Tausenden in die Gefängnisse geworfen. Friedrich Engels (1820 – 1895) hat diese Auseinandersetzungen eingeordnet als „verzweifelten Kampf zwischen Arbeit und Kapital, dessen verschiedene Phasen durch Vereinigungen, trades unions, Ermordungen, Aufstände und blutigen Aufruhr gekennzeichnet sind – ein Kampf, dessen Realität durch den Tod der Proletarier bezeugt ist, die in Lyon, Preston, Langenbielau und Prag erschossen wurde.“

Die Eliten der Bourgeoisie, die über die politischen und wirtschaftlichen Richtungen bestimmten, verfeinerten zwar manche Instrumente ihrer Macht, aber setzten ebenso ungeniert polizeiliche oder militärische Gewalt ein, um jeglichen Widerstand der Arbeiterklasse oder des Volkes auszuschalten. *Aber: Die Arbeiterklasse war als Produkt des Kapitalismus entstanden und wurde sein Träger an der Basis, ohne Arbeiterklasse funktioniert der Kapitalismus nicht. Wie immer man heute Arbeiterklasse auch definiert, sie ist in dem von Widersprüchen gespickten Gesellschaftsprozess unersetzlich, sie ist Kern des Volkes, sie ist das Volk.*

### **Neue Technik und bessere Verkehrswege**

Der Wirtschaftstheoretiker Friedrich List (1789 – 1846) bezeichnete den Ausbau des Streckennetzes der Eisenbahnen in Europa als eine enorme Verbesserung der Verkehrsbedingungen zwischen großen Wirtschaftsgebieten. In dieser Zeit mutierten manche – wir würden sagen – bisher mittelständischen Unternehmen zu Großbetrieben. Für sie waren die neuen Eisenbahnlinien eine enorme Erleichterung für den Transport von Industriegütern. Die Eisenbahnen verbesserten auch die Kommunikation der Friedensorganisationen, verkürzten den Zeitaufwand zur Durchführung von Kongressen u. ä. m.. Aber noch viel mehr profitierte das Militärwesen, das schneller und mit weniger Aufwand die Bewegung von Massenheeren durchführen konnte. Die industriellen und technischen Entwicklungen erforderten eine Erhöhung des Bildungsniveaus des Volkes, die allgemeine Schulpflicht musste überall – in Preußen gab es sie seit 1717 - konsequenter und fachlich gediegener verwirklicht werden. *Die industrielle Revolution funktionierte in Händen der Bourgeoisie als Mittel zur Verdrängung des Feudaladels von der Macht im Staat und in der Politik, war aber zugleich eine Herausforderung an die Arbeiterbewegung, weil sie die neuen technischen Mittel zu bedienen hatte.*

### **Handelskapital, Außenhandel, Kolonialismus**

Das anfangs eher friedlich orientierte Handelskapital wurde durch die rasante Entwicklung nationaler Kapitale mit einer neuen Qualität von Konkurrenz konfrontiert. Als der Binnenmarkt immer enger wurde, drängten Handel und Kapital auf Ausdehnung über die Staatsgrenzen hinaus. Neue außenwirtschaftliche Bedingungen weckten Begehrlichkeiten an den Rohstoffen und ihren Quellen anderer Ländern und Nutzung ausländischer Märkte. Expansionismus und Kolonialpolitik erforderten seetüchtige Handelsschiffe und zu deren Schutz Ausbau der Kriegsarmada, beide Schiffsorten brauchten Matrosen. Die industrielle Revolution ermöglichte die Entwicklung neuer Waffen, sie brutalisierten die Kriegführung und erhöhten die Opfer unter Soldaten und Bevölkerung.

Nach der deutschen Reichsgründung 1871 griff Deutschland in den Kampf um die Neuaufteilung der Welt ein. Ausdruck aggressiver deutscher Außenpolitik war 1884 der Auftrag Otto von Bismarcks (1815 – 1898) an den Generalkonsul Dr. Nachtigal, das in Südwestafrika vom Kaufmann Lüderitz annektierte Territorium in deutsches Eigentum zu überführen. Ein Jahr vorher hatte der Hamburger Großkaufmann und Reeder Woermann verlangt, das Kameruner

Küstengebiet zur Deutschen Kolonie zu erklären. 1885 wurde in Berlin die „Kongo-Akte“ unterzeichnet, in der 16 europäische Staaten weite Gebiete von Belgisch-Kongo als gemeinsame Freihandelszone bezeichneten. Im „Helgoland-Sansibar-Vertrag“ vom 1. Juli 1890 tauschte Deutschland Gebiete Ostafrikas – eben Sansibar – gegen Helgoland, das seit 1814 britisch war.

*Der Imperialismus gebiert Kolonialismus, um seine Macht weltweit auszudehnen und sich fremde Ressourcen anzueignen. Afrika, Asien und die Südsee waren um 1875 bereits weitgehend aufgeteilt, Deutschland konnte sich gerade noch rechtzeitig einige Stücke vom kolonialen Kuchen sichern. Hier ist **eine** Quelle für Deutschlands besondere außenpolitische Aggressivität.*

### **Bismarcks Militarisierung deutscher Innen- und Außenpolitik**

Militarisierung deutscher Innen- und Außenpolitik bedeutet seit Bismarck, ein ganzes Arsenal von politisch-ideologischen Instrumenten und Institutionen zu schaffen, die das Volk zu willigen Handlangern aggressiver militärischer Operationen abrichten – das heißt, reif für den Krieg machen. Einerseits Verschleierung von Aufrüstung, andererseits Werbung für romantische Arbeitsplätze auf neuen Kriegsschiffen und Spezialisierung an modernen Waffen. Züchtung deutschen nationalistischen Hochmuts und Anpreisen von Abenteuern in Afrika und Asien, wo billige Arbeitskräfte für Deutsche arbeiten. Heinrich Heine hat bereits 1834 im Vorwort zu seiner „Lutetia“ vor preußisch-deutschem Größenwahn gewarnt: „...ich betrachte mit Besorgnis diesen preußischen Adler, während andere rühmten, wie stolz er in die Sonne schaue, war ich desto aufmerksamer auf seine Krallen. Ich traute nicht diesem Preußen, diesem langen frömmelnden Gamaschenheld mit dem weiten Magen und mit dem großen Maule und mit dem Korporalstock, den er erst in Weihwasser taucht, ehe er damit zuschlägt. Mir missfiel dieses philosophisch christliche Soldatentum, dieses Gemengsel aus Weißbier, Lüge und Sand. Widerwärtig, tief widerwärtig ist mir dieses Preußen, dieses steife heuchlerische, scheinheilige Preußen, dieser Tartüffe unter den Staaten.“

Die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelten „Europa-Strategien“ des deutschen Kapitals steckten die Ziele zur deutschen Weltherrschaft ab, zu deren Zweck beide Weltkriege primär von Deutschland angezettelt und geführt wurden. Zur Verschleierung dieser wahren Ziele wurde 1892 bzw. 1894 der „Alldeutscher Verband“ gegründet. Politisch-ideologisch ausgerichtete Vereine und Zeitschriften wurden gegründet, um dem Volk das Militär, die Kolonien, die Seefahrt sowie die Bereitschaft schmackhaft zu machen, für Gott, Kaiser und Reich in den Krieg zu ziehen.

*Diese fünf nach meiner Meinung das 19. Jahrhundert dominierenden gesellschaftspolitischen Umbrüche bildeten den historischen Rahmen für das Handeln dieser neuen Klasse auf einer politischen Bühne, die sie sich nicht aussuchen konnte. Die Militarisierung von Gesellschaft und Politik hat im 19. und 20. Jahrhundert – bis heute! – Ausmaße angenommen, wie sie Generationen vor 1871 kaum kennengelernt haben. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts organisierten sich antimilitaristische Kräfte. Von besonderer Bedeutung und den Regierenden verfehmt war das Buch von Bertha von Suttner (1843 – 1914) „Die Waffen nieder“ (1889), und die von ihr und dem Österreicher Alfred H. Fried (1864 – 1921) am 9. November 1892 in Berlin gegründete Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) wurde von rechts verboten oder verlacht und von links nicht für voll genommen.*

Wie reagierte die sich formierende Arbeiterbewegung auf diese gesellschaftspolitischen Umbrüche und was davon kann als friedenspolitisches Vermächtnis der I. Internationale bis heute als gültig angesehen werden?

## 2. Krieg und Frieden in der I. Internationale 1864 bis 1876

Die Gründung der I. Internationale 1864 war eine notwendige Folgerung sowohl aus den technisch-industriellen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen in Europa und Nordamerika als auch daraus, dass die grundlegenden theoretischen Leitsätze aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Karl Marx (1818 – 1883) und Friedrich Engels von 1848 in konkretes politisches Handeln umgesetzt werden mussten. Die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den meisten europäischen Ländern entstandenen oppositionellen politischen Zusammenschlüsse, kommunistische Bündnisse, Vereine und Organisationen waren den Regierenden ein Dorn im Auge. Teil der Vorbereitung des berüchtigten Kommunistenprozesses in Köln im

Oktober/November 1852 gegen Mitglieder des Bundes der Kommunisten ist einer der Spitzelberichte des „Vereins von Sicherheitsbeamten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ vom April 1852. Während manche Anhänger des Kommunismus diskreditiert seien, schrieb der Spitzel, „...müsse man in neuerer Zeit wieder mehr auf die ehemaligen Häupter des Kommunistenbundes Marx und Engels, welche ihm [dem Bund. W.T.] die Grundlage gegeben hatten und wissenschaftlich gebildete Männer sind, zu sehen beginnen,...die jetzt wieder ihre Partei in London um sich versammelt und dieselbe neu zu organisieren angefangen haben... Ihre Tätigkeit ist durch ihre unbestritten größere Zentralisierung der Zentralleitung hervorgetreten... denn es ist klar, dass da...von einem gründlicheren Verständnis der revolutionären Bewegung die Rede ist... Man kann schon jetzt mit Recht von der Partei Marx und Engels sagen, dass sie weit über alle Emigranten und Zentralkomitees...die größere Macht des Wissens und des Geistes für sich hat. Marx selbst ist persönlich bekannt und man weiß, dass er in seiner Zeh Spitze mehr geistigen Fonds als die ganze übrige Gesellschaft in ihren Köpfen hat.“

Auf weiteren Seiten werden die Mitglieder der in London um Marx versammelten Kommunisten namentlich aufgeführt. Zum Schluss heißt es, diese Gruppe *„ist in stetem Zunehmen begriffen und hat überall ihre Korrespondenten“*.

Offensichtlich hatten intellektuelle Kreise der herrschenden Bourgeoisie die kommunistischen Bewegungen in der Arbeiterklasse als ernsthaften politischen Konkurrenten erkannt und das Manifest von 1848 als revolutionäres Programm verstanden. Die Gründung selbständiger proletarischer Massenparteien der Arbeiterklasse war zum Gebot der Stunde geworden. Solche nationalen Parteien zu befördern, schrieb Marx 1864 die „Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assziation“, das Gründungsdokument der I. Internationale. Trotz allen Fortschritts von Industrie und Handel seit 1850 hat *„das Elend der arbeitenden Massen nicht abgenommen“*, heißt es im ersten Satz. In der Zeit der Gründung der I. Internationale, und das verdient festgehalten zu werden, steht die Überwindung der sozialen Nöte der Arbeiter, aber auch des übrigen Volkes im Vordergrund des *Kampfes um die Eroberung der Macht*. Militarismus und Kriege werden verschwinden, so die Überzeugung, wenn die Arbeiterklasse die Macht erobert hat. Das ist die Botschaft der Gründungsadresse.

Beim Vergleich beider Dokumente fällt auf, dass die flammende Sprache der beiden jungen Männer im Manifest in der Inauguraladresse nicht mehr vorhanden ist. Am 4. 11. 1864 erklärte Marx in einem Brief an Engels die komplizierten Umstände bei der Abfassung der Inauguraladresse: *„Es bedarf Zeit, bis die wiedererwachte Bewegung die alte Kühnheit der Sprache erlaubt. Nötig fortiter in re, suaviter in modo.“* Eine diskussionswürdige Frage, warum 15 Jahre nach dem Manifest revolutionäre Kühnheit eingeschlafen schien? Die verschiedenen politischen Strömungen in der europäischen Arbeiterbewegung galt es 1864 zusammenzuführen, ohne ihre Eigenständigkeit einzuschränken. So erklärt sich der gemäßigte Ton der Adresse, der aber die konkreten Ziele nicht verwaschen durfte. Bezüglich der Stellung zu Krieg und Frieden sei auf zwei Aspekte verwiesen. Im Manifest gibt es die Begriffe Krieg und Frieden nicht, wohl aber in der Adresse. Für Marx ist die Beendigung von Kriegen mit der Befreiung der Arbeiterklassen – man beachte den Plural – verbunden:

*„Wenn die Emanzipation der Arbeiterklassen das Zusammenwirken verschiedener Nationen erheischt, wie jenes große Ziel erreichen mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet?“* Die militärischen Verbrechen der „höheren Klassen Europas“ *„haben den Arbeiterklassen die Pflicht gelehrt, in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen, wenn nötig, entgegenzuwirken.... Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse.“*

Dieser Gedanke muss heute alle Antikriegskräfte einbeziehen, die sich von jenen Obrigkeiten emanzipieren müssen, die die regierungsamtliche Kriegsideologie nachbeten. Die Völker müssten ihre Regierungen auseinanderjagen, ebenso die Medien, wenn sie Rüstungs- und Kriegspolitik betreiben und ihre Jugend für fremde Interessen auf Schlachtfelder drängen. Die konstanten Behauptungen einiger SPD-Führer sowie Politiker der Grünen, die Linkspartei sei wegen ihrer Ablehnung von Kriegen, verdeckten oder kaschierten militärischen Aktionen nicht regierungsfähig, ist politisch widersinnig.

Die Konferenzen der I. Internationale und Beratungen des Generalrats der IAA fielen in Kriegsjahre Europas. Die in der IAA zusammengeschlossenen Vertreter der europäischen Arbeiterbewegung haben gegen diese Kriege protestiert. In Deutschland sind August Bebel (1840 – 1913) und Wilhelm Liebknecht (1826 – 1900) als gewählte Vertreter von Arbeiterorganisationen im Norddeutschen Reichstag z. B. am 17. Oktober 1867 entschieden gegen die Gesetzesvorlage zur Militärdienstpflicht aufgetreten. Das entsprach den antimilitaristischen Interessen der deutschen Arbeiterklasse und der Mehrheit unseres Volkes. *Die Inauguraladresse von 1864 gehört für mich als Vermächtnis der I. Internationale inhaltlich an den Anfang jeder Friedensargumentation. Marxistische, sozialistisch-kommunistische Parteien haben stets Kriege als Mittel von Politik strikt abgelehnt – und die Linkspartei von heute ist bei dieser Haltung geblieben.*

Die von der IAA verabschiedeten Dokumente mit Einschätzungen von Kriegen bzw. zum Verhalten der Arbeiterklasse in Fragen von Krieg und Frieden wurden in ihren Endfassungen meist von Marx oder Engels verfasst. Zur Inauguraladresse gehören als Grundsatzdokument der IAA auch die „*Provisorischen Statuten der IAA*“ Danach ist „...die *Emanzipation der Arbeiterklasse* weder eine lokale, noch eine nationale, sondern *eine soziale Aufgabe*, welche alle Länder umfasst, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom taktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt;“ Weiter wird hervorgehoben, Erfolge der Arbeiterbewegung erfordern die „Macht der Einigung und Kombination...zusammenhangloser lokaler Gesellschaften“, d. h. die „Vereinigung der zerstreuten Arbeitergesellschaften...in nationale Körper“. In Deutschland wurde im August 1869 in Eisenach die SPD gegründet. Wie immer man heute Arbeiterklasse definiert und Einheit der Arbeiterklasse propagiert, die Arbeiter und die Mehrheit jedes Volkes lehnen Kriege ab und wollen Frieden. Um heute der militanten aggressiven Außenpolitik der USA und der NATO Paroli bieten zu können, ist der Zusammenschluss aller Kriegsgegner unabdingbar. Der Gedanke des gemeinschaftlichen Handelns der Friedenskräfte aller Völker gegen Kriege als Mittel von Politik ist ein Vermächtnis aus der I. Internationale.

Historisch interessant ist die erste „Amtshandlung“ des Zentralrats der IAA, ein Brief an den wieder gewählten Präsidenten der USA, Abraham Lincoln (1809 – 1865). Darin protestierten die Arbeiter Europas gegen die Sklaverei in den USA, sahen in Lincoln gleichzeitig denjenigen, der einen „*beispiellosen Kampf für die Erlösung einer geknechteten Rasse und für die Umgestaltung der sozialen Welt*“ führt.

Der Zentralrat der IAA schuf sich ein europaweit gut funktionierendes „Netzwerk“, so dass er schnell über besondere Ereignisse informiert war. Als von Januar 1863 bis März 1864 in Polen blutige Kämpfe gegen die russische Fremdherrschaft geführt wurden, protestierten mehrere westliche Staaten dagegen, nur Preußen nicht. Bismarck handelte mit dem Zaren eine Konvention aus, „*der zufolge beide Staaten den Kampf gegen die polnische Revolution notfalls gemeinsam führen und preußische Truppen das Recht haben sollten, die Grenzen von Russisch-Polen zu überschreiten.*“ Für den Zentralrat, seit 1866 Generalrat der IAA, schrieb Engels 1866 die Artikelserie „*Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun?*“ Die IAA forderte darin für die polnischen Arbeiter das Recht auf nationale Selbstbestimmung unter Beachtung der Rechte mehrerer in Polen lebenden Nationalitäten. Noch wichtiger und richtungweisend sind zwei andere Arbeiten von Engels, die im Kontext zur Unterdrückung der Polen und 1866 zum deutsch-österreichischen Krieg für die IAA geschrieben worden sind: „*Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei*“ 1865 und Juni/Juli 1866 „*Betrachtungen über den Krieg in Deutschland*“. Angesichts der erkennbaren Kriegsgefahr durch die deutsch-österreichischen Widersprüche analysierte Engels ihre Auswirkungen auf andere europäische Länder und das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen in Deutschland. Anfang Juni 1866 beriet der Zentralrat über die Antikriegsstimmungen in den breiten Massen. Als positives Beispiel galt eine Adresse französischer Studenten an deutsche Studenten, in der gegen Krieg in Europa aufgerufen wurde. Am 17. Juni 1866 unterstützte Marx in der Debatte um den preußisch-österreichischen Konflikt die Position des Zentralrats, dass „*der jetzige Konflikt auf dem Kontinent ein Konflikt zwischen den Regierungen ist, und empfiehlt deshalb den Arbeitern, neutral zu bleiben und sich zu vereinigen, um aus der Einheit die Kräfte zu schöpfen, die sie für ihre soziale und politische Emanzipation brauchen.*“ Diese Resolution der IAA war zugleich Antwort an die Studenten. 1867 spitzte sich die Lage in Europa zu, weil Frankreich aus dem preußisch-österreichischen Krieg Ansprüche auf



Luxemburg erhob. Deutsche und französische Arbeiter wendeten sich erfolgreich gegen eine europäische Ausweitung des Krieges, solidarisch unterstützt von Arbeitern aus England, Belgien und der Schweiz.

Die Kriegsgefahren in Europa mobilisierten auch andere Antikriegskräfte. Im Sommer 1867 agierte in Paris und Genf eine Initiativgruppe zur Vorbereitung des Gründungskongresses der „Friedens- und Freiheitsliga“. Das Vorbereitungscommittee für die IAA-Konferenz in Lausanne bat die Initiativgruppe der Liga, den Termin ihrer Konferenz um einige Tage zu verschieben, *„damit Delegierte des Kongresses der IAA an ihm teilnehmen können.“* Im Generalrat gab es in Vorbereitung auf beide Kongresse manche Aufregung. Marx hatte laut Protokoll der Sitzung vom 13. August 1867 seine Position wie folgt formuliert:

*„Bürger Marx... halte es für wünschenswert, dass so viel Delegierte wie möglich als Einzelpersonen am Friedenskongress teilnehmen; es wäre unklug, offiziell als Vertreter der IAA daran teilzunehmen. Der Kongress der IAA sei an sich schon ein Friedenskongress, da die Vereinigung der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder internationale Kriege schließlich unmöglich machen müsse. Hätten die Initiatoren des Genfer Friedenskongresses den Kern dieser Frage wirklich verstanden, dann wären sie der IAA beigetreten....“*

*Die jetzige Verstärkung der großen Armeen in Europa...würden nicht unterhalten, um internationale Kriege zu führen, sondern um die Arbeiterklasse niederzuhalten... Wer es ablehne, mitzuwirken an einer Veränderung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, lasse die wirklichen Voraussetzungen für einen allgemeinen Frieden außeracht.“*

Nach Beendigung des Kongresses der IAA gingen ca. ein Drittel der Delegierten mit Einverständnis des Generalrats zum Kongress der Liga. Die Grußadresse des IAA-Kongress wurde von der Mehrheit der Liga akzeptiert. Nur einige protestierten gegen die Feststellung von *„antagonistischen Widersprüchen der gegenwärtigen Gesellschaft“*. Eugène Dupont (1831 – 1881), französischer Vertreter im Generalrat der IAA, hielt auf dem Kongress der Liga eine Rede, in der er die Abschaffung aller Gesetze und Privilegien, die die Arbeiter unterdrücken, als Voraussetzung für ewigen Frieden hervorhob. Alle *„Bürger müssten zu einer einheitlichen Werk tätigenklasse zusammengeschlossen werden...“* Was utopisch scheint, muss durch den Willen der Völker nicht utopisch bleiben.

Die Liga und ab 1892 auch die Deutsche Friedensgesellschaft wurde von allen deutschen Regierungen wegen ihrer Antikriegshaltung und ihres Pazifismus bekämpft, verboten, diskriminiert, ignoriert. Dem Pazifismus erging es in Europa nicht anders als revolutionären marxistischen Arbeiterparteien. Trotz gleicher Ziele, Krieg verhindern und Frieden schaffen, haben beide Bewegungen nicht zueinander gefunden, im Gegenteil, sie haben oft vom gemeinsamen Gegner Argumente gegen den anderen übernommen – z. T. bis heute.

Die Aussage von Marx, dass die organisierte Arbeiterbewegung der Kern aller Friedenskräfte ist, stimmt natürlich – theoretisch und objektiv – nicht nur damals. Bürgerlich-liberale, bäuerliche und weitere Friedenskräfte aus anderen sozialen Milieus sind jedoch wichtige Partner im Kampf gegen den Krieg, dazu müssen sie nicht Mitglied in der organisierten Arbeiterbewegung sein – damals in der IAA, heute in der Linkspartei. Ich denke, Dupont hat das in seiner Rede in Genf auch so gesehen, wenn ich seine Feststellung, *„alle Bürger müssten zu einer einheitlichen Werk tätigenklasse werden“*, in diesem Sinne verstehe. In diesen Gedankenkomplex gehört die Haltung Linker zum *„Pazifismus“*.

Die DDR-Obrigkeit verstand den Satz des Propheten Jesaja 2,4: *„Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sichel machen. Denn es wird kein Volk wider das andere ein Schwert erheben, und werden hinfort nicht mehr kriegen lernen.“* als aufrührerisch. Obgleich der Begriff Pazifismus (Frieden machen) erst 1901 auf dem 10. Weltfriedenskongress in Glasgow geprägt worden ist, ist dieser vor Jahrhunderten vom Maul des Volkes abgeschauter Satz Ausdruck pazifistischen Denkens. Die evangelische Kirche der DDR hatte ihn verkürzt als *„Schwerter zu Pflugscharen“* auf Fähnchen geschrieben und als Plaketten an der Kleidung getragen. Leider ist dieser Satz des Jesaja heute aus dem Sprachschatz betont christlicher Freiheits- und Friedensapostel verschwunden, wenn nicht sogar ins Gegenteil verkehrt worden. Leider distanzieren sich auch linke Politiker vom Pazifismus und stellen die persönliche Integrität von Pazifisten infrage. Marxismus, Atheismus und christliche Weltanschauung dürfen sich im Ringen

um den Frieden nicht gegenseitig ausgrenzen, sondern im Interesse einer menschenwürdigen Zukunft auf der Erde ergänzen.

Die m. E. kurzsichtige „ideologische Weichenstellung“ von Marx für den Umgang der IAA mit der Friedensliga spielte 1868 in Brüssel in der Debatte über das Verhalten des Proletariats zum Krieg eine Rolle. Der russische Anarchist Michael Bakunin, damals Mitglied der Leitung der Liga, plädierte für ein Aufgehen der Liga in der IAA. Er übersah beider unterschiedliche Anhängerschaft. Bürgerliche Friedensorganisationen und solche der Arbeiterbewegung mussten sich damals nicht und müssen sich auch nicht heute vereinen, aber sie müssen auf Augenhöhe zusammenarbeiten, um Kriege zu verhindern. Auf dem Brüsseler Kongress wurde über die politische Praxis zur Verhinderung von Kriegen diskutiert, solange die Arbeiterklasse allein Frieden nicht gebieten kann. Was sie, so Marx auf dem IAA-Kongress, tun muss und kann: im Interesse der Arbeiter und Völker Europas die Urheber der Kriege entlarven und aufklären, dass Kriege zwischen europäischen Staaten Bürgerkriege sein würden. Wem fallen jetzt nicht Jugoslawien, Libyen, Irak, Syrien ein und die Ukraine.

Der Baseler Kongress der IAA vom 6. bis 11. September 1869 beeindruckte wegen seiner repräsentativen Zusammensetzung – 78 Delegierte aus England, Frankreich, Deutschland, Österreich, Schweiz, Belgien, Italien, Spanien und erstmals aus den USA – aber mehr noch wegen seiner Adresse an die Nationale Arbeiterunion der Vereinigten Staaten. Darin werden „unserer Unterdrücker“ des Kampfes der Arbeiter in Europa und in den USA angeprangert, die „unser rasch um sich greifendes internationales Zusammenwirken in einen zerstörenden Krieg zu verwandeln [suchen, der] ...würde Ketten für die freien Arbeiter schmieden, statt die des Sklaven zu sprengen... Euch denn fällt die glorreiche Aufgabe anheim, der Welt zu beweisen, dass jetzt endlich die Arbeiterklasse den Schauplatz der Geschichte nicht als serviles Gefolge betritt, sondern als selbständige Macht, die sich ihrer eigenen Verantwortlichkeit bewusst und imstande ist, Frieden zu gebieten, wo diejenigen, die ihre Herren sein wollen, Krieg schreien.“

Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 bewirkte in vielen Arbeiterorganisationen Schwankungen im Verhalten zu diesem Krieg. Bebel und Liebknecht prangerten den preußischen Militarismus an, dennoch meinten manche Arbeiter, einen Verteidigungskrieg Preußens müsste man unterstützen. Das war die politisch-ideologische Folge des ab Mitte des 19. Jahrhunderts beschleunigt verlaufenden Übergangs eines Großteils bürgerlicher Industrieller zur modernen Bourgeoisie, deren ökonomische Interessen auf nationale Einigung der deutschen Lande drängten. So entstand diese gefährliche Mischung von Nationalismus und Militarismus, d. h. Bankiers und Industrielle wie Camphausen, Hansemann u. a. „dirigierten“ den in Regierung und Politik noch dominanten Adel.

Der Mainzer IAA-Kongress 1870 fiel wegen des Krieges aus. Der Generalrat veröffentlichte im Juli 1870 eine erste Adresse über den Krieg und im August 1870 eine zweite. In der ersten Adresse wird der Krieg als Mittel des Militärdespotismus Deutschlands zur Verewigung als „*europäische Institution*“ angeprangert. Heutige BRD-Hegemonie in der EU wird als „neue“ deutsche Verantwortung kaschiert. Die zweite Adresse vom 9. September 1870 analysierte den Deutsch-Französischen Krieg letztlich als einen Eroberungskrieg und enthüllte, wie die Arbeiterklasse Frankreichs und Deutschlands über die wahren Ziele der Herrschenden besonders perfide belogen worden sind. Diese Adresse der IAA ist ein politisch beeindruckendes Dokument, es schließt mit Worten, die ins Stammbuch der Führungen von Arbeiterparteien gehören: „*Mögen die Sektionen der IAA in allen Ländern die Arbeiterklasse zu tätiger Bewegung aufrufen. Vergessen die Arbeiter ihre Pflicht, bleiben sie passiv, so wird der jetzige furchtbare Krieg nur der Vorläufer noch furchtbarer internationaler Kämpfe sein und wird in jedem Lande führen zu neuen Niederlagen der Arbeiter durch die Herren vom Degen, vom Grundbesitz und vom Kapital.*“

Vor dem Londoner Kongress 1871 veröffentlichte Marx als Adresse des Generalrats „Der Bürgerkrieg in Frankreich“. Er analysierte die Kräftekonstellation für die Kommune und lobte den Mut der französischen Arbeiter als erstes Beispiel für eine sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Deutsche und französische Soldateska wären für das Blutbad unter den Kommunarden verantwortlich. Vor Paris hätten die europäischen Regierungen „den internationalen Charakter der Klassenherrschaft“ bewiesen, aber gleichzeitig schrien sie „Zeter... über die Internationale Arbeiterassoziation – die internationale Gegenorganisation der

Arbeit gegen die weltbürgerliche Verschwörung des Kapitals – als Hauptquelle alles dieses Unheils.“

Die Londoner Tagung der IAA stand unter dem Eindruck der Ermordung der Arbeiter der Pariser Kommune. Zudem verschärften die Herrschenden in mehreren Ländern ihre Repressalien gegen Mitglieder der IAA. Das deutete eine neue Lage an. Marx und Engels richteten die politische Tätigkeit der Arbeiterklasse der entwickelten europäischen Länder auf verschiedene Formen des Kampfes, legale und illegale. Sie formulierten Leitlinien für die Diktatur des Proletariats, in die die Landarbeiter einbezogen werden müssten. Die IAA-Orientierung auf die *Diktatur des Proletariats* sollte heute nicht von ihrer Deformation im Realsozialismus und dessen Zusammenbruch 1990/1991 aus beurteilt werden. Die Londoner Konferenz markierte eine neue Etappe im Zusammenschluss der revolutionären Kräfte der IAA im Kampf gegen den Kapitalismus und die verschiedenen Varianten von Sektierertum in der internationalen Arbeiterbewegung, die dem Kapital Vorschub leisten – bis heute

Auf den nachfolgenden Kongressen der IAA 1872 in Den Haag, 1873 in Genf, 1874 in Brüssel, 1876 in Bern und 1877 in Vervier (Belgien) wurde vor allem um die weitere Durchsetzung der politischen Ideen und theoretischen Erkenntnisse von Marx gerungen. Marx und auch Engels waren ihre unbestrittenen Protagonisten. Zwischen 1864 und 1872 verfasste Marx über 50 Dokumente der IAA mit einem Umfang von etwa 200 Druckseiten. Auseinandersetzungen zwischen Marx und Bakunin über die Beurteilung der Pariser Kommune nach 1871 konnte auch der Generalrat nicht ausgleichen. Die Verlegung des Generalrats in die USA sollte mehr Sicherheit für den Generalrat schaffen. Bei allen Problemen, Irrtümern und nicht eingetretenen Hoffnungen hat sich die Erste Internationale große Verdienste bei der Herausbildung des politischen Selbstbewusstseins der Arbeiterklasse erworben. Die Gründung nationaler revolutionärer Arbeiterparteien und deren Erkennen der Zusammenhänge von ökonomischer und sozialer Befreiung sowie von Demokratie und Frieden sind Kerngedanken revolutionären marxistischen Denkens. Mit diesen Erkenntnissen in der praktischen alltäglichen Politik umzugehen, das kann man aus den Schriften der IAA lernen. Die Erste Internationale betonte ohne wenn und aber, dass die Arbeiter in allen Ländern aggressive Außenpolitik und jegliche Eroberungskriege ihrer Regierungen grundsätzlich ablehnen. Das friedenspolitische Potential der Ersten Internationale sollte besonders jungen Genossinnen und Genossen der Partei DIE LINKE vermittelt werden.

### 3. Friedenspolitisches Vermächtnis – Friedenspolitische Lehren

Jede Internationale (I. 1864 - 1876, II. 1889 - 1914, III. 1919 - 1943) war in Hinsicht auf das Verhalten der Arbeiterbewegung zu Krieg und Frieden mit unterschiedlichen historischen Bedingungen konfrontiert. Über die Ablehnung von Krieg gab es weitgehende Übereinstimmung.

Die I. Internationale entstand aus dem Drang zerstreuter Arbeiterorganisationen in England, Frankreich, Deutschland u. a. Ländern Westeuropas und der Notwendigkeit, nationale Parteien zu gründen und die internationale Kooperation zwischen ihnen aufzubauen. Es ging um die Konstituierung der Arbeiter als Klasse und die Arbeiterbewegung als politische Gegenkraft zur Bourgeoisie. Von zentraler Bedeutung war außerdem die Ausarbeitung einer wissenschaftlichen Theorie der sozialistischen Revolution. Bis 1870/71 war bezüglich Krieg und Frieden die Entlarvung jener Außenpolitik der Großmächte vordergründig, die den Frieden in Europa gefährdete.

Die II. Internationale bildete sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Der erste Kongress der II. Internationale trat genau am 100. Jahrestag der Französischen Revolution von 1789, am 14. Juli 1889, in Paris zusammen. Seit Mitte der siebziger Jahre ging in den industriell entwickelten Ländern der Kapitalismus zum Imperialismus über. Die damit einhergehende Zuspitzung des ökonomischen Konkurrenzkampfes zwischen Großbetrieben im Innern und Weltmachtambitionen der Großmächte nach außen verschlechterte die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter. Die zahlenmäßig gewachsene Arbeiterklasse kämpfte überall in Europa gegen unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen. Streiks, Lohnkämpfe, Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, gesetzlich geregelter Arbeitsschutz, Versicherungen gegen Arbeitsunfälle und andere soziale Probleme beförderten die Entstehung von politischen Parteien und Gewerkschaften. Es bestand ein begründetes Bedürfnis und die Notwendigkeit für eine neue internationale

Zusammenarbeit der „*vereinigten Sozialisten*“, wie sich die Gründer der II. Internationale selbst bezeichneten. Marx war seit drei Jahren tot und Engels an seine Stelle getreten.

Europäische Großmächte und die USA forcierten ihre Aggressivitäten um die Neuaufteilung der Welt. 1876 hatten sich europäische Mächte 10,8 % des Territoriums Afrikas angeeignet, 1900 waren es 90,4 %. Deutschland hatte bis 1900 Territorien von 2,6 Mill. km<sup>2</sup> (Deutschland war ca. 257 000 km<sup>2</sup> groß) mit ca. 12 Millionen Einwohnern „erworben“. Im Jahre 1900 befanden sich ca. 55 % des Territoriums der Erde – 73 Mill. km<sup>2</sup> – mit etwa 550 Millionen Einwohnern, das waren damals 35 % der Erdbevölkerung, in Händen kapitalistischer Großmächte. Stopp des Wettrüstens und Verhinderung eines drohenden Weltkrieges waren Kernfragen aller neun Kongresse von Brüssel 1891 über Zürich 1893, Amsterdam 1904 bis Stuttgart 1907 und Basel 1912. Neue Akteure aus immer mehr Ländern betraten die Podien der Arbeiterkongresse.

Zum friedenspolitischen Vermächtnis der II. Internationale hier nur aus den Kongressen Stichworte mit friedenspolitischem Inhalt: antimilitaristische Solidarität:

August Bebel (1840 – 1913) hatte 1887 im Reichstag dem Bismarckschen Obrigkeitsstaat seinen berühmt gewordenen Satz entgegen geschleudert: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ Wilhelm Liebknecht (1826 – 1900) gab auf dem Kongress in Brüssel 1891 den Bericht zum Verhalten des Proletariats zu Militarismus und Krieg. Er stellte fest: „Der Feind des deutschen Arbeiters ist nicht der französische Arbeiter, sondern der deutsche Bourgeois, der Feind des französischen Arbeiters ist nicht der deutsche, englische Arbeiter, sondern der Bourgeois des eigenen Landes... Im nächsten Krieg werden Millionen unter der Fahne stehen, Europa wird in Waffen starren, ganze Völker werden gegeneinander geworfen...und unsere Zivilisation auf ein Jahrhundert zurückwerfen.. Das Proletariat, das die Fahne der Kultur voranträgt, hat dafür zu sorgen, dass dies verhindert [wird]...Wir müssen alles aufbieten, diese Katastrophe zu verhindern.“

#### *Volksbewaffnung statt stehender Heere*

Der Kongress in London (27. Juli – 1. August 1896) stritt über Militarismus und Krieg. Trotz vieler Kontroversen gab es in drei Fragen Übereinstimmung: Stehende Heere gehören abgeschafft, Volksbewaffnung eingeführt und Volksentscheide über Krieg und Frieden herbeigeführt. Die hierzu gefassten Beschlüsse waren noch jahrelang programmatische Dokumente der II. Internationale.

#### *Kolonialismus ist Produkt des Imperialismus*

Die Internationalen Sozialistenkongresse in Paris (23. – 27. September 1900) und Amsterdam (14. – 30. August 1904) rückten die Kolonialfrage in den Vordergrund der Diskussionen. Das Referat über „Völkerfriede, Militarismus und stehende Heere“ hielt Rosa Luxemburg (1871 – 1919). Sie charakterisierte den Militarismus als Todfeind des Proletariats, darum muss die Arbeiterklasse „energische Aktionen der Werktätigen aller Länder gegen den Militarismus entfalten“. Trotz diverser unterschiedlicher Auffassungen gab es Einstimmigkeit in der Resolution, die alle sozialdemokratischen Abgeordneten verpflichtete, in den Parlamenten Militärausgaben für die Kolonien abzulehnen, zu verhindern, dass große Kapitalisten sich die Reichtümer aus den Kolonien aneignen und die Gräueltaten an den Eingeborenen anzuprangern.

#### *Vaterlandsverteidigung*

Auf den letzten Konferenzen der II. Internationale in Stuttgart 1907, Kopenhagen 1910, Basel 1912 wurde über das Verhalten von Sozialdemokraten im Krieg diskutiert. Revolutionäre Marxisten und Bolschewiki lehnten Auffassungen von Revisionisten und Zentristen ab, dass Sozialdemokraten sich mit der patriotischen Losung vom Vaterland in Kriege ihrer Herrscher treiben lassen. Das zahlenmäßige Anwachsen der Arbeiterbewegung erhöhte die Kraft der Klasse. 1907 wählten weltweit ca. 7,5 Millionen Bürger sozialistische Abgeordnete, 1910 waren es 8,6 Millionen. Gewerkschaftsmitglieder wuchsen in der gleichen Zeit von 4,1 auf 6,1 Millionen. Aber das zahlenmäßige Wachsen der Arbeiterklasse wird nur dann politisch in die Waagschale fallen, „*wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet.*“ W. I. Lenin (1870 – 1924), Rosa Luxemburg u. a. betonten, Sozialdemokraten müssen die durch Krieg entstandenen wirtschaftlichen und politischen Krisen nutzen, um alle Volksschichten für den Sturz des Kapitalismus als Verursacher von Kriegen und Krisen zu gewinnen.

## Abrüstung

Die Konferenz in Basel (24. – 25. November 1912) stellte fest, die Parteien der II. Internationale haben 3,3 Millionen Mitglieder, die Gewerkschaften etwa 10 Millionen und die Konsumgenossenschaften 7,3 Millionen, insgesamt über 20 Millionen potentielle Kriegsgegner. Aber in den Führungen der größten sozialdemokratischen Parteien gäbe es Opportunisten, die das einheitliche Handeln der Parteien in den Ländern und in der Welt untergruben. Schon damals wurde die Behauptung widerlegt, Rüstungsaufträge brächten neue Arbeitsplätze. Diese Lüge hält sich hartnäckig selbst in den SPD-Spitzen heute, so dass sie den Begriff Konversion von Rüstungsbetrieben als Hebel für neue Arbeitsplätze nicht in ihr Denken einbeziehen. Die Glocken von Basel sind symbolhaft für den Friedenswillen der Völker geworden.

Zwei Stichworte habe ich nicht genannt: *Generalstreik*, *Massenstreik* als Kampfmittel der Arbeiterbewegung gegen Militarismus, Rüstung und Krieg.

## Resümee

Vor einem vorsichtigen Resümee ein Wort zur Antikriegspolitik der Arbeiterbewegung nach dem 1. Weltkrieg. Niemand wird ihr und auch nicht der III., Kommunistischen Internationale ihren konsequenten Einsatz gegen den 2. Weltkrieg absprechen. *Aber der Fakt, dass keine der drei Internationalen die zwei Weltkriege verhindern konnte, macht es schwer, aus ihrem Antikriegskampf ein friedenspolitisches Vermächtnis abzuleiten.* Und doch halte ich es für möglich und auch dringend notwendig. Man kann über die Feststellungen einiger Politiker und Theoretiker streiten, die gegenwärtigen Kriege wären bereits der 3. Weltkrieg. Weltfremd ist der Gedanke nicht, denn niemand kann die erneut betriebene Hochrüstung durch die USA und die NATO übersehen – und auch nicht die krampfhaften Versuche der gegenwärtigen Bundesregierung, Deutschlands Teilhabe an militärischen Händeln in der Welt auszuweiten, weil angeblich die Welt von Deutschland mehr Verantwortung für den Frieden erwartet. Den 3. Weltkrieg in den „lokalen“ Kriegen zu sehen, birgt die Gefahr in sich, das Damoklesschwert Atomkrieg aus dem Blick zu verlieren. Die USA haben ihre Weltführungsmacht verloren, ihre militärischen Abenteuer in Afghanistan, im Irak und anderswo sollen das kaschieren. Was aber werden sie tun, wenn sie weitere Niederlagen erleiden oder aber instabile Atommächte sich von den USA unter Druck gesetzt fühlen? Politische Unwägbarkeiten über sich plötzlich ändernde Kräfteverhältnisse gehören ins Blickfeld der Friedenskräfte.

Erste und Zweite Internationale haben in den 50 Jahren ihrer internationalen politischen Tätigkeit von 1864 bis 1914 über Europa hinaus Großartiges geleistet. Bei allen unterschiedlichen Meinungen und auch Widerständen hat sich die Internationale zu keiner Zeit ihren Antimilitarismus und ihre konsequente Ablehnung von Krieg und militärischer Gewalt als politische Mittel abkaufen lassen. Damit haben ihre Repräsentanten Unbestechlichkeit und ein hohes Verantwortungsbewusstsein für die Lebensinteressen der Arbeiter und der Völker bewiesen. Allein das ist schon als Vermächtnis zu würdigen. Umso weniger ist verständlich, warum viele Menschen in den entwickelten Industrieländern alten und neuen militanten Rattenfängern folgen und ihre Söhne und Töchter in Kriege treiben lassen? Das sollten Linke untersuchen.

Ich komme auf einen Gedanken meiner Einleitung zurück: Gegenwärtig leben auf der Erde etwa sieben Milliarden Menschen, die für ihr Leben Vieles brauchen, aber gewiss keine mörderischen Waffen und bestimmt keine Kriege. *Das Recht auf Leben im Frieden als das Wichtigste aller Menschenrechte fehlt in den meisten medienwirksam geführten Debatten um Menschenrechte.* Das Credo des Pazifisten Albert Schweitzer (1875 – 1965), *„Ehrfurcht vor dem Leben“*, verlangt geradezu das Verbot aller Kriege durch den UN-Sicherheitsrat. Kriege sind nicht unvermeidlich, weil „Der Mensch an sich“ angeblich nicht friedlich sei. Die Kriege der letzten zweihundert Jahre hatten nichts mit Absonderlichkeiten des Menschen zu tun, sondern mit den jeweiligen Macht- und Produktionsverhältnissen. *Solange gesellschaftlich produzierter Fortschritt, wissenschaftlich-technischer, kultureller, medizinischer usw. primär die Taschen privater Eigentümer an Produktionsmitteln bzw. privater Investoren füllt, so lange wird Krieg zur Irreführung der Bevölkerung als unvermeidlich mystifiziert.* Seit eh und je halten Adel, Militärs und Kapital starke Armeen für Merkmale der Souveränität eines Staates – bis heute. Sie wussten und wissen, dass Kriege riskant und Siege ungewiss sind, aber für die, die Kriege anzetteln, sind auch

verlorene Kriege ein gutes Geschäft. Deutsche Waffenproduzenten haben am Weltkrieg des Kaisers und am Weltkrieg der Hitlerfaschisten verdient und verkaufen wieder Waffen in alle Welt – wenn nur der Profit stimmt.

*Zum vielleicht wichtigsten friedenspolitischen Erbe der I. und II. Internationale gehört die Verpflichtung der Arbeiterbewegung, die Mechanismen des Krieges und die Machenschaften ihrer Nutznießer aufzudecken. Kriegsmythen zu entlarven ist ein wichtiger Weg, Frieden zu erhalten und sicher zu machen. Die Arbeiter haben in Kriegen die meisten Opfer zu beklagen, deren Lebensgrundlagen werden beschädigt oder zerstört. Die internationale proletarische Solidarität wurde durch die I. und II. Internationale theoretisch begründet, in ihrer Ausstrahlung wirksam verbreitert und politisch-ideologisch gefestigt.*

Ein Wort noch zu deutscher Verantwortung für den Frieden: Das kaiserliche und das faschistische Deutschland werden immer hauptverantwortlich für die zwei Weltkriege des 20. Jahrhunderts bleiben. Hundertfach ist bekannt, mit welcher verbrecherischer Phrasendrescherei Millionen Deutsche „kriegsverwendungsfähig ideologisiert“ worden sind. Treten wir einer solchen heute wieder betriebenen schleichenden Militarisierung des Denkens entgegen.

In die Zeit der II. Internationale gehört die Artikelserien von Friedrich Engels aus dem Jahre 1893: „Kann Europa abrüsten?“. Wir Deutschen haben damit ein herausragendes und bis heute höchst aktuelles politisches Dokument, das allen deutschen Kriegsgegnern etwas über deutsche Verantwortung in der internationalen Politik sagt. Dieses Vermächtnis in die Bundesdeutsche Außen- und Innenpolitik von heute einzubringen, ist Aufgabe der Linken.

Bei Friedrich Engels heißt es zur Frage „Kann Europa abrüsten“ u. a.: „Ich behaupte: Die Abrüstung und damit die Garantie des Friedens ist möglich, sie ist sogar verhältnismäßig leicht durchführbar, und Deutschland, mehr als ein anderer zivilisierter Staat, hat zur ihrer Durchführung die Macht wie den Beruf.“

Prof. Dr. sc. Heinz Niemann

## Die Zweite Internationale – Leistung, Krise und Zerfall

### I. Zur historischen Leistung

Je nach Anspruch kann man die historische Rolle, ihre Verdienste als bedeutend oder aber auch als minimal – vom Ende her gesehen - betrachten. Ich möchte drei positive Punkte herausgreifen. Einmal waren Ende der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts in vielen europäischen Ländern mehr oder minder starke Arbeiterparteien entstanden und selbst in den USA gab es eine solche. Aktive Gruppen bestanden in Russland und Serbien. So war es ein Verdienst der Gründungsaktivisten, den Wunsch und der Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses zu entsprechen, weil zunehmende Rüstungen die Gefahr eines großen Krieges hervorbrachten. Zum zweiten entstand mit der II. Internationale eine Organisation, die das Erbe der ersten Internationale (IAA) antrat, unter deutlich entwickelteren Bedingungen und entschieden größer und stärker. Aus den 14 Parteien (und den russischen und serbischen Gruppen) waren auf dem Gründungskongress in Paris 1889 insgesamt immerhin rund 400 meist eindeutig legitimierte Delegierte vertreten. Drittens schließlich konnte die II. Internationale auf einer breiteren, theoretisch gereiften und historisch unterstützten Basis der marxistischen Theorie aufbauen, was den Kampf gegen Possibilisten und Anarchisten eine neue Qualität gab und zur Verankerung mehr oder minder starker revolutionär-marxistischer Gruppen in allen Parteien führte. Zumindest im Kampf gegen den Anarchismus brachte der internationale Zusammenschluss Erfolge und verhinderte weitgehend die wirksame Organisierung der Possibilisten und Anarchisten auf internationaler Ebene. Deren verschiedentliche Versuche durch Arbeiterkonferenzen eine internationale Organisation auf die Beine zu stellen, waren alle mehr oder minder schmachvoll gescheitert, obwohl auch die 1889 aus der Taufe gehobene Organisation der Zweiten Internationale noch elf Jahre nach dem Gründungskongress eigentlich nur durch ihre zwei weiteren Kongresse in Zürich (1893) und in London (1896) praktisch existierte.

Alles in allem aber kann man also die Euphorie des alten Friedrich Engels verstehen, wenn dieser die Gründung der II. Internationale, gegen die er im Vorfeld des Gründungsprozesses erst größte Bedenken hatte, sie schließlich aber trotzdem nach besten Kräften unterstützte, als die Gefahr einer Dominanz der Anarchisten<sup>1</sup> und zurückgedrängten Possibilisten gebannt schien, er die Konstituierung nun als einen „brillanten Erfolg“ der europäischen Arbeiterbewegung feierte.<sup>2</sup> Das schien ihm mit den Gründungsdokumenten berechtigt, die alles in allem richtige Ziele und eine richtige, wenn auch begrenzte Strategie formulierten.<sup>3</sup> Sicher wäre seine Freude noch größer gewesen, wenn er erlebt hätte, dass – wenn auch erst nach elf Jahren - der Pariser Kongress 1900 entsprechende weiterführende organisatorische Beschlüsse fasste. Beschlossen und gebildet wurde 1900 das „Internationale Sozialistische Bureau“ (ISB) mit dem Sitz in Brüssel, was auch dazu führte, dass auch aus praktischen und finanziellen Gründen die Funktionen des Präsidenten, des Schatzmeisters und eines besoldeten Sekretärs zuerst aus Mitgliedern der belgischen Delegation besetzt wurden. Daneben entstand ein Interparlamentarisches Komitee. Allerdings blieb es bei einem betonten Föderalismus und strikter Abgrenzung von zentralistischen Vorstellungen, was sich für die theoretische und politische Entwicklung angesichts der inneren Verfasstheit der belgischen Partei generell als ungünstig erwies. Das jährlich einmal tagende ISB wurde in der Zwischenzeit durch das Exekutivkomitee mit formal weitgehenden Rechten vertreten. So war es möglich, dass die Internationale ihren Beschluss, „zu allen brennenden großen Tagesfragen, welche die Interessen des Proletariats berühren, Stellung zu nehmen“, realisieren konnte.

<sup>1</sup> Die Anarchisten waren seit dem Brüsseler Kongress 1891 erledigt, ihre Vertreter nicht akzeptiert und ihre zentrale Forderung nach dem Generalstreik abgelehnt.

<sup>2</sup> In einem Brief an Sorge vom 2. September 1891 schrieb Engels, dass mit dem Brüsseler Kongress die > Marxisten (haben) nach Prinzip wie nach Taktik auf der ganzen Linie gesiegt“ hätten, nur im stillen würde von Einzelnen noch (von Nieuwenhuis u.a.) >geklüngelt“. Und am 14.9.1891 wiederholt er seine fast euphorische Wertung: >Wo die alte Internationale abbrach, grade da setzt die neue, unendlich größere und deklariert marxistische, wieder an.“ (MEW, Bd. 38, S. 150 u. 155)

<sup>3</sup> Diese sah Engels in der Betonung der selbständigen politischen Partei, der Zurückdrängung der Possibilisten und der Niederlage der Anarchisten, in der Forderung nach Abschaffung des stehenden Heeres und die Schaffung einer Volksmiliz und die Einführung des 1. Mai als Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse.

Victor Adler als Vertreter der drittgrößten Mitgliedspartei (der bis 1912 auf insgesamt 26 Mitgliedsparteien wachsenden Internationale) fasste den Fortschritt in die Worte: „Was zur Zeit des ersten Pariser Kongresses 1889 ein unerreichbarer Traum erschien ist damit in greifbare Wirklichkeit gerückt. Die internationale Sozialdemokratie ist über die Periode gelegentlicher Berührungen und warmer Sympathie zu einem festen Verband geworden.“<sup>4</sup> Nimmt man nur den Wortlaut der zahlreichen Resolutionen der meisten der neun Kongresse, könnte man dem zustimmen, was – wie wir wissen – sich dann praktisch aber nicht bestätigte.

Das ganz wesentliche Problem des Kampfes zwischen revolutionärem Marxismus und revisionistischem Reformismus, der zugleich ein Konflikt zwischen Nationalem und Internationalem war, zwischen Nationalismus und Internationalismus, wie er sich nicht nur, aber besonders intensiv auch in der SPD abgespielt hat, dürfte hier weitgehend bekannt sein. Wie er in den wichtigen Mitgliedsparteien in Frankreich, Österreich, Belgien, Russland konkret verlaufen ist, darzustellen, überfordert mich und würde uns jetzt und hier auch zeitlich überfordern. Hier nur soviel: Dieser Konflikt hat die Arbeiterbewegung von ihren Anfängen an begleitet, behindert und schließlich gespalten. Nicht theoretisch, aber praktisch-politisch steht dabei Millerand als personifiziertes Beispiel am Anfang dieses Prozesses, wobei sich ziemlich eindeutige Gemeinsamkeiten, um nicht Gesetzmäßigkeiten zu sagen, in fast allen Parteien zeigten. Um das wenigstens an einem Beispiel zu illustrieren, wie dieser Prozess konkret verlaufen ist, hier eine kurze Skizze der Entwicklung der zweitwichtigsten Partei nach der deutschen, der in Frankreich.

*In Frankreich hatte die Dreyfuss-Affäre Ende des 19. Jahrhunderts zu schweren Angriffen der monarchistischen Kräfte, der Armeeführung und der Kirche, unter dem Deckmantel eines anti-semitischen Kreuzzugs, gegen die Republik geführt und eine ernste Krise ausgelöst. Zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und der Republik schlossen sich die Parlamentsfraktionen der bürgerlichen Radikalen mit den sozialistischen Abgeordneten der drei Gruppierungen im Parlament zu einem Block zusammen, während sich die zersplitterten Kräfte der Arbeiterbewegung an der Basis zu einem Aktionsbündnis (in Form von „Überwachungskomitee“ in jakobinischer Tradition) verständigten. Bei den Wahlen 1898 traten beide Formationen faktisch gemeinsam an, in der Erwartung, dass sie wie bei den Wahlen fünf Jahre zuvor dadurch an Sitzen gewinnen würden. (1893 gewannen die Linken 49 gegenüber der vorheriger Wahl mit nur 12 Sitzen deutlich hinzu.) Diesmal blieb ein solcher Zuwachs aus und beide Gruppierungen zusammen hatten nur eine knappe zahlenmäßige Mehrheit, worauf der mit der Regierungsbildung beauftragte Waldeck-Rousseau dem Abgeordneten aus der Gruppe der „Unabhängigen“, Millerand, den Ministerposten für Handel und Industrie anbot. Millerand, Rechtsanwalt und wegen seiner Arbeit als Verteidiger von Arbeiterinteressen geachtet, war schon schon seit 1885 Abgeordneter, zuerst für die Radikalen – wie übrigens auch Jaurès – dann von dort zu den Sozialisten gewechselt, wo er für einen strikt reformistischen Weg zum Sozialismus agitierte, weil nur so allmählich das kapitalistische Eigentum in sozialistische Formen überführt werden könne. (Saint Mandé-Programm von 1896). Jede Form revolutionärer Gewalt lehnte er ab und in der Republik sei die einzig mögliche Form der Demokratie realisiert. Nun komme es nur noch darauf an, die Mehrheit des Volkes bei Wahlen zu gewinnen, weshalb die Sozialisten die Arbeiterklasse in ein Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften führen müsse. Zuerst bedürfe es aber des Zusammenschlusses der verschiedenen sozialistischen Gruppierungen. Millerand gehörte zwar im Umfeld der Sozialisten zur Gruppe der Unabhängigen, die ihn neben den Broussisten<sup>5</sup> und Anarchisten unterstützen wollten, trat aber nach außen als Einzelperson und nicht als offizieller Vertreter seiner Gruppe in die Regierung ein, wohl auch in der Hoffnung, dadurch weniger angegriffen zu werden. Aber ganz im Gegenteil rief sein Eintritt natürlich seitens der nationalistischen Rechten und – wenn auch aus ganz anderen Gründen und in unterschiedlicher Stärke – bei den linken Gruppen helle Empörung hervor, die in einem Kongress im Dezember 1899 mündete, an dem auf Einladung der marxistisch orientierten Guesdisten und Blanquisten mit über 800 Delegierten mit Stimmrechten von zusammen 1400 Parteiorganisationen, Gewerkschaften und Genossenschaften teilnahmen. Im Ergebnis der erregten Debatte wurde eine Resolution angenommen, in der jegliche Beteiligung von Sozialisten an bürgerlichen Regierungen mit den Prinzipien des proletarischen Klassenkampfes für unvereinbar erklärt wurde. Diese von den Linksradikalen und Teilen der Guesdisten eingebrachte Resolution er-*

<sup>4</sup> Victor Adler: Aufsätze, Bd. VII, S.23.

<sup>5</sup> Nach dem französischen Arzt und kleinbürgerlichen Sozialisten Paul-Louis-Marie Brousse benannt, einem Teilnehmer der Kommune, später nach seiner Emigration in die USA einer der Führer der Possibilisten. (Reformisten)



hielt aber nur 818 Ja-Stimmen, 634 sprachen sich dagegen aus. Angesichts der knappen Mehrheit wurde die Diskussion fortgesetzt und dann eine zweite Resolution beschlossen, die zeigte, dass die Motive und Überlegungen der Gegner unterschiedlich gewesen waren. Die zweite Resolution erklärte, dass unter außerordentlichen Umständen eine solche Regierungsbeteiligung erwogen werden müsse, weil die ökonomische Entmachtung der Bourgeoisie erfordere, zuerst wichtige politische Machtpositionen in der Gesellschaft zu erobern. (Das lesen wir wenig später ähnlich bei Rosa Luxemburg.) Diese Resolution wurde mit 1140 Delegiertenstimmen bei lediglich 240 Gegenstimmen angenommen.

Die strittigen Punkten waren, ob die aktuelle Krise tatsächlich ein solches Ausmaß habe, dass sie den Eintritt von Sozialisten erfordere und ob die gesellschaftliche und parlamentarische Stärke der Linken ausreichend sei, der Koalitionsregierung den Stempel aufzudrücken. Wer dies bejahte, war für, und wer dies bezweifelte, war gegen die Beteiligung. Ein ambivalent zu interpretierender Kompromiss.

Die praktisch-politischen Auswirkungen waren sowohl in Frankreich wie auch in den Parteien der Internationale ebenfalls widersprüchlich. Einerseits gelang es der Regierung Waldeck-Rousseau, nicht zuletzt dank eines Programms von Millerand zur Verbesserung der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Einführung gewisser Sozialreformen den klerikal-monarchistischen Angriff auf die Republik abzuwehren. Andererseits musste er außenpolitisch den Abschluss eines Bündnisvertrages mit dem zaristischen Russland (wenn auch von der Vorgängerregierung ausgehandelt) mittragen und verteidigen, wofür ihm auf der Weltausstellung in Paris, wo er den zaristischen Handelsminister begleitete, von diesem ein hoher Orden des Zaren überreicht wurde. Im Juni des gleichen Jahres wurde ein Streik der Arbeiter von Chalon von Regierungstruppen blutig niedergeschlagen. Dieses Vorkommnis führte nicht nur zu erbitterten Auseinandersetzungen in der Nationalversammlung, wo die nationalistische Rechte durch einen Misstrauensantrag die Regierung stürzen wollte. Während die Unabhängigen unter Jaures' dagegen waren, stimmten die marxistischen Guesdisten mit den Rechten für den Misstrauensantrag.

Dieselbe Regierung trieb auch mit brutalem Polizeieinsatz eine Arbeiterdelegation mit Teilnehmern des Pariser Kongresses der Internationale (23.-27.Sept. 1900) auseinander, die an der Mauer der Föderierten auf dem Friedhof Per Lachaise der Opfer der Kommune gedenken wollten. So war es nur natürlich, dass sich der Kongress speziell mit der Frage der Regierungsbeteiligung befasste, die aus Sorge um ähnliche Spaltungserscheinungen wie in Frankreich eine (von Kautsky verfasste) Resolution beschloss, dass eine Regierungsbeteiligung **keine** Prinzipienfrage wäre, sondern sie als eine rein taktische Frage abtat, die von Fall zu Fall zu entscheiden wäre. Eine Beteiligung käme nur in einer „Zwangslage“ infrage. Dass damit nichts wirklich gelöst war, bewies die nachfolgende organisatorische parteipolitische Verselbständigung.<sup>6</sup>

Dieses Problem strahlte weiterhin besonders auf die SPD aus, meinten doch die sich hinter Bernstein verschanzenden Politiker, die wachsende Zahl von Abgeordneten stelle sie bald vor eine ähnliche Entscheidung wie in Frankreich und wie sie auf Landesebene in der Budgetfrage in Baden schon gefallen war. (Im Sommer 1903 fordern Bernstein und von Vollmar, die Partei solle auf die Besetzung des Posten eines Reichstagsvizepräsidenten bestehen mit all den verpflichtenden Ritualen zur Huldigung des Kaisers, was mehrheitlich empört zurückgewiesen wurde. Nur sieben Jahre später, nach dem großen Wahlsieg 1910 mit 110 Abgeordneten, wurde Scheidemann zum Vizepräsidenten des Reichstags gewählt.)

Die Polemik Rosa Luxemburgs mit ihren Artikeln und glänzenden Reden gegen die „Regierungssozialisten“ in der SPD, sichtlich vom französischen Beispiel inspiriert, ihr Verständnis von Politik, einschließlich der Parlamentspolitik einer sozialistischen Programmpartei und ihrer Repräsentanten, stellen geradezu klassische und eigentlich verbindliche Texte bis in die Jetztzeit dar, blieben allerdings schon damals ohne durchschlagende Wirksamkeit. Was machte ihre marxistische und auch realistische Position aus: Prinzipiell sei die Sozialdemokratie von ihrem Wesen die grundsätzliche Opposition und als regierende Partei dürfe sie nur auf den Trümmern des bürgerli-

<sup>6</sup> Im Herbst 1901 kam es zur Gründung der revolutionären und marxistischen Sozialistischen Partei Frankreichs (aus Guedisten, Blanquisten und dem linken Flügel der Allemanisten: Parti Socialiste de France). Daneben existierte die rechts-reformistische Partei der französischen Sozialisten (aus Broussisten, Unabhängigen und rechten Allemanisten. (Parti Socialiste Francaise)

chen Staates auftreten. Zugleich betonte auch sie den möglichen Ausnahmefall, wo es sich um die Freiheit des Landes oder um die Verteidigung demokratischer Errungenschaften, wie die Republik, handelt. Ein solcher Ausnahmefall bestehe, wenn die bürgerlichen Parteien unfähig und selbst zu kompromittiert und desorganisiert sind, um ohne die Unterstützung der Arbeitervertreter das Volk zur Gefolgschaft zu veranlassen. In jedem Falle müsse der Eintritt in eine solche bürgerliche Regierung mit dem Ziel verbunden sein, sich der Regierung zu bemächtigen und sie zu einer Regierung der herrschenden Arbeiterklasse zu verwandeln. Jede andere Taktik würde und müsse die Identität und das Ansehen der Partei beschädigen.<sup>7</sup>

## II. Zur programmatischen und theoretisch-politischen Entwicklung

Die II. Internationale hatte bekanntlich kein komplettes und von den Gremien debattiertes und angenommenes Programm. Sie definierte ihre Ziele und Politik in den Diskussionen und beschlossenen Resolutionen auf ihren insgesamt 9 Kongressen. Um die Entwicklung und theoretische Leistung zu würdigen, müsste man dies an den wesentlichen inhaltlichen theoretischen und politischen Schwerpunkten darstellen. Das kann hier nur angedeutet werden und dabei auf die inhaltlichen theoretischen und grundlegenden politischen Fragen hingewiesen werden, mit denen sich die Internationale befasste und damit ihren Beitrag leistete, marxistische Positionen in den Parteien zu verbreiten. Das waren u.a. der gesetzmäßige Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg und der anti-militaristische und Friedenskampf, die Fragen der allgemeinen Taktik des Klassenkampfes, speziell die Rolle des Generalstreiks, das Problem der Regierungsbeteiligung und ganz generell die Auseinandersetzungen mit dem Reformismus und Revisionismus, die nationale Frage sowie die Stellung zur Kolonialpolitik. Detailliert müsste das jeweils anhand der Dokumente der Kongresse und der außerordentlichen Bürositzungen und Publikationen bis zum Jahre 1914 sowie unter Berücksichtigung der Resonanz zumindest in den wichtigsten Mitgliedsparteien erfolgen, was ich hier nicht leisten kann.

Ich werde mich, nicht nur aus zeitlichen Gründen, auf die Auseinandersetzungen um das Problem des Massen- bzw. Generalstreiks beschränken, mit der Frage, ob er lediglich als friedliches Teilinstrument des ökonomischen, eventuell auch des politischen Kampfes um einzelne demokratische Rechte wie dem Wahlrecht oder auch Instrument im Kampf um grundsätzliche Machtfragen sein könne, damit also auch Mittel zum Herankommen an die revolutionäre Umwälzung sein könnte. Immer akuter wurde die Frage, wie sich dies mit dem Kampf gegen Militarismus und gegen die zunehmende Kriegsgefahr bzw. bei und nach dem Ausbruch eines Krieges im Ringen für seine Beendigung verknüpfte. In diesen zwei Problemkreisen bestand auch die größte Gemeinsamkeit des theoretischen und politischen Kopfes der deutschen marxistischen Linken, Rosa Luxemburg, und ihrem nur ein Jahr älteres Pendant in der russischen Sozialdemokratie, dem zum theoretischen Kopf und politischen Führer der Bolschewiki heranwachsenden W.I. Lenin. Dieser nannte noch später Rosa Luxemburgs Arbeit „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ die „beste Darstellung in deutscher Sprache“ über die Rolle des Massenstreiks „im Zusammenhang mit der westeuropäischen Eigentümlichkeit des Kampfes“.<sup>8</sup>

Ich werde mich deswegen nur auf die Frage des Massenstreiks konzentrieren, weil die sich mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges und dem Zusammenbruch der II. Internationale *im Nachhinein* als Herzstück der Politik der internationalen Arbeiterbewegung herausgestellt hat. Wenn ich dabei sehr stark auf die Aktivitäten Rosa Luxemburgs (und am Rande Lenins) zu sprechen kommen werde, so weil beide die Frage des Massen- bzw. Generalstreiks als erste und nicht erst im Nachhinein als Herzstück des Kampfes der Arbeiterbewegung erkannten und sich dann auch das Versagen in dieser Frage als eine der Hauptursachen des Zusammenbruchs der Internationale bei Ausbruch des Krieges erwies.

Ein wenig der Reihe nach:

Bereits auf dem Gründungskongress der II. Internationale war kurz vor seinem Ende ein Antrag eingegangen, den zum Kampftag erklärten 1. Mai in Form eines Generalstreiks zu begehen, „als Anfang der sozialen Revolution.“ Aus Zeitmangel konnte nur W. Liebknecht dazu noch kurz

<sup>7</sup> Vgl. Rosa Luxemburg: >Eine taktische Frage“, Artikel vom 6. Juli 1899 in der >Leipziger Volkszeitung“, abg. In: Ausgew. Schriften, Bd. II, S. 60-64.

<sup>8</sup> Zitiert nach der hervorragenden Studie von Ulla Plener: Rosa Luxemburg und Lenin. Gemeinsamkeiten und Kontroversen. Gegen ihre dogmatische Entgegensetzung. NORA Verlagsgesellschaft, Berlin 2009, S. 12.

Stellung nehmen, dessen Begründung für eine Ablehnung, ein solcher Generalstreik sei schon deswegen ein „Ding der Unmöglichkeit“, weil er eine mächtige Organisation der Arbeiterklasse voraussetze, wie sie unter den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft nicht existieren könne, wurde zum Dauerargument der Gegner.<sup>9</sup> Das Scheitern ihres Antrags ließ die französischen und belgischen Delegierten nicht ruhen, zumal sie auf große Massenstreiks vor allem in Belgien (1886, 1887 und 1891) im Kampf um das Wahlrecht verweisen konnten. So setzten sie das Problem erneut auf die Tagesordnung des Brüsseler Kongresses 1891, der sich als Hauptfrage mit den Ursachen des Krieges und der Stellung der Arbeiterklasse dazu befassen sollte. Aus der marxistischen Einschätzung, dass der Kapitalismus gesetzmäßig zum Kriege treibe, schien manchen Vertretern besonders der belgischen, holländischen und französischen Partei ein unakzeptablen Fatalismus zu sprechen. So brachte der Holländer Domela Nieuwenhuis einen Antrag ein, der nicht nur eine Verurteilung des Krieges wollte, sondern forderte, dass „eine etwaige Kriegserklärung mit einem Aufruf des Volkes zur allgemeinen Arbeitseinstellung beantwortet“ werden solle. Die belgischen Delegierten sowie eine Mehrheit der französischen und englischen Delegierten unterstützten diesen Antrag. (Die Belgier hatten den Generalstreik als Waffe des Klassenkampfes um das allgemeine Wahlrecht sogar in ihr Parteiprogramm aufgenommen) Aber dreizehn von den achtzehn vertretenen Parteien lehnten ihn ab, waren doch die genannten Streiks mit großer militärischer Gewalt und juristischer Schärfe niedergeschlagen worden. Sie sahen es – wie auch Friedrich Engels – als eine Gefahr für den weiteren Vormarsch der organisierten Arbeiterbewegung an, wenn solche anarchistisch anmutenden Forderungen erhoben und in der politischen Praxis angewandt würden. Aber ein Generalstreik in Belgien 1893, zu dem die Partei aufgerufen hatte, endete zwar auch nur mit einem Teilsieg, dem Zutritt zum Parlament durch Wahlen, bewies aber zugleich, dass es keine Unmöglichkeit war, das wirtschaftliche Leben längere Zeit zum Erliegen zu bringen.

So musste sich der Züricher Kongress 1893 auf Antrag der französischen Gewerkschaftsvertreter erneut mit der Frage eines „Weltstreiks“ befassen.

Das Problem war inzwischen so gewichtig, das erstmals eine spezielle Kommission beauftragt wurde, das zu beraten und einen Resolutionsentwurf vorzulegen. Der hauptsächlich von Karl Kautsky entworfene Beschluss widersprach der Idee eines „Weltstreiks“, der angesichts der ungleichen ökonomischen Entwicklung in den Ländern undurchführbar wäre, erklärte aber, dass ein Generalstreik in einzelnen Industrien „unter bestimmten Umständen eine sehr wirksame Waffe nicht bloß im ökonomischen, sondern auch im politischen Kampf“ werden könne. Aus Zeitgründen konnte der Kongress nicht mehr darüber abstimmen, sodass nur der Ausschuss erstmals den Massenstreik als Waffe des politischen Kampfes anerkannte. Da die französischen Gewerkschaftsführer damit nicht zufrieden waren, kündigten sie an, das Problem auf dem nächsten Kongress erneut zur Entscheidung zu stellen. In der französischen Arbeiterbewegung trug die Auseinandersetzung zwischen den marxistisch orientierten Gegnern des Generalstreiks und den anarchistisch-syndikalistisch tradierten Kräften sehr zur Spaltung bei, ehe der Pariser Kongress 1900 dazu Stellung nehmen konnte.

Die Massenstreikdebatte war viele Jahre beeinflusst, um nicht zu sagen, negativ belastet durch die immer wieder seinerzeit von Engels erhobene Warnung, ja nicht mit einem Massenstreik zu drohen, zu früh mit einem solchen zu beginnen und es sei sowieso ein Unsinn, davon zu reden, denn wenn die Arbeiterbewegung mächtig genug sei, einen erfolgreichen Generalstreik durchzuführen, dann bekäme sie alles auch ohne Streik. Engels war als Politiker Realist und gegen jede Form von Putschismus. Ein Streik der Londoner Dockarbeiter im August 1889 war für ihn ein Muster, was man erreichen könne und wo er kontraproduktiv würde.<sup>10</sup> So stemmte er sich gegen Einflüsse aus der französischen und belgischen Partei, wo einzelne immer wieder auf dem Generalstreik als Waffe beharrten.<sup>11</sup> Im April 1891 nannte er die Forderung auf dem Pariser Kongress der

<sup>9</sup> Zum Folgenden siehe Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, Band 1, S. 291 ff.

<sup>10</sup> Vgl. MEW, Band 37, S. 268 f. (Brief F. Engels an Laura Lafargue vom 1. September 1889)

<sup>11</sup> Engels lobte ihren Mann Paul L., der zur Maifeier im Hydepark vor rund Hunderttausend Teilnehmern eine ausgezeichnete Rede (und gutem Englisch) gehalten habe, aber >andeutungsweise war der Traum vom Generalstreik darin, ein Unsinn, den sich die Guesde aus einen anarchistischen Tagen bewahrt hat – (wann immer wir in der Position sind, den Generalstreik zu erwägen, werden wir das, was wir verlangen, ohne weitere Umstände bekommen können, ohne den Umweg über den Generalstreik. (MEW, Bd. 37, S. 403) Der alte Engels war von den beachtlichen Wahlerfolgen in wichtigen Ländern ebenso begeistert wie beeindruckt von den stürmischen Empfängen bei seiner letzten Reise nach Deutschland, Österreich und der Schweiz, wie seine Briefe zeigen.

Bergarbeiter aus fünf Ländern, auf dem beschlossen wurde, durch einen Generalstreik den 8-Stundentag gesetzlich einzuführen, einen „belgischen Blödsinn“.

„Ich wollte fast, die wallonischen Kohlenarbeiter, die den ganzen general-strike-Unsinn diesmal angestiftet, trieben es in Belgien zum general strike wegen allgemeinem Stimmrecht, sie würden heillos gehauen, und der Unsinn wäre begraben. Aber die andern in Deutschland und Frankreich würden die Folgen auszufressen haben.“<sup>12</sup> Im November 1893 rät er Kautsky dringend ab, einen befürwortenden Artikel von Bernstein über den Massenstreik als „politisches Kampfmittel“<sup>13</sup>, über „die Phrase vom Generalstreik“ zu veröffentlichen. Höchstwahrscheinlich haben wir es hier bei Engels mit einer Nachwirkung aus der Geschichte des Kampfes (zwischen Marx und Bakunin) gegen anarchistische Positionen in der I. Internationale zu tun, auf deren Brüsseler Kongress im Jahre 1868 zum Entsetzen von Marx auf Antrag der belgischen und französischen Vertreter eine Resolution ohne jede Debatte angenommen wurde, in der es hieß, dass der Staatskörper nicht irgendwie längere Zeit ohne Produktion bestehen kann, es genügen würde, dass die Arbeiter streikten, um den Krieg unmöglich zu machen, „falls in ihrem Land Krieg erklärt wird.“<sup>14</sup> Es verwundert, wie starrsinnig und alte Erfahrungen unverändert gültig ansehend der alte Engels sich in dieser Frage verhielt, er mit jedem, der es hören wollte oder nicht, vom „Unsinn“ des Generalstreiks als „General-Unsinn“ sprach, und dass er es ausdrücklich für gut hielt, wenn diese Frage des Generalstreiks z.B. in Österreich „auf die lange Bank geschoben“ und Victor Adler schon sorgen werde, „dass er da noch lange weiter geschoben wird.“<sup>15</sup> was natürlich selbst Bebel und Genossen in der Folgezeit festlegte oder zumindest verunsicherte. Die Erfolge mithilfe des im deutschen Kaiserreich bereits geltenden (beschränkten) Männerwahlrechts schienen ihm am besten dem konkreten Kräfteverhältnis zu entsprechen, sodass er sogar den letztlich erfolgreichen Generalstreik der Belgier für das allgemeine Wahlrecht übergang, wo es sich angeboten hätte, seine vernünftige Position hinsichtlich des überlebten Barrikadenkampfes durch Massen- und Generalstreiks zu ersetzen.

Der Pariser Kongress 1900 diskutierte zwar die Generalstreikproblematik, aber trotz allen Feuers in der Begründung des Antrags durch den scheinbar leidenschaftlichen Verfechter der Idee, Aristide Briand, für den „der Generalstreik als ein Mittel der Revolution, aber einer Revolution, die nicht mehr einzelne Früchte des Sieges pflücken lässt, sondern die es dem Proletariat ermöglicht, Hand zu legen auf die Produktionsmittel der Gesellschaft, um sie zu behalten“, blieb die Mehrheit bei der Ablehnung.<sup>16</sup> Karl Legien begründete die Gegenposition der Gewerkschaften damit, dass ein erfolgreicher Generalstreik vor allem einer gewaltigen gewerkschaftlichen Massenorganisation bedürfe. „Für die Bourgeoisie wäre ein Generalstreik unorganisierter Massen ein Vergnügen“ und „in ein paar Tagen hätten sie ihn niedergeworfen, eventuell mit Waffengewalt, und damit die Arbeit von Jahrzehnten vernichtet.“ Hier kündigte sich schon an, dass von dieser Seite der stärkste Widerstand kommen würde. Für den Antrag stimmten nur je ein Delegierter aus Frankreich, Italien und Russland sowie mit je zwei Stimmen Portugal und Argentinien. Der Organisationsfetischismus der gewerkschaftlichen und zunehmend reformistischen Vertreter, legalistische Hoffnungen u.a. Bedenken führten dazu, dass die Internationale der so wichtigen Frage des nationalen Generalstreiks in zugespitzten Krisensituationen oder gar bei Kriegsgefahr als international notwendige Massenaktion auswich. Diese Linie setzte sich auf den folgenden Kongressen, zuerst dem Amsterdamer im August 1904 fort, der allerdings einen kleinen, wenn auch völlig unzureichenden Fortschritt brachte. Unzureichend, weil Wilhelm Liebknechts Argumentation dazu führte, dass man zwar allgemein die Anwendung des politischen Massenstreiks „als äußerstes Mittel, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen“ in der Resolution anerkannte, aber strikt zwischen einem sol-

<sup>12</sup> MEW, Bd. 38, S. 81. (Brief an Friedrich Alfred Sorge vom 8. April 1891) Engels Polemik richtete sich vor allem gegen die These der Anarchisten, mit einem von der Führung organisierten Generalstreik als dem großen Paukenschlag den Kapitalismus zu überwinden.

<sup>13</sup> Vgl. MEW, Bd. 39, S. 161.

<sup>14</sup> Beschluss des Brüsseler Kongresses über die Stellung der Arbeiterklasse zum Krieg, 13. September 1868, in: Die I. Internationale in Deutschland, Berlin 1964, S. 266. - Zuvor hatte eine Resolution erklärt, >dass Streiks kein Mittel sind zur vollständigen Emanzipation der Arbeiterklasse, aber in der gegenwärtigen Situation des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit häufig eine Notwendigkeit sind.“ (A.a.O., S. 260.)

<sup>15</sup> MEW, Bd. 39, S. 196.

<sup>16</sup> Briand wurde aus der Partei ausgeschlossen, als er der Regierung Clemenceau beitrug, erst Minister und dann sogar Ministerpräsident wurde und Streiks mit militärischer Gewalt niederschlagen ließ.

chen Massenstreik und dem unmöglichen „Generalstreik“ unterschied. Auch Liebknecht fühlte sich durch Engels legitimiert, wollte er natürlich auch unnötige Niederlagen vermeiden. Er setzte schon immer mittelfristig und allein auf die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts und das Wachstum der Bewegung, Clara Zetkin hob als Ergebnis des Amsterdamer Kongresses in der Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ hervor, dass der sich eindeutig nach „rechts“, gegen den „sozialistischen Ministerialismus“ und jede bürgerliche Koalitionspolitik abgegrenzt habe und die Dresdener Resolution der SPD gegen jeden Reformismus und gegen jede Änderung der bewährten Taktik (mit 25 gegen 5 bei 12 Stimmenthaltungen) zum Beschluss der Internationale erhob. Außerdem lobte sie ausdrücklich das Referat der holländischen Vertreterin Henriette Roland-Holst zur Massenstreikfrage, weil sie „mit allem erforderlichen Nachdruck die anarchistische Auffassung zurückgewiesen (hat), dass der Generalstreik das revolutionäre Kampfmittel per excellence des Proletariats, die Einleitung der sozialen Revolution sei. Damit sei andererseits in klarer Unterscheidung der „Generalstreik gleich Generalunsinn“ vom politischen Massenstreik abgelöst, der unter Umständen möglich, ja, unvermeidlich werden kann. Gleichzeitig hat der Kongress eindringlich auf die unerlässlichsten Vorbedingungen eines erfolgreichen politischen Massenstreiks hingewiesen: feste, weitgespannte Organisation, frei gewollte Disziplin, aus klarer Einsicht geboren, kurz, die pflichttreueste Tätigkeit auf allen Gebieten des proletarischen Klassenlebens.“<sup>17</sup> Damit überinterpretierte sie allerdings die Motive jener Mehrheit von 36 zu 4 Gegenstimmen (aus Russland, der Schweiz, Japan sowie der Gruppen der Allemanisten/Jaurès aus der französischen Delegation.) Den Befürwortern dieser Resolution ging es vor allem um die Betonung der „Voraussetzungen“, d.h. die Zuschreibung der Entscheidung an die Führungen der Gewerkschaften. Die versteckten ihre Ablehnung jeglichen Massen- oder gar Generalstreiks hinter ihrem Organisationsfetischismus.

Doch kaum war der Kongress vorbei, setzte ein weitgehend *spontaner* politischer Massenstreik in Italien von noch nie dagewesener Heftigkeit und einmaligem Umfang im September 1904 die Frage erneut akut auf die Agenda, ein Streik, der verschiedentlich als der erste vollkommene Generalstreik in der Geschichte der Arbeiterbewegung bewertet wurde, der der russischen Revolution vorausging, die nur 5 Monate nach Ende des Amsterdamer Kongresses genauso spontan ausbrach. Das wichtigste Merkmal beider Ereignisse war diese Spontaneität der Bewegung, die den Organisationsfetischismus der Gewerkschaftsbürokraten widerlegte.

Die Debatte, wie sie übrigens Bernstein nur auf theoretischer Ebene angestrebt hatte, wäre aber für die Schaffung eines Bewusstseins der Massen für dieses Kampfmittel unverzichtbar gewesen, und als sie nun nachdrücklich, wenn auch verspätet kam, hatten die Opportunisten schon die verdeckte knappe Mehrheit, dank derer sie diese stark behindern konnten. Insbesondere aus Deutschland, seiner Gewerkschaftsführung und der angewachsenen Gruppe von Reformisten in der SPD-Führung kamen die Widerstände. Der Kölner Gewerkschaftskongress Ende Mai 1905 erklärte ausdrücklich den Generalstreik als „indiskutabel“ und alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festzuschreiben für „verwerflich“ und distanzierte sich von der Resolution des Amsterdamer Kongresses, die aus der Diskussion „verschwinden“ müsse.“<sup>18</sup>

Hatte der Bremer Parteitag der SPD kurz nach dem Amsterdamer Kongress es trotz Karl Liebknachts Plädoyer unter dem Druck vor allem der Gewerkschaftsvertreter mehrheitlich noch abgelehnt, das Problem auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags zu setzen, sahen sich Bebel und die marxistischen Führungskräfte durch die Streiks in verschiedenen Ländern und besonders der russischen Ereignisse und die lebhaftige Debatte in den eigenen Reihen und Zeitungen veranlasst, dies nun doch zu tun. Rosa Luxemburg war wie Karl Liebknecht, Clara Zetkin und wie Lenin zur festen Überzeugung gekommen, dass die Massenstreikfrage ein entscheidendes Kettenglied im Kampf gegen den Opportunismus geworden war. Im Vorfeld hatte Clara Zetkin im „Vorwärts“ die Bedeutung des politischen Massenstreiks unterstrichen und hervorgehoben: „Der politische Massenstreik unterscheidet sich von den gewerkschaftlichen Streiks dadurch, dass er nicht bestimmten Forderungen an den Kapitalisten gilt, sondern dass er sich gegen deren politische Machtorganisation, gegen den Ausbeuterstaat wendet.“<sup>19</sup> Auf die Rolle des russischen Vorbilds eingehend schrieb sie in der Zeitschrift „Die Gleichheit“ vom 26. Juli 1905: „Der Massenstreik, der

<sup>17</sup> Clara Zetkin: Der Internationale Kongress zu Amsterdam, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin 1957, S. 248 f.

<sup>18</sup> Siehe GdA, Band 2, S. 97 f.

<sup>19</sup> Vorwärts (Berlin), 25. März 1905.

heute in diesem, morgen in jenem Industriezentrum mit vulkanischer Gewalt ausbricht und um sich greift, bald die, bald jene Gewerbe still legt, hier abgebrochen wird, dort umso wuchtiger einsetzt, sich durch keine Gewalt hintertreiben und unterdrücken lässt: er erschüttert unerträglich die wirtschaftliche Grundlage des sozialen Lebens, lähmt die selbstherrliche Staatsgewalt und treibt sie aus den Fugen. In alle Schichten der Bevölkerung trägt er die revolutionäre Gärung, er hält die erwachten revolutionären Geister lebendig, er peitscht sie vorwärts zum Kampfe.“<sup>20</sup>

Der Jenaer Parteitag bezog weitgehend richtige Positionen, für die das Referat Bebels die Grundlage bot, auch wenn ihm als zweiter gesetzter Redner Karl Legien folgte. Bebel definierte den Massenstreik allerdings als vor allem „friedliches“ Kampfmittel und hauptsächlich zur Abschaffung des preußischen Wahlrechts geeignet und nicht als Weg und Mittel, die in die Revolution umschlagen müssten. In der Resolution hieß es, „dass es namentlich im Falle eines Anschlags auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden. Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenen Falles der Parteitag die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung.“<sup>21</sup> Allerdings gab es dieses allgemeine Wahlrecht für Frauen noch gar nicht und in Preußen galt das Dreiklassenwahlrecht immer noch!

Gegen die natürlich anarchistische Forderung nach einem Generalstreik ohne Vorliegen entsprechender Bedingungen hatte Bebel verständlicherweise polemisiert, was aber nicht mehr die Hauptgefahr darstellte und was gerade durch die neuesten Erfahrungen der russischen Revolution bewiesen worden war. Aber auch Bebel ließ es zu, dass die verkappten Gegner einen möglichen Massenstreik nur im Falle von staatlichen Eingriffen in bereits erreichte demokratische Rechte, also als defensive Kampfform oder auf die Er kämpfung der Wahlrechtsreform beschränkt, überhaupt akzeptieren wollten. Dabei ging es den Befürwortern des Massenstreiks nicht um leichtfertige putschistische Versuche, mit willkürlichen Aufrufen zum alles entscheidenden Generalstreik zu kommen, sondern darum, wie aus kleineren ökonomischen dann politische Streiks werden, die sich zum spontanen Massenstreik ausweiten und zum Aufstand entwickeln, wenn die Krise zu einer revolutionären Situation herangereift ist. Es ging darum, den Gedanken an dieses so wirksame Mittel des Kampfes in den proletarischen Massen zu verankern, wachzuhalten. Bebel gab sich damit zufrieden, dass die Resolution ja auch von der im Extremfall möglichen „umfassenden Anwendung der Massenarbeitseinstellung“ spreche.

Wie wichtig die SPD für die Internationale geworden war zeigte sich in der Reaktion Lenins auf die – wie er schrieb – auch für Russland sehr lehrreichen Beschlüsse des Jenaer Parteitags. In einem seinerzeit unveröffentlicht gebliebenen Artikelmanuskript vom September 1905 stellte er heraus: „Die Parteitage der deutschen Sozialdemokraten haben schon längst eine Bedeutung gewonnen, die weit über den Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung hinausgeht. Die deutsche Sozialdemokratie steht hinsichtlich Organisiertheit, Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Bewegung, Reichtum und Gehalt der marxistischen Literatur an der Spitze aller sozialdemokratischen Parteien. Es ist nur natürlich, dass unter diesen Umständen auch die Beschlüsse der deutschen sozialdemokratischen Parteitage häufig eine fast internationale Bedeutung gewinnen. So war es in der Frage der neuesten opportunistischen Strömungen im Sozialismus (Bernsteiniade). Der Beschluss des Dresdener sozialdemokratischen Parteitags, der die altbewährte Taktik der revolutionären Sozialdemokratie bestätigte, wurde vom Amsterdamer Internationalen Sozialistenkongress aufgegriffen und ist zum allgemeinen Beschluss des gesamten klassenbewussten Proletariats der Welt geworden. So auch jetzt. Die Frage des politischen Massenstreiks – die Hauptfrage des Jenaer Parteitags – bewegt die ganze internationale Sozialdemokratie. Sie wurde in der letzten Zeit durch die Ereignisse in einer ganzen Reihe von Ländern, darunter auch, und sogar wohl vor allem, in Russland, in den Vordergrund gerückt. Und die Entscheidung der deutschen Sozialdemokratie wird zweifellos auf die gesamte internationale Arbeiterbewegung einen nicht unbeträchtli-

<sup>20</sup> Für die Preisfechter des revolutionären Proletariats, in: Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin 1957, S. 298.

<sup>21</sup> Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Jena 1905, S. 143.

chen Einfluss in dem Sinne ausüben, dass sie den revolutionären Geist der kämpfenden Arbeiter festigt und stärkt.“<sup>22</sup>

Zwar schien es, als ob die Opportunisten inhaltlich nicht mehr dominieren konnten, aber durch die verbalen Zugeständnisse und Unschärfe wurde es ihnen erleichtert, ihre unveränderte Gegenposition beizubehalten. So wurde – wie der Dresdener Parteitag 1904 in der Revisionismussfrage – auch der Jenaer 1905 mit seinen richtigen Beschlüssen nicht zu einem Meilenstein des Sieges über die Reformisten, sondern waren „Pyrrhus-Siege“. Selbst Lenin schien zu hoffen, dass die Opportunisten in dieser so wichtigen Frage geschlagen wären. Er schrieb, dass die SPD „die Krankheit rücksichtslos festgestellt, die schädlichen Tendenzen entschieden verurteilt und alle Parteimitglieder unumwunden und offen aufgefordert (hat), sie zu bekämpfen.“<sup>23</sup> Dass er dabei nicht zuletzt an die notwendige Konsequenz des Ausschlusses der Gegner, sogar an die eventuell nicht vermeidbare Spaltung der Partei dachte, bildete im weiteren Verlauf den Kern der wichtigsten Kontroverse mit Luxemburg und den deutschen Linken.

Die Autorität des verstorbenen Alten in London wurde – zumal er sich nicht mehr dagegen wehren konnte – von der Reformisten selbstredend weiter ausgiebig missbraucht. Clara Zetkin, auch begeistert vom Jenaer Beschluss, schrieb: „Damit verabschiedete er nachdrücklich den Glauben, dass Parlamentarismus und Gewerkschaften die alleinseligmachenden Mittel des proletarischen Klassenkampfes seien. Dieser Glaube berief sich vorzüglich, aber irrtümlicherweise auf Engels' bekannte Vorrede zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ und gipfelte in der Überzeugung, das Proletariat müsse auch die schlimmsten Nackenschläge der Reaktion ohne die äußerste Gegenwehr in der Hoffnung über sich ergehen lassen, dass „der Menschheit große Gegenstände“ nicht von der Tagesordnung verschwinden können. Der Parteitag zu Jena hat entgegen dieser christlichen Sklavenmoral, die sich als politische Klugheit gebärdete, die Pflicht des revolutionären Kampfes durch den politischen Massenstreik proklamiert.“<sup>24</sup>

Sie täuschten sich alle, denn es zeigte sich, wie schwer es Rosa Luxemburg und anderen fiel, mit der von ihr wesentlich geprägten Massenstreikdebatte durchzukommen und den Massenstreik (unter Vermeidung des Wortes „Generalstreik“) als machtvolles politisches Kampfmittel bei der organisierten Arbeiterschaft als verinnerlichte Überzeugung zu propagieren. Insbesondere wurde ihr wie den anderen wenigen Befürwortern weiterhin Putschismus vorgeworfen. Dahinter steckte der sich ankündigende vollständige *ideologische* Sieg der Reformisten. So bestätigte auch der Mannheimer Parteitag 1906 zwar den Jenaer Beschluss, aber der Streit um die Neutralität der Gewerkschaften und die entsprechende Resolution, die diese unterstrich, zeigte, wie die sich mit einer neuen Taktik davon abzugrenzen wussten. Ohne das Mitgehen der Gewerkschaften war natürlich ein Generalstreik sehr schwer denkbar, wäre ausschließlich auf das spontane Handeln der Massen angewiesen. Es wurde deutlich, wie sich von jetzt an drei innerparteiliche Strömungen herausbildeten: der bisher relativ geschlossen auftretende marxistische Mehrheitsflügel differenzierte sich in einen linken radikalen und einen zentristisch-versöhnlerischen Flügel, der am Marxismus festhalten wollte, aber im Interesse der Einheit der Partei und Bewegung (natürlich unter Einschluss der Gewerkschaften) immer öfter zu schädlichen Kompromissen gegenüber dem rechten opportunistischen Flügel bereit war.

In zahlreichen Artikeln und besonders eindringlich in ihren meist begeisternden Reden auf großen Versammlungen und Wahlkundgebungen, auf verschiedenen Parteitagen, nicht nur der SPD, und vor Gremien der Internationale wie vor dem ISB<sup>25</sup>, hatte sich Rosa Luxemburg mit der Massenstreikproblematik befasst und sich bemüht, diesen zentralen Gedanken in der eben zitierten Richtung in der deutschen Partei (und der polnisch-litauischen) zu verankern. Die Entwicklung nach dem Jenaer Parteitag der SPD (September 1905), dem Jahr der ersten russischen Revolution und mehreren großen Streiks in Deutschland, die europaweit zunehmenden Krisen bestärkte die revolutionär-marxistischen Kräfte um Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring und Karl Liebknecht und andere, die Debatte um den Massenstreik voranzutreiben, weil es sich hier nicht nur um eine theoretische, sondern entscheidende praktische Frage des Kampfes handelte.

<sup>22</sup> W. I. Lenin, Werke Bd. 9, S. 285.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 289.

<sup>24</sup> Clara Zetkin, a.a.O., S. 303.

<sup>25</sup> Rosa Luxemburg war seit 1904 als Vertreterin der Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauens (SDKPiL) Mitglied im ISB.

In ihrem Kampf gegen die zunehmende opportunistische Gefahr, die nun auch vom sog. Marxistischen Zentrum ausging, fanden sich Luxemburg und Lenin immer öfter zusammen.<sup>26</sup> Diese neue Strömung bediente sich in der Massenstreikfrage vor allem der Aufbauschung der Gefahr gewaltsamer Maßnahmen der Herrschenden. Typisch war dafür ein Artikel Hilferdings, neben Kautsky (und auch Bernstein) inzwischen die neue theoretische Kapazität in Fragen der marxistischen Theorie und Politik. Er verwies darauf, dass die stärkste Partei Deutschlands gegen die stärkste Regierung und die geschlossenste Herrschaftsorganisation der Welt kämpfe, mit der unvermeidlichen Konsequenz, dass ein politischer Massenstreik den Entscheidungskampf einleiten würde. „In Deutschland muss der Generalstreik, mag er entstehen wie er wolle, auf den aller stärksten Widerstand gefasst sein,“ weil die herrschenden Klassen stets um ihr ganzes Sein oder Nichtsein fürchten und mit aller Macht dagegen angehen würden.<sup>27</sup> Furcht und Sorge vor den Folgen eines solchen Streiks sollten helfen, die legalistische Linie als einzig realistische Politik erscheinen zu lassen. Am Beispiel der Rede Bebels auf dem Stuttgarter Kongress der II. Internationale 1907, dem ersten auf deutschem Boden, aber – ein vielsagendes Indiz für die reale Situation – außerhalb des Machtbereichs der Kaiserlichen Regierung von Bülow<sup>28</sup> - kann man sehen, wie diese Haltung wirkte. So polemisierte auch Bebel heftig gegen einen Resolutionsentwurf der französischen Delegation (Jaurès/Vaillant), in der es hieß. „Die Verhinderung des Krieges ist durch nationale und internationale Aktionen der Arbeiterklasse mit allen Mitteln, von der parlamentarischen Intervention, der öffentlichen Agitation bis zum Massenstreik und zum Aufstand zu bewirken.“ Bebel entwarf dagegen ein Horrorgemälde, was bei Ausbruch eines Krieges alles passieren würde. Sechs Millionen Männer, darunter zwei Millionen Sozialdemokraten, würden sofort zu den Fahnen gerufen. „Wo bekämen wir da noch die Menschen für den Massenstreik her?...Vier Millionen Familien wären in höchster Not, das ist schlimmer als jeder Generalstreik“ Eine Wirtschaftskrise würde ausbrechen, Nahrungsmittel würden fehlen, Exporte unmöglich sein, Arbeitslosigkeit würde folgen, Teuerung und vielleicht eine Hungersnot wären nicht zu vermeiden. Bebel zitierte einen General, der auf unzählige Tote der Massenschlachten eines modernen Krieges verwiesen habe. „Und in solcher Situation sollen wir uns mit Massenstreikspielereien abgeben? Bei unserem ersten Aufruf dazu würden wir ausgelacht werden.“<sup>29</sup> Noch vier Jahre später, auf dem Parteitag 1911 (wieder in Jena), argumentierte er ähnlich, Tiefpunkte in der Biographie dieses großen Mannes. Der gravierende Unterschied der zwei wichtigsten Parteien in der Massenstreikfrage drohte zu einer tiefen Krise der Internationale zu werden. Erst eine von Lenin, Rosa Luxemburg und Martow gemeinsam erarbeitete und eingebrachte Zusatzerklärung verhinderte dies und wurde großteils mit stürmischen Beifall begrüßt und dann einstimmig angenommen. Er lautete: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“<sup>30</sup>

In Vorbereitung auf den Außerordentlichen Internationalen Sozialisten-Kongress im Oktober 1912 in Basel hatte Rosa Luxemburg in der Sitzung des ISB für das geplante Manifest des Kongresses betont, es müsse sich von der Stuttgarter Resolution leiten lassen. „Wir müssen aussprechen 1., daß der jetzige Krieg (sie meinte den Balkankrieg) der Einzelfall einer allgemeinen Ten-

<sup>26</sup> Die völlige Übereinstimmung im Verständnis des Massenstreiks als proletarisches Kampfmittel zeigt ein Vortrag Lenins >Über die Revolution von 1905“ vor schweizerischen Jugendgenossen im Januar 1917. Siehe W. I. Lenin, Werke Band 23, S. 244 ff.

<sup>27</sup> Zitiert in: Karl Kautsky: Der politische Massenstreik, Berlin 1914, S. 161.

<sup>28</sup> Trotzdem kam es zur Ausweisung eines englischen Delegierten durch die Württembergische Regierung, weil dieser in seiner Rede über die gleichzeitig tagende Haager Friedenskonferenz der europäischen Regierungen gesagt hatte, dort sitze eine Gruppe von „Dieben beim Abendmahl“ zusammen. Ein entsprechend drapierter leerer Stuhl wies während des Kongresses auf diesen Vorfall hin.

<sup>29</sup> Zitiert nach Julius Braunthal, a.a.O., S. 342.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 344.



denz der kapitalistischen Entwicklung ist, 2., daß die *Massenaktion* notwendig ist, 3., daß das Proletariat seine Aktion *verschärfen* muß, 4., daß das internationale Proletariat in allen Ländern die Pflicht hat, auf einen Krieg mit energischen Aktionen zu antworten. Wir müssen empfinden, daß wir in einer neuen geschichtlichen Epoche stehen und dies durch die Kühnheit unserer Beschlüsse zum Ausdruck bringen.<sup>31</sup> Die auf äußerliche „Einigkeit“ bedachten Führungskräfte erfuhren von ihrer Absicht und gaben ihr auf dem Kongress keine Möglichkeit zu reden, weshalb sie gar nicht anreiste, was Clara Zetkin veranlasste, der man als Vertreterin des Frauensekretariats das nicht verweigern konnte, in diesem Sinne zu sprechen, allerdings ohne dass sie den Begriff – wie alle Redner – „Massenstreik“ gebrauchte. Der deutsche Konsul in Basel konnte beruhigt an den Reichskanzler Bethmann-Hollweg berichten, dass „der Kongress es nicht gewagt hat (...), im Falle eines Krieges offen zur Auflehnung aufzufordern.“<sup>32</sup> Allerdings bestätigte das Manifest von Basel in allgemeinen Worten die richtigen Beschlüsse von Stuttgart. Es stellt einen emotionalen Appell zum Frieden und zum Widerstand gegen die Kriegsgefahr dar, ohne sich allerdings zu konkreteren Maßnahmen durchringen zu können. Die 3,4 Millionen Mitglieder und fast 14 Millionen Gewerkschafter blieben mit allgemeinen Losungen und Aufrufen zu Demonstrationen allein.

Rosa Luxemburg dagegen nutzte – wie auch drei neu aufgefundene Polizeiberichte dokumentieren, jede andere Gelegenheit, sich zu dieser Lebensfrage der Internationale zu äußern. So berichteten die Spitzel über ihre Rede am 7. August 1913 in einer erweiterten Parteivorstandssitzung mit Gewerkschaftsvertretern, über ihr Auftreten im September in einer nichtöffentlichen Sitzung mit über 100 Delegierten während des Jenaer Parteitages<sup>33</sup> (1911) und über ihr Referat am 14. Januar 1914 vor der Reichstagsfraktion, wo sie auf deren Einladung, auf die wahrscheinlich Haase gedrungen hatte, da sie als Frau bekanntlich kein Wahlrecht und darum auch kein Mandat hatte – eingeladen war, ein Höhepunkt ihres Wirkens. Ihr Thema vor dieser Männerrunde, in der die meisten ihrer ärgsten Widersacher saßen, lautete: „Kommt der Massenstreik als Verteidigungsmittel des Proletariats in einer veränderten politischen Konstellation in Betracht?“<sup>34</sup>

Allein dass es zu einer solchen Einladung kam zeigt, wie heftig die Diskussion um dieses Instrument war, die durch den aktuellen Kampf um die Reform des preußischen Landtagswahlrecht angeheizt wurde.

Die Referentin stellte anfangs die sicher etwas zu optimistische These in den Raum, dass der Gedanke des politischen Streiks gegen die Staatsgewalt in Hirn und Herz aller sozialistischen Arbeiter lebe. Sie verwahrte sich gegen die Behauptung, sie wiegeln die unorganisierten Arbeiter gegen die Organisierten auf. Auch sei es nicht zutreffend, dass sie die Gefahren eines politischen Streiks für die Arbeiterbewegung verkleinere, der ihr aber auch nicht schade. Wie andere revolutionäre Köpfe, insbesondere Lenin, war ihr Verständnis davon geprägt, dass es ohne eine Reihe von Kämpfen, die scheinbar mit Niederlagen endeten, nicht gehen werde, man trotzdem nicht vor ihnen zurückschrecken dürfe. Ihr Credo: „Ein mit Kraft und Solidarität durchgeführter Streik ist immer unverloren, weil er das ist, was er bezweckt, eine Machtentfaltung des Proletariats, bei der die Kämpfenden ihre Kraft und ihr Verantwortungsgefühl stählen und die herrschenden Klassen der Stärke ihres Gegners bewusst werden.“<sup>35</sup> Sie grenzte sich entschieden von der altbekannten und von den Gegnern des Massenstreiks immer wieder aufgewärmte These der Anarchisten ab, ihn als letzten und großen Kraftakt anzusehen, der die Revolution herbeiführe. Es bedürfe vielmehr einer ganzen Periode von Massenkämpfen, „denn wie sollen plötzlich die preußischen Staatsarbeiter, die Eisenbahner, Postbeamten usw., die heute im Kadavergehorsam erstarrt sind, die Landarbeiter, die kein Koalitionsrecht haben, die breiten Schichten der Arbeiter, die noch in gegnerischen Organisationen, in christlichen, Hirsch-Dunckerschen, gelben Gewerkschaften stecken und die Masse des deutschen Proletariats, die weder in der gewerkschaftlichen Organisation noch der sozialdemokratischen Agitation zugänglich war (...), mit einem Male für einen letzten Mas-

<sup>31</sup> Zitiert nach: Annelies Laschitza, Luxemburg und Liebknecht im Kampf gegen den drohenden Krieg, in: Jahrbuch..., 2014/II, S. 10.

<sup>32</sup> Zitiert nach ebenda, S. 14.

<sup>33</sup> Siehe Ottokar Luban: Rosa Luxemburg zum Massenstreik. Zwei unbekannte Reden vom Sommer 1913, in: Narihiko Ito/Annelies Laschitza/Ottokar Luban (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Wirkens., Berlin 2010, S. 80 ff.

<sup>34</sup> Vgl. für das Folgende Annelies Laschitza, Jahrbuch..., a.a.O., S. 14-16. Den Polizeispitzelbericht über den Vortrag entdeckte im Landesarchiv Berlin Eckhard Müller.

<sup>35</sup> Alle Zitate und Bezüge bei: Annelies Laschitza, Jahrbuch..., a.a.O., S. 15 ff.

senstreik, für einen Kampf auf Leben und Tod bereit sein?“ Nur durch entschlossene Kämpfe müssten und könnten diese Menschen „nach und nach aus ihrer Starrheit, ihrem Kadavergehorsam, ihrer Zersplitterung losgelöst und der Gefolgschaft der Sozialdemokraten angegliedert werden.“ Durch Ausnutzung aller bedeutenden wirtschaftlichen Konflikte, die die Massen erregen und empören, sie in die Bewegung hineinziehen und nicht den entscheidenden Kämpfen ausweichen wäre die richtige und konsequente Taktik.

Die von der mitreißenden Logik und Redeweise Rosas ergriffenen, teils konsternierten und aufgewühlten Abgeordneten stimmten dem Vorschlag der verdeckten wie offenen Gegner zu, die zu einem bekannten und meist erfolgreichen Trick griffen, um einer gründlichen Aussprache mit einer bekannt argumentativ überzeugenden Referentin auszuweichen: Man beschloss die Bildung einer 15-gliedrigen Kommission zur Prüfung der Massenstreikfrage, von der in der verbleibenden Zeit bis zum 1. August 1914 nichts mehr zu hören war. In der politischen Praxis blieb es bei der Routine von Versammlungen oder – meist erst auf Druck der Mitglieder – auch bei größeren Kundgebungen und Demonstrationen.

### III. Der Zusammenbruch der II. Internationale und seine Ursachen

Neulich las ich, was Berta von Suttner, deren wichtigstes Buch „Die Waffen nieder“ in vielen sozialdemokratischen Haushalten stand wie auch in dem meines Großvaters väterlicherseits, über die Nazizeit versteckt und das heute bei mir steht, am 13. Mai 1914 ihrem Tagebuch, 5 Wochen vor ihrem Tod, sorgenvoll, aber mit leiser Hoffnung anvertraute: „Soviel Kummer und Unbehagen wie jetzt hab' ich doch lang nicht mehr gehabt...Und gegen den Übermilitarismus, der jetzt die Atmosphäre erfüllt, ist nicht anzukämpfen. Die einzigen - weil sie eine Macht sind - , auf die man hoffen kann, dass sie den Massenkrieg abwenden, sind die Sozialdemokraten.“<sup>36</sup>

Die historische Forschung ist inzwischen mehr oder weniger weitgehend zu der Erkenntnis gekommen, dass die lange Zeit behauptete nationale Begeisterung der Arbeiterklasse, die von den Burgfriedenspolitikern der SPD als ganz wichtiger Grund für ihre Entscheidung am 4. August herangezogen wird (und teils in der sozialdemokratischen Historiographie immer noch herumgeistert), so nicht zutreffend ist. Die Antikriegsdemonstrationen bis Ende Juli in vielen Städten des Reichs sprechen genauso dafür wie die, dass erst nach dem Überfall auf fremde Länder, insbesondere in Belgien und Frankreich, die dortigen sozialistischen Parteien der Vaterlandsverteidigung zustimmten. Der am 4. August aus Paris erst kurz vor der Abstimmung zurückkehrende Hermann Müller belog die Reichstagsfraktion, als er von der angeblichen Zustimmung der französischen Partei – deren zutiefst antimilitaristische Führer Jaurès gerade ermordet worden war - berichtete, während diese in Wahrheit ihre Entscheidung von der der deutschen abhängig gemacht hatte. Als in der ausländischen Öffentlichkeit die Kunde von der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten die Runde machte, hielt man es in der organisierten Arbeiterbewegung der meisten Länder zuerst für eine Propagandalüge. Wenn in der Arbeiterbewegung, besonders der deutschen, die Idee und der von den Führern bekundete und über Jahre glaubhaft entschlossene Wille, im Falle der Kriegsgefahr zum Generalstreik zu greifen, verankert gewesen wäre, dann wäre - vielleicht sogar gegen die Entscheidung der Führer - ein solcher Generalstreik ausgebrochen, und nicht erst nach drei bzw. vier Jahre des Völkermordens. Ohne die Zustimmung der SPD-Fraktion zur deutschen Kriegserklärung hätten andere Mitgliedsparteien dies sicher auch nicht getan. Der Angriff auf Frankreich ließ die Führer (wahrscheinlich nun wohl auch mit Billigung eines Jaurès) ebenfalls auf die Seite ihrer Regierung übergehen. Das Frankreich der Großen Revolution von 1789, das Frankreich der Republik gegen die reaktionären Kaiserreiche Deutschland und Österreich zu verteidigen, war für sie selbstverständlich.

In der herrschenden Klasse in Deutschland hatte man die Gefahr eines das Militär lähmenden Generalstreiks seit langem mitbedacht und in Rechnung gestellt. Bekannt ist die vom Reichskanzler Fürst von Bülow überlieferte Äußerung des Kaisers: „Wenn bei einem ernsten Konflikt nach außen die Möglichkeit gegeben ist, dass die Hälfte der Armee durch einen Generalstreik gefesselt ist, so sind wir verloren.“<sup>37</sup> Darum die Lüge vom russischen Einfall und der Missbrauch des Bebelauspruchs von 1910 bezüglich seines Verhaltens beim Überfall der Armeen des Zentrums aller Despotie.

<sup>36</sup> Zitiert nach: Berliner Zeitung, 21./22. Juni 2014, S.11.

<sup>37</sup> Bülow: Denkwürdigkeiten, Bd. 1, S. 549 und Dok.-Anhang, S. 220.

In der Massenstreikfrage manifestiert sich das verhängnisvolle totale Versagen der II. Internationale; in dieser wahrscheinlich wichtigsten Frage der Strategie und Taktik hatte die II. Internationale am gravierendsten versagt. Nachdem anfänglich die völlig normalen Forderungen nach besserem Arbeitsschutz, einem 8-Stundentag, dem 1. Mai und höheren Löhnen im Mittelpunkt standen und den relativ großen Einfluss der Gewerkschaften, speziell der britischen Trade Unions widerspiegelten, zum Allgemeingut der Internationale geworden waren, die Frage des politischen Massenstreiks für das Herankommen an die soziale Umgestaltung der Gesellschaft zumindest in Resolutionen weitgehend richtig erfasst worden war und auch theoretische Klarheit hinsichtlich des Zusammenhangs von Kapitalismus und Krieg bestand, war es politisch richtig und zwingend angesichts der Vertiefung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Hauptmächten und der militärischen Aufrüstung, der Marokko-Krise und Balkankriegen, sich auf die Friedensfrage zu konzentrieren. Dabei wurde rasch klar, dass das strategisch-taktische Problem, wie man den Krieg verhindern - bzw. im Falle seines Ausbruchs – mit welchen Mitteln, auf welchem Wege und mit welchem Ziel die Arbeiterbewegung ihn beenden könnte und sollte, das entscheidende Kettenglied war. Völlig richtig wurde auf die Gefahr der Ausweitung solcher Kriege auf Groß- bzw. Weltkriege verwiesen. Das wurde natürlich ständig auch von der Frage der Stellung zur eigenen Nation, dem Verhältnis von Nationalem und Internationalem, also das Verhältnis der Parteien zueinander tangiert. Rosa Luxemburg hat später in der Junius-Broschüre während des Krieges diesen Zusammenhang tiefgründig analysiert und die These von der angeblichen Pflicht der Sozialdemokraten zur Verteidigung des Vaterlandes auseinander genommen, was Lenin – ohne Kenntnis der Autorschaft - als besonders wichtig in seinen Anmerkungen hervorgehoben hat.<sup>38</sup>

Um über die Krisen und die Ursachen des Zusammenbruchs der II. Internationale zu reden würde es eigentlich genügen, die glänzenden Analysen einer Rosa Luxemburg oder Lenins vorzulesen und dann noch hinzuzufügen,: Die II. Internationale brach zusammen, weil sich die revolutionär-marxistischen Kräfte nicht durchzusetzen vermochten. Das wäre natürlich nicht nur banal, sondern eine irgendwie „unmarxistische“ Erklärung.

Der kampflose und in vielem schmachliche Zusammenbruch der II. Internationale war Folge einer Krise, die sich seit einem Jahrzehnt angekündigt hatte, allerdings nur von den wenigen Vertretern von noch weniger Mitgliedsparteien, die an ihrer durch den revolutionären Marxismus geprägten Theorie und Weltanschauung festhielten, bemerkt und tiefgründig analysiert wurde. Lenin schreibt völlig zutreffend, dass man den „Verrat“ nicht erklären kann, ohne seinen Zusammenhang aufzudecken mit dem Opportunismus als Richtung, die schon auf eine lange Geschichte, nämlich die Geschichte der ganzen II. Internationale zurückblickt.<sup>39</sup> Ganz entscheidend war dabei die Rolle der stärksten und einflussreichsten Mitgliedspartei, der SPD. Ihre bekannte Wandlung zu einer rein reformistischen und opportunistischen Regierungspartei im Wartestand und der letztlich nicht konsequente Kampf der Bebelschen Führungsgruppe dagegen strahlte auf fast alle anderen Parteien aus. Der „Millerandismus“ war nicht im luftleeren Raum entstanden.<sup>40</sup>

Offensichtlich hatte selbst Engels bei und nach Gründung der II. Internationale 1889 die Stärke und den Einfluss der revolutionär-marxistischen Kräfte zumindest in einigen der Gründungsparteien wie der deutschen, österreichischen und französischen, auch in der anfangs nur kleinen russischen, serbischen, bulgarischen u.a. überschätzt. Unterschätzt wurden offensichtlich die negativen Folgen des teils stürmischen Wachstums der Arbeiterbewegung bei gleichzeitigem raschen Wachstum des Imperialismus. Bei den ersten Angriffen der Opportunisten wie von Vollmar u.a. glaubte auch Engels, dass dieser vielleicht kein bewusster „Verräter“ sei, wie er im November 1894 an Wilhelm Liebknecht schrieb, aber sicher kein Sozialdemokrat und Bebel müsse spätestens auf dem nächsten Parteitag „vom Vordringen des kleinbürgerlichen Elementes in der Partei“ sprechen, meinte aber: „Übrigens ist die Zunahme des kleinbürgerlichen Elementes in einer wachsenden Arbeiterpartei unvermeidlich und auch kein Schaden. Ebenso wie die Zunahme der „Akademiker“, durchgefallener Studenten etc. Vor ein paar Jahren waren sie noch eine Gefahr. Jetzt können wir sie gut verdauen.“<sup>41</sup> Er irrte, wie wir wissen, allerdings auch deshalb, weil Bebel nicht – wie Engels forderte - genug „Salzsäure“ dazu schüttete, um sie gut zu verdauen.

<sup>38</sup> Vgl. W. I. Lenin, Werke Bd. 22, S. 320.

<sup>39</sup> W. I. Lenin: Über die Junius-Broschüre, in: Werke Bd. 22, S. 321.

<sup>40</sup> Derselbe: Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale, in: Werke, Bd.21, S. 446 ff.

<sup>41</sup> MEW, Bd. 39, S. 331 f.

Die Folgen des objektiven Zusammenhangs von Imperialismus und Opportunismus entfalteten sich bekanntlich zuerst und mit großer Wirksamkeit in England, zeigte sich in der Politik der französischen am Beispiel Millerands und Briands, dann in klassischer Form in Deutschland, in der deutschen Sozialdemokratie. Wieso in klassischer Weise, könnte man fragen. Ich meine deshalb in klassischer Form, weil Deutschland nicht nur zur stärksten und modernsten imperialistischen europäischen Großmacht aufstieg, sondern weil gerade in der größten und bestens organisierten Mitgliedspartei mit starken Gewerkschaften an der Seite der theoretische Sieg des Marxismus am eindrucksvollsten war, und weil genau diese Partei die objektive Chance des Sieges einer proletarischen Revolution im Zuge des Kampfes zur Beendigung des Krieges hatte, diese Chance infolge der schleichend errungenen Hegemonie des revisionistischen Opportunismus verriet.

Neben diesen objektiven Faktoren des Vormarschs des Revisionismus und Opportunismus sei nur auf drei begünstigende Umstände wenigstens hingewiesen: Einmal die insbesondere in Frankreich, Deutschland, Österreich und England, aber auch in anderen Ländern verfolgte geschickte und raffinierte Taktik der Herrschenden vom Reichskanzler Bülow bis zum Bund der deutschen Industrie (BdI),<sup>42</sup> die es den Opportunisten ermöglichte, die errungenen Wahlerfolge als Siege nicht nur der parlamentarischen Demokratie sondern zugleich als Siege des Sozialismus darzustellen.<sup>43</sup> Zum zweiten die besonders in Deutschland (nach und neben England) zunehmende Stärke und der wachsende politische Einfluss der Gewerkschaften mit ihrem „trade-unionistischen“ Selbstverständnis und Organisationsfetischismus sowie ihrer Präsenz in der Reichstagsfraktion, wo sie seit dem Wahlsieg 1912 ein Drittel der Abgeordneten stellten. Schließlich auch ziemlich wichtig: Der stattfindende Generationenwechsel in den Führungsgruppen der entscheidenden Mitgliedsparteien, besonders der SPD. (F. Engels starb 1895, W. Liebknecht 1900, P. Singer 1911, A. Bebel 1913)<sup>44</sup> Aber gerade in tiefgehenden Umbruch- und Krisenzeiten kommt der aktiven Rolle einzelner Persönlichkeiten eine gesteigerte, manchmal entscheidende Bedeutung für den konkreten Verlauf des historischen Prozesses zu. Von ihren charakterlichen, kognitiven wie bildungsmäßigen Voraussetzungen, ihren persönlichen Interessen, weltanschaulichen Werten und Normen, die sie in ihrer politischen Sozialisation gewonnen haben, hängen ihre jeweiligen Entscheidungen wesentlich ab. Schließlich - wenn auch von drittrangiger Bedeutung - der föderative Charakter der Internationale, der die Verbindlichkeit von Beschlüssen den einzelnen Parteiführungen überließ.

#### IV. Schlussbemerkung

Das Kettenglied in der Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung in der unmittelbaren Vorkriegszeit bildete die Auseinandersetzung in der Frage des Massen- bzw. Generalstreiks. Es beweist den strategischen Weitblick Luxemburgs, ihre politische Genialität, dies erkannt zu haben. In der unmittelbaren Vorkriegszeit fand sie nicht nur bei Lenin (der gerade verhaftet worden war), sondern auch bei anderen wie Guesde, Jaurès, Cachin, Longuet, Haase Unterstützung, wie die letzte Vorkriegskonferenz des ISB in Brüssel am 28. Juli 1914 zeigte. Der Krieg Österreichs/Ungarns gegen Serbien hatte Millionen Arbeiter und Kriegsgegner auf die Straßen gebracht, aber es gab kein Signal zum Generalstreik, der in allen potenziell am Krieg beteiligten Ländern ausbrechen müsste. Aber zu mehr als Drohgebärden an die Herrschenden, dass ein Krieg zur Revolution führen könnte, reichte es bei den gefühlsmäßigen Kriegsgegnern nicht. Und

<sup>42</sup> Siehe auch: Karsten Heinz Schönbach: Reformismus und Kapitalismus im Deutschen Kaiserreich, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2014/II, S. 183ff. - Engels machte auf Grund seiner Erfahrungen in England auf diese Taktik der Herrschenden seit langem aufmerksam. An P. Lafargue schrieb er 1893, dass die zur Sicherung ihrer Macht um die Stimmen der Arbeiter >durch politische und ökonomische Zugeständnisse“ werbe. (MEW, Bd. 39, S. 41)

<sup>43</sup> Hier insbesondere die langjährige bürgerliche Legalität und die damit verbundene Verlagerung der politischen Führung in die Parlamentsfraktionen. Dies förderte jene Strömung, die >'Störungen der schrittweisen Entwicklung' direkt, offen, völlig bewusst und systematisch feindselig gegenüberstand.“ (W.I.Lenin: Werke Bd. 21, S. 142) Lenin unterstützte in dieser Frage den holländischen Marxisten Pannekoeck in dessen Analyse der Ursachen des voran kommenden Opportunismus, was P. allerdings nur auf >taktische Differenzen“ reduzierte.

<sup>44</sup> Robert Michels hat nach Durchsicht der Delegiertenlisten dreier Parteien, der deutschen, der französischen und der italienischen zu ihren jeweiligen Parteitag von 1893 und 1910 errechnet, dass bei der SPD von 200 noch 60 der kämpferischen Gründergeneration angehörten, in Frankreich von 93 Delegierten noch 12 und in Italien von 311 noch 102. (Vgl. Anni Kriegel: Die II. Internationale 1889-1914, in: Zweite Internationale und Erster Weltkrieg, Geschichte des Sozialismus, Band IX, S. 24.)

die verlogene Zustimmung der Opportunisten zur angeblich notwendigen „Vaterlandsverteidigung“ brach dem proletarischen Protest und Widerstand das Genick.

Wie fiel Rosa Luxemburgs Urteil über die II. Internationale aus? Richtigerweise vernichtend, wie ihre Notizen aus dem Breslauer Frauengefängnis zeigen, wo sie sich mit den Vorarbeiten für einen zweiten Teil ihres Buches über die Krise der Sozialdemokratie vorbereitete. Ein tragender Gedanke schien gewesen zu sein, dass die Internationale nur dann leben, sich entwickeln und siegen könne, wenn sie zur Massenbewegung würde (was nur im Zusammenhang mit der Erkämpfung des 1. Mai als internationale Aktion der Massen selbst gelang). Was „sonst von der zweiten Internationale übrig blieb, waren Kongresse u. Manifeste, d.h. Demonstrationen kleiner Häuflein von Vertretern *im Namen* der Massen, waren Worte, Instanzen u. Zeremoniell. Tatsächliche Massenaktionen wurden „aus offen ausgesprochener Angst vor Opfern kaltblütig abgewürgt“ war „die Internationale innerlich eine Leiche, der prunkvolle Baseler Kongress war bereits ein unbewusster Leichenschmaus.“ Besonders symptomatisch sei die Scheu vor dem Massenstreik gewesen.

Völlig im Gleichklang mit dem Marxisten Lenin, der die bolschewistische Strategie und Taktik aus dem von ihm analysierten Charakter der neuen Epoche, der Epoche des Imperialismus, der imperialistischen Kriege und der proletarischen Revolutionen ableitete, völlig unabhängig von ihm und ohne mit ihm noch in Kontakt stehen zu können, notierte Rosa Luxemburg 1918 im Breslauer Frauengefängnis auf die selbst gestellte Frage, worin der Irrweg in der Entwicklung und Politik der Internationale gelegen habe, ihre Antwort: „Sie (die Internationale) hat die Taktik, die ihr nur einige Jahrzehnte gute Dienste leistete, verewigen u. auch auf die Periode des Imperialismus erstrecken wollen. Sie wich einfach vor dem offenen Kl(assen)k(ampf) um den Soz(ialismus) zurück. Sie nahm ihr Endziel nicht ernst u. wollte nicht vom bürg(erlichen) Parlamentarismus ablassen, obwohl er schon geschicht(lich) verjährt u. bankrott war mit dem Ausbruch des Krieges.“

Und sie setzte hinzu: D(eutsche) Sozialdem(okratie) – und noch weniger die intern(ationale) – hatte irgendeine allgemeine Orientierung ihrer Politik. Sie lebte von der Hand in den Mund, von Wahl zu Wahl. Sie schwätzte vom kommenden Weltkrieg, ohne sich dabei was zu denken (Basel) u. ging geflissentlich allen strittigen Fragen aus dem Wege.<sup>45</sup>

Der Meuchelmord an ihr (und Karl Liebknecht) unmittelbar nach Gründung der Kommunistischen Partei, der wichtigsten Voraussetzung zur Umsetzung und Weiterentwicklung ihrer strategisch-taktischen Vorstellungen im Umgang und Führung der kriegsmüden, völlig desillusionierten, rebellischen und nach Orientierung suchenden Massen, war eine der schwerwiegenden Wegentscheidungen zu Gunsten der alten herrschenden Elite.

Mit dem Blick auf unsere Welt nach dem Wegfall des strategischen Gleichgewichts infolge des Untergangs des europäischen frühsozialistischen Systems ist auch der Krieg mit seinen Schrecken in verschiedenen Teilen der Welt und sogar Europas zurückgekehrt. Deswegen ist es keine Marotte, wenn ein Sozialdemokrat, als einziger nach der sog. Wende, die Forderung erhoben hat, das Recht auf den politischen Streik und Generalstreik in der Bundesrepublik zu erkämpfen. Es war Oskar Lafontaine.

---

<sup>45</sup> Beide Zitate bei Annelies Laschitzka, a.a.O., S. 26 und 28 f.

Dr. Reiner Zilkenat

## Die „Fischer-Kontroverse“ – Geschichtsschreibung wider den „Zeitgeist“ in der BRD in den sechziger Jahren\*

1959 und 1960 machten zwei Aufsätze in der „Historischen Zeitschrift“ Furore. Ihre Titel lauteten: „Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914-1918“<sup>46</sup> bzw. „Kontinuität des Irrtums. Zum Problem der deutschen Kriegszielpolitik im ersten Weltkriege“<sup>47</sup>. 1961 folgte die Monographie zum Thema: „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18“<sup>48</sup>. Worum ging es? Der an der Universität Hamburg lehrende Ordinarius für Neuere Geschichte Fritz Fischer brach nach jahrelanger Auswertung bislang unzugänglicher Aktenbestände gleich mit mehreren Tabus der „herrschenden Lehre“ zur Vorgeschichte und zur Entstehung des Ersten Weltkrieges sowie zu den Kriegszielen des deutschen Imperialismus.

### „Hineingeschlitter“?

Zum einen gelang ihm der Nachweis, dass die von allen kriegführenden Mächten aus durchsichtigen Motiven vertretene Anschauung, man sei im Sommer 1914 in den Krieg „hineingeschlittert“<sup>49</sup>, zukünftig keine seriöse Basis mehr beanspruchen konnte. Fischer rekonstruierte aus den Akten des Auswärtigen Amtes, der Reichskanzlei und anderer Behörden die im Juli/August 1914 getroffenen Entscheidungen der politisch und militärisch Verantwortlichen im Deutschen Reich, die nach dem am 28. Juni 1914 in Sarajewo erfolgten Attentat auf den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand entstandene Situation zu nutzen, um den Weg in einen Krieg zu beschreiten; ein Krieg, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht auf einen lokalen Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien begrenzt werden konnte. Es drohte ein Eingreifen Russlands auf Seiten Serbiens. Aufgrund der existierenden Bündnissysteme wäre dann für das Deutsche Kaiserreich ein militärisches Engagement an der Seite der Habsburgermonarchie unabweisbar gewesen. Im nächsten Schritt war der Bündnisfall Frankreichs an der Seite Russlands zu erwarten. England als Partner der Franzosen in der seit dem 8. April 1904 bestehenden Entente Cordiale würde sich nicht nur mit seiner Flotte, sondern auch mit einem Expeditionsheer auf dem europäischen Kontinent gegen Deutschland und Österreich-Ungarn engagieren. Alles hing von der Entscheidung des Deutschen Reiches ab, dem ökonomisch und militärisch schwächeren Österreich-Ungarn „grünes Licht“ für einen Feldzug gegen Serbien zu erteilen, der vordergründig als „Vergeltung“ für die angebliche Unterstützung der Attentäter durch den serbischen Geheimdienst dienen sollte. Dies geschah am 5. und 6. Juli 1914, als der deutsche Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, assistiert von den Verantwortlichen im Auswärtigen Amt und im Generalstab, dem Abgesandten Österreich-Ungarns, Alexander Graf von Hoyos, den „Blankoscheck“ für einen Krieg gegen Serbien ausstellten.<sup>50</sup> Fritz Fischer konnte weiterhin darlegen, dass von deutscher Seite bis zur Eröffnung der Kampfhandlungen in den ersten Augusttagen nichts unternommen wurde, um den Weg in einen europäischen Krieg zu stoppen. Im Gegenteil gab es niemanden unter den politisch Verantwortlichen in Berlin, der in irgendeiner Weise derartige Aktivitäten auch nur versucht hätte. Dies galt nicht zuletzt für den als „friedliebend“ von der traditionellen bürgerlichen Geschichtsschreibung charakterisierten Reichskanzler. Bethmann Hollweg sah seine Aufgabe vielmehr darin, Deutschland als den „unprovoziert Angegriffe-

\* Vortrag auf der Konferenz zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges am 10. Mai 2014 in Berlin.

<sup>46</sup> Historische Zeitschrift, Band 188, 1959, S. 249ff.

<sup>47</sup> Ebd., Bd. 191, 1960, S. 83ff.

<sup>48</sup> Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961. Das Buch wurde mehrfach aufgelegt und in viele Sprachen übersetzt.

<sup>49</sup> Der Begriff „hineinschlittern“ wurde zuerst von David Lloyd George in seinen Memoiren benutzt. Siehe Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg. Kriegsmemoiren, 1. Bd., Berlin 1933, S. 43.

<sup>50</sup> Siehe Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1967 (Sonderausgabe), S. 46ff. Siehe auch die ausführliche Darstellung der Vorbereitung und des Verlaufs dieser Mission des Grafen Hoyos, der eine Schlüsselfunktion in der Juli-Krise beizumessen ist, in den Memoiren des damaligen österreichisch-ungarischen Generalstabschefs: Feldmarschall Conrad von Hötzendorf: Aus meiner Dienstzeit, 4. Bd., Wien-Leipzig-München 1923, S. 36ff. Siehe auch: Eric A. Leuer: Die Mission Hoyos. Wie österreichisch-ungarische Diplomaten den ersten Weltkrieg begannen, Herbolzheim 2011.

nen“ hinzustellen und die deutsche Mobilmachung offiziell erst nach der Generalmobilmachung Russlands auszulösen. Dies war auch deshalb vonnöten, um die revisionistischen Führer der Sozialdemokratie unter dem Deckmantel des Kampfes gegen das „reaktionäre Russland“ für die im Reichstag zu erteilende Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 zu gewinnen.<sup>51</sup> An dieser Stelle sei eines unterstrichen: Fritz Fischer hat ungeachtet der höchst abenteuerlichen Politik der Reichsleitung in der Julikrise dem deutschen Imperialismus niemals die Alleinschuld an der Entfesselung des Ersten Weltkrieges zugewiesen, wie viele seiner konservativen Opponenten bis heute behaupten. Er hat ihn allerdings mit guten Argumenten als den Hauptschuldigen identifizieren können, ohne den der Erste Weltkrieg nicht möglich gewesen wäre. „Die so genannte Julikrise war“, so Fritz Fischer, „gesehen von der deutschen Politik nichts anderes als der technische Ablauf einer diplomatischen Aktion zur Herstellung einer günstigen außenpolitischen Mächtekonstellation für einen kontinentalen Krieg, von dessen Notwendigkeit die deutschen Führungskreise überzeugt waren und für den das Volk vorbereitet war.“<sup>52</sup> Dem ist nichts hinzuzufügen.

### Die Kriegszielprogramme

Zum anderen besteht das bleibende Verdienst Fischers in seiner akribischen Rekonstruktion der Kriegsziele des deutschen Imperialismus. In den Akten der Reichskanzlei, die im Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam verwahrt wurden, fand er die zentrale Kriegszielenkschrift der Reichsleitung: das „Septemberprogramm“ des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg vom 9. September 1914, in dem überaus abenteuerliche Planungen enthalten waren. Die Zielsetzung bestand darin, das Deutsche Reich dauerhaft als beherrschende europäische Kontinentalmacht zu etablieren. So hieß es z.B.: „Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muss Frankreich so geschwächt werden, dass es als Großmacht nicht neu entstehen kann, Russland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.“ Ferner war die Rede von umfangreichen Annexionen französischer und belgischer Gebiete, von einer Kriegsentschädigung, die so hoch sein müsse, „dass Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahren erhebliche Mittel für Rüstung anzuwenden.“ Wie Bethmann Hollweg am 18. September 1914 an seinen Vizekanzler Clemens von Delbrück schrieb, ginge es um die Schaffung eines mitteleuropäischen Großraumes, der sich „nicht auf einer Verständigung über gemeinsame Interessen“, sondern nur bei einem „von uns zu diktierenden Frieden erreichen lassen“ werde.<sup>53</sup> Dass neben anderen weit ausgreifenden Zielsetzungen auch von der „Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreiches“ die Rede war, sei hier nur am Rande erwähnt.<sup>54</sup>

Ein großes Verdienst Fischers bestand von Anfang an darin, dass er bei der Untersuchung der Kriegsziele des deutschen Imperialismus nicht nur die von staatlichen Instanzen aufgestellten Forderungen analysierte, sondern er gleichfalls Denkschriften aufspürte, die von Repräsentanten und Verbänden des Großkapitals formuliert worden waren. So entdeckte er in den Akten der Reichskanzlei u.a. Kriegszielenkschriften aus der Feder von August Thyssen vom 28. August, vom Generaldirektor der AEG Walther Rathenau vom 7. September und des „Kriegsausschusses“ der deutschen Industrie vom 7. November 1914.<sup>55</sup> Vor allem in der Aufzeichnung Thyssens wurden die expansionistischen Forderungen des Reichskanzlers noch übertroffen. Er war „vor allem an den Minette-Erzen von Longwy-Briey, den Kohlefeldern Belgiens, den Erzen des Dongebietes und den Manganerzen des Kaukasus interessiert.“ Fritz Fischer fährt fort: „Die weitausgreifende Konzeption Thyssens gipfelte in der Vorstellung, mit der Gewinnung einer Landbrücke über Südrussland, Kleinasien und Persien das britische Weltreich...in Indien und Ägypten entscheidend zu treffen.“<sup>56</sup> In einem Punkte allerdings herrschte vollkommene Übereinstimmung zwischen der politischen Führung und den Herren der Großindustrie: Es müsste im Ergebnis des Krieges unbedingt ein vom deutschen Imperialismus ökonomisch, politisch und militärisch beherrschtes „Mitteleuropa“

<sup>51</sup> Siehe Fritz Fischer: Griff nach Weltmacht, S. 88ff.

<sup>52</sup> Derselbe: Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im ersten Weltkrieg, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1968, S. 51.

<sup>53</sup> Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 93 u. 95.

<sup>54</sup> Ebenda, S. 94.

<sup>55</sup> Diese Denkschriften sind auszugsweise abgedruckt in: Dokumente zur deutschen Geschichte 1914-1917. Hrsg. von Dieter Fricke, bearb. von Willibald Gutsche, Berlin-DDR 1976, S. 37f., 41f. u. 60.

<sup>56</sup> Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 97f.

geschaffen werden, das geographisch bis in den Nahen und Mittleren Osten hineinreichen und für spätere Kriege eine stabile Rohstoff- und Nahrungsmittelbasis gegen eine britische Seeblockade sicherstellen sollte. In Friedenszeiten war diesem „Mitteleuropa“, in dem es keine für die deutsche Industrie hinderlichen Zölle mehr geben sollte, als ein ökonomischer „Ergänzungsraum“ die Funktion zugewiesen worden, ein exklusives Absatzgebiet deutscher Waren zu sein. Was unter diesem „Mitteleuropa“ zu verstehen war, erfahren wir in unmissverständlicher Deutlichkeit aus den Tagebüchern des Legationsrates und persönlichen Referenten Bethmann Hollwegs, Kurt Riezler: „Gestern lange mit dem Kanzler zusammengesessen, um ihm mein neues Europa, d.h. die europäische Verbrämung unseres Machtwillens, auseinanderzusetzen. Das mitteleuropäische Reich Deutscher Nation. Das bei Aktiengesellschaften übliche Schachtelsystem, das deutsche Reich eine AG mit preußischer Aktienmajorität, jede Hinzunahme neuer Aktionäre würde diese Mehrheit, auf der, als auf der preußischen Hegemonie das Reich steht, zerstören. Daher um das deutsche Reich herum ein Staatenbund, in dem das Reich ebenso die Majorität hat wie Preußen im Reich – daher denn Preußen auch in diesem Staatenbund die tatsächliche Leitung hat. Die belgische Frage so lösen, dass sie dieser zukünftigen Entwicklung nicht im Wege steht, sondern sie im Gegenteil selbst heraufführen hilft. Dann Österreich so behandeln, dass es von selbst hineinwächst. Das wird es und muss es. Dann den europäischen Gedanken in Skandinavien und Holland stärken. Man braucht gar nicht von Anschluss an die Centralmacht zu reden. Der europäische Gedanke, wenn er sich weiter denkt, führt ganz alleine zu solcher Konsequenz. Dito die Ermüdung und der nach dem Kriege zu erwartende Pazifismus. Man muss der Welt den ewigen Frieden versprechen. (...) Dies Mitteleuropa ist wirtschaftlich und politisch die welthistorische Aufgabe.“<sup>57</sup>

Weiterhin gelang es Fritz Fischer und seinen Schülern den Nachweis zu führen, dass es detaillierte Planungen für die Konstituierung von „Vasallenstaaten“ gab, an deren Spitze willfährige einheimische Politiker bzw. aus deutschen Fürstenhäusern stammende Monarchen stehen sollten. Im großen Stil war die Besiedlung derartiger Ländereien im Westen (u.a. bedeutende Teile Belgiens, Französisch-Lothringen, Nordfrankreich) und im Osten Europas (vor allem die baltischen und polnischen Territorien des Zarenreiches) mit deutschen Bauern und Handwerkern, nicht zuletzt mit Familien deutscher Unteroffiziere, vorgesehen. Ja, es existierte seit dem Beginn des Krieges die Vorstellung, dass gewisse Gebiete in Belgien und Frankreich sowie im Zarenreich „ohne Bevölkerung“ annektiert werden sollten. Die hier lebenden Einwohner seien davon zu „überzeugen“, in das Innere Frankreichs bzw. Russlands überzusiedeln. Vor allem Kaiser Wilhelm II., Teile der Generalität, der ebenso einflussreiche wie reaktionäre „Alldeutsche Verband“, besonders jedoch der „Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“, der wichtigste Interessenvertreter der deutschen Schwerindustrie, favorisierten derartige Pläne für das lothringische Erzbecken von Longwy-Briey.<sup>58</sup>

### **Kriegsziele und ökonomische Interessen**

Fritz Fischer und seinen Schülern kommt das Verdienst zu, bei der Analyse der deutschen Kriegsziele die ökonomischen Interessen des deutschen Großkapitals in den Blick genommen zu haben. Zugleich machten sie darauf aufmerksam, dass derartige Planungen bereits in den Jahren seit der Jahrhundertwende in zahllosen Zeitungsartikeln, Zeitschriften, Broschüren und Büchern sowie in Vortragsveranstaltungen propagiert worden waren. Dabei waren nationalistische Interessenverbände wie z.B. der „Deutsche Flotten-Verein“, eine Gründung des Hauses Krupp, der „Alldeutsche Verband“ mit seinen großindustriellen Gründungsmitgliedern Alfred Hugenberg und Emil Kirdorf, die „Deutsche Kolonialgesellschaft“ und der „Deutsche Wehrverein“ sowie ein Großteil der Tages- und Wochenpresse, die von den genannten Organisationen, aber auch vom Reichsmarineamt, kontinuierlich mit Artikeln und Kommentaren beliefert wurden, überaus aktiv. Nicht verschwiegen werden darf in diesem Zusammenhang die unheilvolle Rolle der christlichen Kirchen, der „Kriegervereine“ und der Universitäten. Führende Ideologen der imperialistischen deutschen „Welt“- und „Mitteleuropapolitik“, wie z.B. Arthur Dix, Friedrich Naumann, Friedrich von Bernhadi, Paul Rohrbach oder Heinrich Claß, sprachen offen von der Erfordernis eines Krieges. Dabei verschwiegen sie nicht seine angeblich ökonomische Notwendigkeit, ja Gesetzmäßigkeit. Arthur Dix

<sup>57</sup> Kurt Riezler: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Eingeleitet u. hrsg. von Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972, S. 268f. Eintragung v. 18.4.1915. Zum Gesamtzusammenhang siehe die unverzichtbare Quellenedition von Reinhard Opitz, Hrsg: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 bis 1945, Köln 1977.

<sup>58</sup> Siehe Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: BArch), R 13/I 153, Bl. 24 u. Dr. J. Reichert: Was sind uns die Erzbecken von Briey und Longwy? Berlin 1917, S. 21 (Exemplar in: BArch, R 13/I 245, Bl. 162ff.).



hat es unmittelbar nach der Entfesselung des Krieges unmissverständlich formuliert: „Der Boden, auf dem der Imperialismus neuzeitlicher Prägung gewachsen, ist im wesentlichen weltwirtschaftlicher Boden. Die heutige Weltpolitik im Zeichen des Weltmachtstrebens ist nicht zuletzt merkantile Weltpolitik. So sind denn auch die Weltkriege nicht nur Waffenkriege, sondern Weltwirtschaftskriege. Diese Weltwirtschaftskriege werden geführt auch in der Zeit der Waffenruhe; sie nehmen nur verschärfte Formen an, wenn auch die Waffen zu sprechen beginnen. Wurden in alten Zeiten Waffenkriege geführt um den Futterplatz im engsten Sinne, so dienen sie heute dem Kampfe um den Weltmarktanteil im weitesten Sinne.“ Und weiter: „Deutschland stand bereits vor dem Kriege unter allen industriellen Produzenten tatsächlich an erster Stelle. Es war mit seiner Ausfuhr gerade in der letzten Zeit vor dem Kriegsausbruch ganz unmittelbar neben die englische Ausfuhr getreten. Nach dem Kriege wird es seine Aufgabe sein, im Welthandel ebenso wie in der Weltproduktion den Rang der führenden Kulturmacht einzunehmen.“<sup>59</sup>

Fritz Fischer hat sich vor allem in seinem „zweiten Buch“, dem 1969 publizierten Band „Krieg der Illusionen – Die deutsche Politik von 1911-1914“<sup>60</sup>, dieser Thematik, der geistigen Konditionierung möglichst großer Bevölkerungskreise in Deutschland für einen zu entfesselnden Krieg, in angemessener Ausführlichkeit gewidmet.<sup>61</sup> Gleiches gilt für seinen Schüler Klaus Warnecke, der die Presselandschaft am Vorabend des Ersten Weltkrieges untersucht hat.<sup>62</sup> Im „Krieg der Illusionen“ präsentiert Fischer seine wiederum aus den Akten gewonnenen Erkenntnisse über die politische Vorbereitung des Ersten Weltkrieges. Dabei widmete er auch dem „Zusammenspiel von Staat und Wirtschaft“<sup>63</sup>, nicht zuletzt beim Projekt der „Bagdad-Bahn“, große Aufmerksamkeit.<sup>64</sup> Besonderes Aufsehen erregte jedoch seine Interpretation des „Kriegsrates“ vom 8. Dezember 1912. Hierbei handelte es sich um ein streng vertrauliches Treffen, zu dem Wilhelm II. den Generalstabschef Helmuth Graf von Moltke d.J., den Chef des Reichsmarineamtes Alfred von Tirpitz, den Chef des Admiralstabes August von Heeringen und einen seiner engsten Vertrauten, den Chef des Marinekabinetts Admiral Georg Alexander von Müller, geladen hatte.<sup>65</sup> In Abwesenheit der zivilen Autoritäten, die bewusst keine Einladung zu dieser Zusammenkunft erhalten hatten, reifte hier der Entschluss, eine sich zukünftig bietende Gelegenheit innerhalb der folgenden anderthalb Jahre zu nutzen, um einen europäischen Krieg auszulösen. Eine neue „Heeresvorlage“ mit bedeutenden Vergrößerungen der Mannschaftsstärke sei bis dahin auf den Weg zu bringen (was tatsächlich durch ein von der Reichstagsmehrheit beschlossenes Gesetz zur Finanzierung dieser Maßnahme am 30. Juni 1913 geschah), während bis dahin die wachsende russische Militärmacht und die ihr zugute kommenden Infrastrukturprojekte (Ausbau der an die Westgrenzen führenden Eisenbahnlinien) noch nicht vollendet seien. Nach den Imperativen des so genannten Schlieffen-Plans, benannt nach dem am 4. Januar 1913 verstorbenen Generalstabschef Alfred Graf von Schlieffen, sollte zunächst fast die gesamte Armee gegen Frankreich und das neutrale Belgien geworfen, im Westen ein schneller Sieg erfochten und daran anschließend das Heer gen Osten transportiert werden, um die russischen Truppen vernichtend zu schlagen. Ein alternativer „Aufmarschplan Ost“, der ein umgekehrtes Vorgehen vorsah, wurde seit 1913 nicht mehr vom Generalstab bearbeitet. Im Lichte der bei diesem „Kriegsrat“ getroffenen Entscheidungen gewinnt die auf den Krieg hinarbeitende Politik der Reichsleitung im Sommer 1914 ihre konsequente Logik.

Die Rezeption der fast ausschließlich konservativ geprägten Geschichtswissenschaft in der damaligen BRD und in Westberlin, angesichts der skizzierten Interpretationen Fritz Fischers zur Politik des deutschen Imperialismus am Vorabend des Ersten Weltkrieges, von denen hier nur einige der wichtigsten genannt werden konnten, war verheerend. Es war charakterisiert von

<sup>59</sup> Arthur Dix: Der Weltwirtschaftskrieg. Seine Waffen und seine Ziele, Leipzig 1914, S. 6 u. 29.

<sup>60</sup> Siehe Fritz Fischer: Politik der Illusionen. Die deutsche Politik 1911-1914, Düsseldorf 1969 u.ö.

<sup>61</sup> Grundsätzlich zu dieser Thematik hat sich jüngst Erich Hahn geäußert: Imperialistische Ideologie vor dem Ersten Weltkrieg, in: Geschichtskorrespondenz, August 2014, S. 9ff.

<sup>62</sup> Siehe Klaus-Dieter Warnecke: Der Wille zur Weltgeltung. Außenpolitik und Öffentlichkeit in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1969.

<sup>63</sup> Fritz Fischer: Krieg der Illusionen, Kapitelüberschrift, S. 636.

<sup>64</sup> Siehe ebenda, bes. S. 636ff.

<sup>65</sup> Siehe ebenda, S. 232ff. u. John C. G. Röhl: Die Generalprobe. Zur Geschichte und Bedeutung des „Kriegsrates“ vom 8. Dezember 1912, in: Industrielle Gesellschaft und politisches System. Festschrift für Fritz Fischer zum 70. Geburtstag, hrsg. von Dirk Stegmann u.a., Bonn 1978, S. 357ff.

grundsätzlicher Ablehnung der Forschungsergebnisse des Hamburger Ordinarius, ja es gab offene Bekundungen von Hass. Fischer sollte de facto aus der „Historikerkunft“ eliminiert werden.

### Fischer soll isoliert werden

Die westdeutsche Geschichtswissenschaft war in den 1950er und 1960er Jahren ein Hort konservativer, ja deutschnationaler Wissenschaftler. Manche von ihnen hatten sich als aktive Mitglieder der NSDAP diskreditiert. Ihre maßgeblichen Repräsentanten hatten zum Teil als Soldaten noch den Ersten Weltkrieg miterlebt. Einige von ihnen hatten sich als damals junge Akademiker freiwillig zu den Waffen gemeldet. Das traf z.B. auf den Vorsitzenden der Historikergesellschaft, Gerhard Ritter aus Freiburg zu, der als Leutnant an der Front kämpfte; ebenso wie auf den „Nachbarn“ Fritz Fischers am Historischen Seminar der Universität Hamburg, Egmont Zechlin, der schwer verwundet aus dem Krieg heimkehrte. Hans Herzfeld, ein eigentlich als liberal geltender Historiker, der an der Westberliner Freien Universität wirkte, war 1917 als Leutnant in französische Kriegsgefangenschaft geraten. Andere prominente Historiker wie z.B. Karl Dietrich Erdmann in Kiel, der seit März 1933 in der NSDAP organisiert gewesen, in Stuttgart und Konstanz tätige Erwin Hölzle oder Walther Hubatsch in Bonn, die damals noch zu jung für den Fronteinsatz waren, teilten die harsche Kritik an Fischers Forschungsergebnissen und sorgten sich dabei nicht nur um „ihre“ Wissenschaft. Ihnen ging es vor allem um die Sprengkraft des „Griffs nach der Weltmacht“ für das politisch-historische Bewusstsein der Bevölkerung, besonders der Akademiker und Studenten. Auch die möglicherweise negativen Folgen für die sich in die „westliche Gemeinschaft“ integrierende BRD seien zu beachten. Kurz gefasst lautete ihre Argumentation folgendermaßen:

Weil nicht geleugnet werden könnte, dass Deutschland die Alleinschuld an der Auslösung des Zweiten Weltkrieges habe, sei es für das Selbstverständnis des westlichen, also kapitalistischen Deutschland untragbar, auch noch mit der Hauptschuld für die Entstehung des Ersten Weltkrieges „belastet“ zu werden. Es könne – so Gerhard Ritter in einer 1964 veröffentlichten Schrift der „Bundeszentrale für Politische Bildung“ – „gefährlich werden“, wenn Fischer und seine Schüler mit ihrer „radikalen Kritik an deutschem Wesen und der deutschen Vergangenheit“ sich durchsetzen würden. Er unterstellte ihnen, „die deutsche Geschichte schwarz in schwarz gemalt“ zu haben.<sup>66</sup> Ebenfalls 1964 lesen wir aus der Feder Gerhard Ritters, dass mit Fritz Fischers Veröffentlichung „Griff nach Weltmacht“ „ein erster Gipfel erreicht“ worden sei „in der politisch-historischen Modeströmung unserer Tage: in der Selbstverdunklung deutschen Geschichtsbewusstseins, das seit der Katastrophe von 1945 die frühere Selbstvergötterung verdrängt hat...Nach meiner Überzeugung wird sich das nicht weniger verhängnisvoll auswirken als der Überpatriotismus von ehemals. So vermag ich das Buch nicht ohne tiefe Traurigkeit aus der Hand zu legen: Traurigkeit und Sorge im Blick auf die kommende Generation.“<sup>67</sup>

Zugleich bemühten sich Ritter, wie auch Zechlin und die anderen Opponenten Fischers, die Bedeutung der von ihrem Hamburger Kollegen entdeckten Quellen herunterzuspielen. Das galt besonders für das „Septemberprogramm“ Bethmann Hollwegs, das als aus der Situation geborene Niederschrift ohne grundsätzliche Bedeutung interpretiert wurde.<sup>68</sup> Der Reichskanzler selbst wurde in den Rang einer Person erhoben, die sich bis zuletzt gegen den „großen Krieg“ gestemmt und auf einen „Ausgleich“ mit England hingearbeitet hätte. Seine unmissverständliche Zustimmung zum „Blankoscheck“ für ein kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien am 6. Juli 1914 wurde dabei ebenso zur Seite geschoben wie sein Einverständnis zum Einmarsch deutscher Truppen in Belgien in den ersten Kriegstagen, dessen Neutralität schließlich auch vom Deutschen Reich völkerrechtlich garantiert worden war. Bethmann musste wissen, zumal aus den zahlreichen, warnenden Depeschen des Botschafters in London, Fürst Karl Max von Lichnowsky, dass dieser Schritt mit großer Sicherheit den Kriegseintritt Englands nach sich ziehen würde. Originalton Bethmanns gegenüber dem britischen Botschafter Sir Edward Goschen am 4. August 1914: Die Garantie-Erklärung zugunsten der Neutralität Belgiens sei „ein Fetzen Papier“ („a scrap of pa-

<sup>66</sup> Gerhard Ritter: Der erste Weltkrieg. Studien zum deutschen Geschichtsbild, Bonn 1964 (Heft 65 der „Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung“), S. 16.

<sup>67</sup> Gerhard Ritter: Eine neue Kriegsschuldthese, in: Deutsche Kriegsziele 1914-1918. Eine Diskussion. Hrsg. von Ernst Wilhelm Graf Lynar, Frankfurt a.M. u. Berlin 1964, S. 144.

<sup>68</sup> Siehe hierzu Fritz Fischer: Weltmacht oder Niedergang, S. 61ff.

per“).<sup>69</sup> Kriegstreiber waren jedoch in Ritters Sicht, wie in derjenigen der anderen genannten bürgerlichen Historiker, lediglich der „Alldeutsche Verband“ und einige „Hitzköpfe“ unter den Publizisten sowie vereinzelte Militärs. Ihr Einfluss auf die politischen Entscheidungen sei gering gewesen. Nicht in das Kalkül gezogen wurden die Interessen der Großindustrie und ihre gewachsenen Einflussmöglichkeiten auf den Gang der Ereignisse sowie die Kriegszielplanungen, auch angesichts ihrer unverzichtbaren Mitwirkung an der Organisation der kriegswirtschaftlichen Instrumentarien und Entscheidungen.

1964 und 1965 eskalierten die Auseinandersetzungen innerhalb der „Historikerzunft“ der BRD, als beim Historikertag der westdeutschen Historiker in Westberlin bzw. beim Internationalen Historikerkongress in Wien Fritz Fischer und seine Opponenten direkt aufeinander trafen und sich dem Forum ihrer Fachkollegen sowie der Studentenschaft stellten.

### **Die Historiker-Kongresse 1964 und 1965**

Im Oktober 1964 wurde auf dem Campus der Westberliner Freien Universität der Kongress der westdeutschen Historikergesellschaft durchgeführt. Im Mittelpunkt stand die „Fischer-Kontroverse“, die mittlerweile in immer stärkerem Maße die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, weit über die Geschichtswissenschaft hinausreichend, gefunden hatte. Vor mehr als 2.000 Zuhörerinnen und Zuhörern kreuzten Fritz Fischer sowie seine Assistenten Imanuel Geiss und Helmut Böhme im Audimax die Klängen mit Gerhard Ritter und Egmont Zechlin; als ausländische Fachkollegen nahmen Jacques Droz (Paris) und der 1938 aus Deutschland emigrierte Fritz Stern (New York) das Wort. Im Ergebnis dieser verhältnismäßig sachlich verlaufenden Veranstaltung konnten die sich starr gegenüberstehenden Lager Fischers und seiner konservativen Opponenten nicht aufgebrochen werden. Es musste allerdings konstatiert werden, dass die im Auditorium reichlich vertretene Studentenschaft sowie junge Wissenschaftler überwiegend die Partei des Hamburger Ordinarius ergriffen. Wie auch immer: Fritz Fischer gelang es, auf diesem wichtigen Kongress die Themen zu setzen und den Versuch seiner Fachkollegen, ihn innerhalb der westdeutschen Historiographie zu isolieren, ja als unseriös arbeitenden Wissenschaftler zu diffamieren, ins Leere laufen zu lassen. Die von ihm und seinen Assistenten vorgetragenen Referate und Beiträge in der Diskussion fanden die Zustimmung der Mehrheit der Zuhörerschaft. Gazetten wie der „Spiegel“, die „Zeit“ und der „Vorwärts“ berichteten ausführlich und mit unverkennbarer Sympathie für Fischer vom Historikerkongress.

Besondere Beachtung verdient der ein Jahr später in Wien durchgeführte 12. Internationale Historikerkongress, der ebenfalls von der „Fischer-Kontroverse“ geprägt wurde. Im zwei Seiten füllenden Bericht der Hamburger „Zeit“ lesen wir: „Kein deutscher Forscher kann sich rühmen, die Aufmerksamkeit der Zunftgenossen so stark auf die neuere deutsche Geschichte gelenkt zu haben wie Fritz Fischer. In dem weiten Raum des Auditorium Maximum drängten sich die Gelehrten aus aller Herren Länder, um der Diskussion zu lauschen, die sich um seine Thesen entspann. (...) Sein Werk ist aus den Gesprächen von Gelehrten und Laien über den Ersten Weltkrieg nicht mehr fortzudenken.“<sup>70</sup>

In Wien zeigte es sich, dass die Front der Fischer-Gegner erste Risse bekommen hatte. Der Hamburger Historiker konnte konstatieren, dass angesichts seiner durch akribische Quellenstudien abgesicherten Anschauungen, „seine Gegner einen Teil seiner Thesen übernommen hatten“. Das galt in erster Linie für Egmont Zechlin, Karl Dietrich Erdmann und Hans Herzfeld. Auch in Wien überzeugte Fischer das Publikum von der Seriosität seiner Forschungsergebnisse. Es gelang ihm jetzt auch der Durchbruch auf der internationalen Bühne, während seine Opponenten mehr oder weniger überzeugende rhetorische Rückzugsgefechte lieferten; einige von ihnen gaben sich die Blöße, ihm zur Begrüßung nicht die Hand zu reichen. Es gab allerdings einen besondere Aufmerksamkeit erheischenden Sachverhalt, der bei den Auseinandersetzungen um die Thesen Fischers große Beachtung fand: der Beitrag von Historikern aus der DDR zur Debatte um die Auslösung des Ersten Weltkrieges und die deutschen Kriegsziele.

### **Fritz Fischer und seine Rezeption in der DDR**

<sup>69</sup> Theobald von Bethmann Hollweg: Betrachtungen zum Weltkriege. Teil 1: Vor dem Kriege, Berlin 1918, S. 180, Anmerkung 1.

<sup>70</sup> Paul Sethe: Kriegsschuld 1914, in: Die Zeit, 10.8.1964, S. 9f.

Fritz Fischer und einige seiner Schüler standen seit dem Beginn der sechziger Jahre in einem fast ständigen Kontakt mit Historikern aus der DDR.<sup>71</sup> Das betraf vor allem Fritz Klein, Willibald Gutsche und Joachim Petzold vom Institut (später: Zentralinstitut) für Geschichte der Akademie der Wissenschaften, aber auch einen der Nestoren der DDR-Geschichtswissenschaft, den international renommierten Bismarck-Forscher Ernst Engelberg. Sie korrespondierten mit ihrem Hamburger Fachkollegen, nahmen die Gelegenheit zu Gesprächen wahr, wenn sie z.B. auf Einladung des AstA der Universität Hamburg Vorträge in der Hansestadt hielten<sup>72</sup>, sprachen miteinander bei Archivaufenthalten in der BRD bzw. in der DDR und trafen sich bei den hier genannten sowie später veranstalteten Historikerkongressen. Dabei gab es auch „hinter den Kulissen“ bemerkenswerte Formen der Kooperation. In Wien koordinierten Fischers Assistent Immanuel Geiss und Fritz Klein sogar ihre Referate hinsichtlich der scharf ablehnenden Argumentationen Gerhard Ritters zu Fischers Forschungsergebnissen. Die gegenseitige Wertschätzung kam vor allem in den Korrespondenzen deutlich zum Ausdruck. So schrieb Fritz Klein am 29. Oktober 1962 an Fischer, dass dessen „Griff nach der Weltmacht“ eines der „bemerkenswertesten und bewunderungswürdigsten Bücher“ sei, das ein deutscher Historiker „seit dem Zweiten Weltkrieg geschrieben“ habe.<sup>73</sup> Für die DDR-Historiographie widerspiegelte sich am Werk ihres Hamburger Fachkollegen die beginnende Differenzierung innerhalb der Geschichtswissenschaft der BRD. Zwar sei Fritz Fischer durchaus kein Marxist, wohl aber ein „realistisch“ über den Charakter und die Ziele des deutschen Imperialismus denkender Wissenschaftler. In den siebziger und achtziger Jahren intensivierten sich die Kontakte beträchtlich.

Zurück zum Internationalen Historikerkongress im Jahre 1965 in Wien. Neben der hinter den Kulissen sich vollziehenden Abstimmung ihrer im Plenum gehaltenen Referate mit Fritz Fischer und seinen Schülern, erstaunten die Historiker aus der DDR das Publikum mit der Art und Weise ihres öffentlichen Auftretens, zumal in den Debatten um den Ersten Weltkrieg. Voller Verblüffung schrieb die „Zeit“: „Immer sprachen sie gescheit, gelegentlich witzig und überlegen, sie bedienten sich häufiger des Floretts als des Säbels und verbesserten gelegentlich westliche Irrtümer. Ihre Einzelkenntnisse sind oft eindrucksvoll. (...) Der kriegerische Ton ist verschwunden. Bekundungen der Höflichkeit, Anerkennung für Referate aus dem Westen, Respekt vor dem Gesprächspartner waren häufig zu hören. Selten fehlte die Aufforderung zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit.“ Auch an Fritz Fischer erging von ihnen die kollegiale Mahnung: „Vergesst nicht, dass es Imperialisten nicht nur in Deutschland gab!“<sup>74</sup>

Die Wertschätzung der DDR-Forschungen zum Ersten Weltkrieg konnten auch an den Rezensionen Fritz Fischers und seiner Schüler abgelesen werden. Geradezu skandalös für den damaligen „Zeitgeist“ in der BRD war eine im Juni 1969 in der „Frankfurter Rundschau“ abgedruckte Rezension von Immanuel Geiss zur dreibändigen Darstellung „Deutschland im ersten Weltkrieg“, deren erster Band soeben in der DDR unter der Federführung von Fritz Klein, Willibald Gutsche und Joachim Petzold erschienen war. Hier hieß es, es handle sich um „die zur Zeit beste Arbeit in deutscher Sprache über das Thema. Für die Anschaffung von Bibliotheken und Seminaren ist es nachdrücklich zu empfehlen.“<sup>75</sup> Kaum zu glauben, aber wahr: Es gab in der Geschichte der BRD Zeiten, in denen Publikationen von Historikern aus der DDR von westdeutschen Fachkollegen eine fast euphorische Resonanz erfuhren! Dass derartige Buchbesprechungen bei den konservativen Meinungsführern der Historikerkunft seinerzeit auf totale Ablehnung stießen, versteht sich beinahe von selbst. Literatur aus der DDR galt ihnen schlicht als „unwissenschaftlich“. Ihre Berücksichtigung im normalen Vorlesungs- und Seminarbetrieb bedurfte deshalb eines entsprechenden Engagements der Studierenden. Am Rande bemerkt: Der Autor dieser Zeilen, der ein Jahr später an der Westberliner Freien Universität sein Geschichtsstudium begann, scheiterte als studentisches Mitglied des Fachbereichsrates noch 1973 mit seinem Antrag, Immanuel Geiss zu einem Gastvortrag an das Friedrich-Meinecke-Institut einzuladen: Fritz Fischer und seine Schüler galten nicht nur

<sup>71</sup> Das Folgende nach Matthew Stibbe: Reactions from the Other Germany – The Fischer Controversy in the German Democratic Republic, in: Journal of Contemporary History, Vol. 48. No. 2, April 2013, S. 315ff.

<sup>72</sup> Siehe Neues Deutschland, 23.1.1966.

<sup>73</sup> Zitiert und aus dem Englischen rückübersetzt nach Matthew Stibbe: Reactions from the Other Germany, S. 323.

<sup>74</sup> Paul Sethe: Kriegsschuld 1914, S. 9.

<sup>75</sup> Frankfurter Rundschau, 27.6.1969.

an dieser strikt konservativ ausgerichteten Einrichtung von Forschung und Lehre bis weit in die 1970er Jahre hinein als nach wie vor *dégoûtant*.

### **„Fischer-Kontroverse“ und die westdeutsche Politik**

Wie bereits erwähnt, schlug die „Fischer-Kontroverse“ nicht nur innerhalb der BRD-Geschichtswissenschaft, sondern auch in der Publizistik und sogar in der Politik hohe Wellen. Für internationales Aufsehen sorgte 1964 die skandalöse Weigerung des Auswärtigen Amtes, dem Hamburger Historiker die bereits in Aussicht gestellten finanziellen Mittel für eine vom Goethe-Institut organisierte Vortragsreihe an verschiedene Universitäten der USA zur Verfügung zu stellen.<sup>76</sup> Einige prominente US-amerikanische Historiker, darunter Fritz Stern, Hajo Holborn und Klaus Epstein, die aus dem faschistischen Deutschland emigrieren mussten, protestierten öffentlichkeitswirksam gegen diesen Skandal.<sup>77</sup> Letztlich stellten die betreffenden Universitäten selbst die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung, um Fritz Fischer die Gelegenheit zu geben, seine Forschungsergebnisse in den USA vorzutragen.

Im Übrigen war die „Fischer-Kontroverse“ gelegentlich sogar ein Thema im Plenum des Deutschen Bundestages. Dabei tat sich mit zum Teil polemischen Ausfällen gegenüber Fischer und seinen Thesen der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU und Bundesverteidigungsminister a.D. Franz Josef Strauß (CSU) hervor. Von der oft beschworenen „Freiheit der Wissenschaft“ und dem angeblich in der BRD anzustrebenden „Wissenschaftspluralismus“ war bei diesen Wortmeldungen von Spitzenpolitikern übrigens keine Rede. Im Gegenteil. Strauß führte im Deutschen Bundestag in dankenswerter Offenheit im Jahre 1965 aus: „Ich fordere die Bundesregierung auf, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel und Möglichkeiten zu verstärken, aufeinander abzustimmen und auf diesen einen Schwerpunkt auszurichten, dass die gewohnheitsmäßigen, fahrlässigen, absichtlichen und manchmal bewusst in den Dienst der Auflösung der westlichen Gemeinschaft gestellten Verzerrungen der deutschen Geschichte und des Deutschlandbildes von heute bekämpft und beseitigt werden.“ Und weiter: „Es handelt sich hierbei nicht nur um kommunistische Propaganda. Es handelt sich auch um die Tatsache im besonderen, dass die moralische Alleinschuld der deutschen Politik, über die es keine Diskussionen gibt, unter der Diktatur Hitlers für den Zweiten Weltkrieg nachträglich, rückwirkend abermals auf den Ersten Weltkrieg und auf frühere Ereignisse zurückprojiziert wird, damit vor der ganzen Welt das Bild eines militaristischen, aggressiven, kriegslüsternden und revanchesüchtigen Deutschland von heute glaubhaft gemacht wird.“<sup>78</sup> Und tatsächlich besaßen die Thesen Fischers – wenn auch in einem völlig anderen Sinn, als es hier bei Strauß zum Ausdruck gebracht wird – implizit eine politische Dimension, ja sie stellten ein Politikum in der Zeit des in den 1960er Jahren von den kapitalistischen Mächten gegen die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten geführten Kalten Krieges dar. Es darf deshalb auch nicht verwundern, dass Fritz Fischer öffentlich für die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die Vertragspolitik der sozialliberalen Koalition gegenüber den sozialistischen Staaten, einschließlich der DDR, eintrat.

### **Kontinuitäten des deutschen Imperialismus**

Vor allem in seinen in den siebziger und achtziger Jahren publizierten Studien gelangte Fritz Fischer zu überaus interessanten Schlussfolgerungen.<sup>79</sup> Er spitzte hier viele seiner Forschungsergebnisse zu, brachte sie in einen Zusammenhang mit ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Kontinuitäten im deutschen, „von oben“ als Ergebnis eines Krieges gegründeten deutschen Nationalstaat von 1870/71 bis zu seinem katastrophalen Ende 1945, den er letztlich als eine Einheit begriff, wenn auch mit schwerwiegenden Zäsuren, wovon diejenige des Jahres 1933 die bedeutendste war. Und er ordnete die Machteinsetzung der Faschisten am 30. Januar 1933 schlüssig und mit nachvollziehbaren Argumenten in das Kontinuum der deutschen Zeitgeschichte ein; er wehrte sich dagegen, die Nazis und ihren „Führer“ Adolf Hitler als rational nicht erklärbare

<sup>76</sup> Der damalige Staatssekretär Rolf Lahr übermittelte diese Entscheidung des Auswärtigen Amtes offiziell am 26. Mai 1964 dem Plenum des Deutschen Bundestages.

<sup>77</sup> Siehe Imanuel Geiss: Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft, Frankfurt a.M. 1972, S. 145f.

<sup>78</sup> Zitiert nach ebenda, S. 108f.

<sup>79</sup> Siehe z.B. Fritz Fischer: Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945, Düsseldorf 1979; derselbe: Hitler war kein Betriebsunfall. Aufsätze, München 1991.

Phänomene der jüngeren deutschen Geschichte anzusehen.<sup>80</sup> Viele der in den von ihm entdeckten und analysierten Kriegszieldenkschriften enthaltenen Forderungen fand er, fünfundzwanzig Jahre später, in den Planungen des deutschen Faschismus wieder. Und die gleichen sozialen und politischen Kräfte, die den ersten „Griff nach der Weltmacht“ zielstrebig vorbereitet hatten, organisierten nunmehr die radikalisierte Neuauflage der Weltmacht- und Weltherrschaftsphantasien von 1914, jetzt angereichert mit „völkischen“, antisemitischen, antibolschewistischen und antislawischen Parolen, an denen es übrigens auch von 1914 bis 1918 nicht gemangelt hatte, brutalisiert durch millionenfachen Völkermord und eine verbrecherische Besatzungspolitik.

Fischer schrieb hierzu: „Der Stellenwert des Ersten Weltkrieges für das Kontinuitätsproblem der deutschen Geschichte liegt darin, dass das ‚Dritte Reich‘ mit seiner welthistorisch größten Wirkung, dem Zweiten Weltkrieg, vor allem als Reaktion auf den Ersten Weltkrieg zu verstehen ist, als Weigerung der führenden Schichten des Deutschen Reiches, den Ausgang des Ersten Weltkrieges hinzunehmen.“ Und weiter: „Kontinuität heißt nicht Identität, schon gar nicht ungebrochenen Identität.“ Aber es sei „nötig, die durchgehenden Strukturen und Ziele des 1866/71 entstandenen und 1945 untergegangenen Preußisch-Deutschen Reichs, zu analysieren, sich das Kontinuum im Wandel und seine Wirkungen im internationalen System zu vergegenwärtigen.“<sup>81</sup> Die Lösung dieser Aufgaben historischer Forschung hatten sich in der BRD der siebziger und achtziger Jahre einige der Schüler Fritz Fischers angenommen. Vor allem Dirk Stegmann und Manfred Asendorf seien hier genannt, die der Politik von bedeutenden Repräsentanten und Verbänden des deutschen Großkapitals in der Weimarer Republik und ihren Bemühungen nachspürten, schließlich in der Zeit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise die faschistische NSDAP an die Schalthebel der politischen Macht zu hieven<sup>82</sup> – diejenige politische Kraft also, die am brutalsten die notwendigen innen- wie außenpolitischen Voraussetzungen zu schaffen imstande war, um einen zweiten „Griff nach der Weltmacht“ zu inszenieren. Um zu verstehen, worin die „deutsche Katastrophe“ (Friedrich Meinecke 1945) wurzelte, sind die Publikationen Fritz Fischers und seiner Schüler – ebenso wie die einschlägigen Forschungsergebnisse der DDR-Historiographie – angesichts neuer Kriegsabenteuer des deutschen Imperialismus von beklemmender Aktualität. Die „Fischer-Kontroverse“ ist es deshalb nicht wert, vornehmlich Gegenstand der „Geschichte der Geschichtswissenschaft“ zu sein. Angesichts einer wachsenden Flut von Publikationen, die eine Exkulpation der Politik des deutschen Imperialismus vor und im Ersten Weltkrieg beinhalten und zum Teil die Positionen der konservativen Gegner Fischers in modischem Gewand und mit hohem terminologischem Aufwand präsentieren<sup>83</sup>, kann das Studium der unverändert aktuellen Werke des am 1. Dezember 1999 verstorbenen Hamburger Gelehrten, dem es nicht zuletzt um das „Aufdecken der ökonomischen Interessen“<sup>84</sup> ging, die zwei Weltkriege verursacht hatten, nur dringend angeraten werden.

<sup>80</sup> Siehe zu diesem Thema Reiner Zilkenat: Der Platz des Jahres 1933 in der Geschichte: Kontinuitäten und Diskontinuitäten, in: Geschichtskorrespondenz, Januar 2014, S. 3ff.

<sup>81</sup> Fritz Fischer: Bündnis der Eliten, S. 93f. u. 95.

<sup>82</sup> Siehe Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, 1973, S. 399ff.; derselbe: Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929-1934. Thesen und Materialien zur Konstituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und Rüstungskonjunktur, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, Bd. 6, 1976, S. 19ff.; Manfred Asendorf: Hamburger Nationalklub, Keppler-Kreis, Arbeitsstelle Schacht und der Aufstieg Hitlers, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 2. Jg., 1987, H. 3, S. 106ff.

<sup>83</sup> Siehe Reiner Zilkenat: Ein Krieg – „ganz aus Versehen“? Von schlafwandlerischen Staatsmännern und Militärs im Sommer 1914, in: Rundbrief, hrsg. von der AG Antifaschismus bei der Partei DIE LINKE, Heft 1/2014, S. 32ff.; Stefan Bollinger: Weltbrand, „Urkatastrophe“ und linke Scheidewege. Fragen an den „Großen Krieg“, Berlin 2014; Annika Mombauer: Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg, München 2014.

<sup>84</sup> So Fischer in einem Interview aus dem Jahre 1988. Siehe Manfred Asendorf u. Wolfgang Bombosch: „In Weimar hätten sie mich erschossen“...Ein Gespräch mit Fritz Fischer, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 15. Jg., 2000, H. 1, S.155.

Prof. Dr. sc. Siegfried Prokop

## 1989 – eine friedliche Revolution?

Seit den Umbrüchen Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre ist ein Viertel Jahrhundert vergangen. Die Zahl der wissenschaftlichen Publikationen ist bereits so groß, dass sie kaum noch überschaubar ist. Fragen wir jedoch nach dem Verhältnis von Publikationsumfang und Erkenntnisgewinn, so stellen wir immer noch ein Missverhältnis fest. Der Erkenntnisgewinn bleibt hinter der Publikationsmasse enorm zurück. Das hängt u. a. damit zusammen, dass die Basis der Publikationen häufig Primärquellen aus den plötzlich frei benutzbaren Archiven sind, die rasch kopiert, jedoch kaum analysiert wurden. Die detaillierte Analyse steht überwiegend noch aus. Eine Ursache für diesen Zustand ist darin zu sehen, dass die theoretisch-methodologische Basis aus den verschiedensten Gründen einen besonderen Schwachpunkt darstellt. Die zeitgeistkonformen Historiker zeigen sich gegenüber der von den konservativen Parteien vorgegebenen Geschichtspolitik nur wenig souverän. Diese konservative Geschichtspolitik hat so manche Erkenntnisbarriere vor ihnen aufgerichtet und es sind nur zaghafte Ansätze feststellbar, diese Sperren zu durchbrechen. Die marxistischen Historiker, deren Arbeit durch Berufsverbote, Abwicklungen und Vertreibungen sehr erschwert wurde, neigten eher zur empirischen Forschung und vernachlässigten so auch den Diskurs um Theorie und Methode. Auf diesem Felde besteht ein enormer Nachholbedarf, dem wir uns stellen sollten.

Wenn hier nun heute die Frage in den Raum gestellt wurde, ob wir es 1989 in der DDR mit einer „friedlichen Revolution“ zu tun hatten, so sollten wir danach fragen, wer denn diesen Begriff mit welcher Begründung in das Licht der Öffentlichkeit brachte.

Der Begriff „friedliche Revolution“ wurde erstmals vom Regierenden Bürgermeister Walter Momper am 10. November 1989 verwandt. Er begrüßte an diesem Tag in seiner Rede vor dem Schöneberger Rathaus die Bürger der DDR zu ihrer „friedlichen und demokratischen Revolution.“ Momper sagte des Weiteren: „Dies ist die zweite erfolgreiche Revolution in Deutschland. Nach der Revolution von 1918, die auch am 9. November stattfand, ist dies die erste demokratische Revolution in Deutschland, die erste Revolution, die mit völlig friedlichen Mitteln auskommt, die mit friedlichen Mitteln durchgesetzt wird. Wir bewundern den Mut und die Disziplin der demokratischen Bewegung in der DDR.“<sup>85</sup> Momper sprach auch vom „Prozess der Erneuerung und der Reform der DDR“ sowie „von grundlegendem Neuanfang“, vom „Reformprozess in der DDR“, vom „faszinierenden Kapitel der deutschen Geschichte“ und von der „Demokratiebewegung in der DDR“. Es wurden also von Momper mehrere Wertungen und Bilder angeboten, für jedermanns Geschmack etwas zum Ausschauen. Ein Ansatz zur theoretischen Analyse ist nicht feststellbar. Der spätere Rückgriff auf Momper's Begriffsprägung hat diesen Mangel auch nicht beseitigt. Der nächste, der den Begriff „friedliche Revolution“ benutzte, war Helmut Kohl. In seiner Rede vor der Ruine der Dresdner Frauenkirche am 19. Dezember 1989 sprach er den Kundgebungsteilnehmern „Anerkennung und Bewunderung für diese friedliche Revolution“<sup>86</sup> aus. Einige Wochen später übernahmen diese Worthülsen die in der „Allianz für Deutschland“ zusammengeschlossenen Parteien, DA, DSU und Ost-CDU in ihre Wahlwerbung.<sup>87</sup>

Eine kritische Analyse zu der Fragestellung Revolution oder *nur* revolutionäre Krise nimmt der Mediävist Eckehard Müller - Mertens vor<sup>88</sup>. Für ihn gab es im Herbst 1989 ab September bis zum Winter 1990 im Januar eine revolutionäre Krise. Das Elend der „Revolutionäre“ des Herbstes 1989 bestand darin, dass sie zu keinem Zeitpunkt die Machtfrage stellten. Keine der sich neu etablierenden Regierungen im letzten Jahr der DDR war eine Revolutionsregierung. Die Vertreter der Bürgerbewegung arbeiteten mit jeder dieser Regierungen zusammen. Sie nahmen das Gesetz des Handelns nicht in die eigene Hand. Ihnen fehlte die revolutionäre Konsequenz. Müller-Mertens schreibt: „Es blieb bei Forderungen. Es kam nicht zur Benennung, Wahl oder Bestimmung von

<sup>85</sup> [www.ruhr-nachrichten.de/staedte/selm/Walter-Mompers-Rede-vom-10.-November-1989;art931,722470](http://www.ruhr-nachrichten.de/staedte/selm/Walter-Mompers-Rede-vom-10.-November-1989;art931,722470). Vgl. auch: Walter Momper: „Berlin nun freue Dich!“ Mein Herbst 1989. Berlin 2014.

<sup>86</sup> Archiv der Gegenwart. CD-Rom, 34044.

<sup>87</sup> Vgl. Bernd Lindner: Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution. Eine Spurensuche, in: APuZ, 24-26/2014, S. 37.

<sup>88</sup> Eckehard Müller-Mertens: Politische Wende und deutsche Einheit. Fixierung und Reflexion der Ereignisse 1989/1990. Berlin 1997.

Sprechern, Vertretern, Beauftragten oder von Abordnungen der Versammelten, der Protestierenden und Fordernden.“<sup>89</sup>

Die SED verspielte die Macht. Die Demonstranten griffen die auf der Straße liegende Macht nicht auf. Das Vakuum, das notgedrungen entstand, musste irgendwie ausgefüllt werden. In diesem Zusammenhang wird immer wieder der Begriff der Implosion in die Debatte geworfen.<sup>90</sup> Im Januar 1990 drohte in der Tat eine Implosion von Staat und Gesellschaft der DDR. Als Stichworte seien das Ultimatum der Opposition am Runden Tisch vom 8. Januar 1990, die Demonstrationen vor der Volkskammer vom 11./12. Januar und die kurzfristige Besetzung der Stasi-Zentrale in der Normannenstraße vom 15. Januar genannt. Eine Katastrophensituation bahnte sich an. Die völlige Anarchie drohte. Es war klar, dass die Regierung Modrow ihr Reformprogramm für eine erneuerte DDR nicht mehr auf den Weg zu bringen vermochte. Auch die von der KGB-Organisation Luch beeinflussten Gruppen und Persönlichkeiten<sup>91</sup>, die eine Stabilisierung der DDR nach sowjetischem Perestroika-Modell anstrebten, verloren an Einfluss. Die Gorbatschow-Reform mobilisierte in dieser Zeit auch wegen der Misserfolge in der UdSSR kaum noch Bürger der DDR. Wenn es im Januar/Februar zur Implosion von Staat und Gesellschaft der DDR nicht kam, dann vor allem deshalb, weil die Bundesrepublik diese nicht wünschte. Der westdeutschen Politik blieb nichts weiter übrig, als das Machtvakuum in der DDR auszufüllen. So gesehen war die Intervention im Vorfeld der März-Wahlen auch ein Mittel zur Verhinderung der Implosion, die keiner Seite Nutzen gebracht hätte. Legt man also die schlüssigen Kriterien von Müller-Mertens zugrunde, können wir beim Herbst 1989 zu Recht von einer revolutionären Krise sprechen, nicht aber von einer Revolution.

Es ist auch danach zu fragen, warum die Mehrheit der Ostdeutschen den Begriff der „friedlichen Revolution“ eher meidet und stattdessen von „Wende“ spricht<sup>92</sup>. Das geschieht m.E. nicht deswegen, weil Egon Krenz am Abend des 18. Oktober 1989 in einer nicht gerade populären Rede verkündet hatte: „Mit der heutigen Tagung des Zentralkomitees werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wieder erlangen.“<sup>93</sup> Aber auch nicht deswegen, weil Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 von der „geistig-moralischen Wende“ gesprochen hatte, die von der CDU/FDP Regierung ausgehen sollte. Von Wende wurde in der DDR auch im Bereich der Ökonomie gesprochen, wenn man den Übergang von der extensiv erweiterten Reproduktion zur intensiv erweiterten Reproduktion meinte. Von „Wende“ sprechen m.E. die Ostdeutschen deshalb, weil dieser Begriff eine gravierende Veränderung beschreibt, jedoch die Wertung bewusst unscharf lässt.

Die Wende war nach Müller-Mertens weder eine Revolution, noch - wie bestimmte Autoren im linken Lager meinen - eine „Konterrevolution“. Sicher hatte der sich nach dem Herbst 89 in den Jahren 1990-1992 vollziehende Anschluss an die Bundesrepublik restaurative Züge, war die rachsüchtige Abrechnung mit aktiven DDR-Bürgern geprägt von konterrevolutionären Zügen, der Verletzung der Menschenrechte (erinnert sei an den Abwicklungs-Terror an den Universitäten) und einen einmaligen Eigentumstransfer von Ost nach West.<sup>94</sup> Das alles darf nicht kleingeredet werden. Aber der Begriff „Konterrevolution“ schliesse ja ein, dass die DDR im Jahre 1989 ein gereifter sozialistischer Staat gewesen wäre. Das können wir aber keineswegs behaupten.

Erinnert werden muss hier an die Analysen des Realsozialismus, wie sie Fritz Behrens<sup>95</sup> von 1976 bis 1980 unter strengster Geheimhaltung angefertigt hat. Diese Analysen wurden erst 1992

<sup>89</sup> Ebenda, S. 30.

<sup>90</sup> Vgl. Gabriele Lindner: Die Eigenart der Implosion. Lange Genese bis zur Modrow-Regierung und Runden Tisch. Berlin 1994.

<sup>91</sup> Die Gruppe „Luch“ (russisch für Strahl) agierte 1988/89 in der Ostberliner Sowjet-Botschaft und in den sowjetischen Generalkonsulaten in der DDR. Angeleitet wurde „Luch“ von Anatoly G. Novikov, Leiter der Deutschlandabteilung in der Ersten Hauptverwaltung der Moskauer KGB-Zentrale. Aufgabe der Gruppe war es, in der DDR die Umgestaltung nach sowjetischem Vorbild zu betreiben. Die Stoßrichtung zielte auf die orthodoxe Führung um Erich Honecker. Vgl. Ralf Georg Reuth/Andreas Bönke: Das Komplott. Wie es wirklich zur deutschen Einheit kam. München/Zürich 1993, 211.

<sup>92</sup> Vgl. Eckehard Jesse: Eine Revolution stürzt das SED-Regime, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Dreißig Thesen zur deutschen Einheit, Freiburg 2009, S.29.

<sup>93</sup> Neues Deutschland, 19.10.1989.

<sup>94</sup> Vgl. die Weißbücher der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde. Berlin 1992-1999.

<sup>95</sup> Vgl. Fritz Behrens: Abschied von der Utopie. Berlin 1992.



veröffentlicht – die DDR-Führung war viel zu ignorant, sich mit den Analysen von Behrens auseinanderzusetzen. Treffend beschrieb Behrens diese Ignoranz der SED-Führung: „Eine Revolution, die das kritische Denken negiert und die Freiheit, den Mächtigen zu widersprechen, ohne die Möglichkeit, die Repräsentanten der Gesellschaft auf friedliche Weise zu lenken - wie die russische Revolution -, verdirbt sich selbst und restauriert alte Strukturen.“<sup>96</sup>

Behrens ging davon aus, dass das von Marx anvisierte Ziel der Schaffung von gesellschaftlichem Eigentum bzw. Gemeineigentum in den realsozialistischen Ländern verfehlt wurde. Das Volkseigentum erreichte diese Qualität nicht, weil die „Verfügunngsmacht über die Produktionsmittel noch nicht bei den Produzenten selbst“ lag.<sup>97</sup> Es habe sich dabei lediglich um Staatseigentum gehandelt, das von einer bürokratischen Partielite verwaltet wurde. Die herrschende Schicht nutzte ihre strategischen Positionen dafür aus, „den Konsum ihrer Mitglieder auf einem höheren Niveau als den der beherrschten Schichten zu halten.“<sup>98</sup> Ohne historische Notwendigkeit sei Staatsmonopolismus an die Stelle von Sozialismus gerückt. Zu einem bestimmten Zeitpunkt trat ein ambivalenter Zustand ein, der zwei Möglichkeiten zuließ:

- Eine Renaissance zum Sozialismus
- Die Restauration kapitalistischer Verhältnisse

Dies schrieb Fritz Behrens reichlich ein Jahrzehnt vor dem Ende der DDR. Er starb 1980. Hätte er 1989/90 miterlebt, nichts hätte ihn überrascht. Von Konterrevolution hätte er vermutlich nicht gesprochen. Für Behrens waren die realsozialistischen Gesellschaften nicht mehr die Alternative zum Kapitalismus. Im ökonomischen Wettstreit mit dem Kapitalismus, den der XX. Parteitag der KPdSU 1956 ausgerufen hatte, machten sie keineswegs Boden gut. Der Abstand auf dem Felde der Arbeitsproduktivität wurde sogar noch größer. Bemerkenswert ist die Desillusionierung, die Behrens vor seinem Tode mit Blick auf den Realsozialismus empfand: „Daher kann der historisch verwirklichte – real existierende - Sozialismus, der die Individuen in nivellierende Kollektive zwingt, nicht als Verwirklichung der Marxschen Vision angesehen werden. Er gleicht dem von Marx schon in seinen Pariser Manuskripten kritisierten und verurteilten primitiven Kommunismus und ist im Grunde nur ein Rückfall hinter die als politische Demokratie erreichte Stufe der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, eine neue - aber abstraktere – Variante der bürgerlichen Gesellschaft.“<sup>99</sup>

Ein Historiker, der die Theorie und Methode dialektischer Analyse hervorragend beherrschte, war der zu früh verstorbene Harald Neubert. Er arbeitete die ungelösten Widersprüche des Realsozialismus plausibel heraus: „Die Geschichte des realen Sozialismus durchzog der ungelöste Widerspruch zwischen dem emanzipatorischen Sinn des Sozialismus und der tatsächlichen Entfremdung sowie einer gewissen Entmündigung seiner Bürger, der Widerspruch zwischen dem internationalistischen Wesen der sozialistischen Idee und der Unfähigkeit zur echten Integration der sozialistischen Länder, der Abkoppelung, der Abgrenzung von wichtigen Entwicklungsprozessen außerhalb der sozialistischen Welt, dem Zwang nachholender Modernisierung innerhalb eines ‚geschützten Raumes, innerhalb dessen man bedeutsame Entscheidungen treffen kann‘,<sup>100</sup> der aus der äußeren Feindschaft resultierenden Festungsmentalität und der so entstandenen Abkoppelung von internationalen Entwicklungsprozessen.“<sup>101</sup> Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang der Terminus „geschützter Raum“. Der „geschützte Raum“ habe – so Robert Kurz - einst Modernisierungschancen geboten, erwies sich später aber als Hemmnis, als Ursache für Stagnation; „seine historisch überfällige Öffnung musste zum Zusammenbruch des ganzen zuvor abgeschotteten Systems führen.“<sup>102</sup>

<sup>96</sup> Ebenda, S. 246.

<sup>97</sup> Ebenda, S. 155.

<sup>98</sup> Ebenda, S. 38.

<sup>99</sup> Ebenda, S.101f.

<sup>100</sup> Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernenhof zur Krise der Weltökonomie. Frankfurt/M. 1991, S. 226.

<sup>101</sup> Harald Neubert: Europäische Nachkriegsordnung. West-Ost-Konflikt und deutsche Zweistaatlichkeit. Essen 2013, S. 173.

<sup>102</sup> Kurz, a.a.O., S.227.

Neubert lässt keinen Zweifel daran aufkommen, dass die KPdSU große aner kennenswerte Verdienste um die Formierung und Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung besaß. Jedoch habe sie als führende, ja als bestimmende Partei der Bewegung zugleich das enge Korsett einer zentralistisch-hierarchischen Struktur und eines verbindlichen ideologischen Monismus aufgezwungen, wodurch ihre Aktions- und Integrationsfähigkeit nicht nur erheblich gelähmt, sondern vielfach in eine falsche, schädliche Richtung gelenkt wurde. Hinzu kam, dass die KPdSU den von ihr vertretenen Marxismus-Leninismus (als den angeblich einzig wahrhaftigen Marxismus) zu einer Rechtfertigungsideologie pervertiert hatte, sodass auch er in dieser Form nicht mehr als theoretisches Rüstzeug für eine revolutionäre Programmatik und Aktion dienen konnte.<sup>103</sup> Was das sowjetische Modell betrifft, weist die neuere russische Literatur darauf hin, dass die Besonderheiten weniger bolschewistisch und kommunistisch gewesen seien, sondern eher spezifisch russisch, sodann aber zum Arsenal des sowjetischen Sozialismusmodells gehörten:

- patriarchalische Strukturen,
- bäuerliches Gemeinschaftsdenken mit gleichmacherischen Traditionen,
- nationalistische Großmachtillusionen,
- unausgebildete Zivilgesellschaft,
- autoritäres Denken und
- rigoroser Zentralismus der machtausübenden Elite.<sup>104</sup>

Nehmen wir die Politik der SED-Führung im Jahre 1989 näher unter die Lupe. Allgemein scheint schon anerkannt zu sein, dass die SED in der Zeit der Sprachlosigkeit von ganz allein den Führungsanspruch aufgegeben hatte. Das scheint aber zu kurz gefasst. Die SED hat auf dem Felde der Wirtschaftspolitik spätestens in den 80er Jahren nicht mehr zu führen vermocht. Der verkündete Übergang von der extensiv erweiterten zur intensiv erweiterten Reproduktion blieb schon bei der sogenannten Schwedter Initiative „Weniger produzieren mehr!“ hängen. All die Kampagnen änderten nichts daran, dass das Ziel nicht erreicht werden konnte.

Das Arbeitskräftepotential der DDR in den achtziger Jahren wäre bei effizienterer Planung und Faktorkombination ausreichend gewesen. Unter den gegebenen Bedingungen aber herrschte im gesamten Jahrzehnt Arbeitskräfteknappheit. Die auf die Freisetzung von Arbeitskräften gerichtete „Schwedter Initiative“ wurde nur in 5-10% der Betriebe angewendet. Die Arbeitskräftefreisetzung war in der DDR überwiegend an der in der UdSSR angewendeten „Stschokino-Methode“ ausgerichtet, d.h. sie wurde nur individuell-materiell stimuliert. Ab 1980 wurden auch Straf gelder üblich, die die Betriebe bezahlen mussten, die den Arbeitskräfteplan überschritten, es mussten immerhin 5000 Mark je Arbeitskraft an den Staatshaushalt entrichtet werden, die unbefugt eingestellt worden war. Immerhin gelang es in der Industrie 1981 bis 1986 59000 Arbeitskräfte durch Arbeitsplatz einsparung zu gewinnen. Jedoch muss hier zwischen „absoluter“ und „relativer“ Einsparung unterschieden werden. Häufig verblieben die eingesparten Arbeitskräfte im Betrieb an einem anderen Platz. Die dogmatisch-unflexible Wirtschaftspolitik wirkte darauf hin, dass es ökonomisch vorteilhafter war, mehr Arbeitskräfte zu fordern, als Rationalisierungsmaßnahmen zu ergreifen. Das gesellschaftliche System ließ eine Balance zwischen Interessen und Leistungen nicht zu. Nur 20-30% des Lohns waren an die individuelle Arbeitsleistung gebunden. Die Kosten einer Ausbildung schlugen sich nicht in den Lohnkosten nieder, somit blieben auch die betrieblichen Kosten durch den Verzicht auf Kapitaleinsatz gering. Was aber ebenso entscheidend war, dass die SED als führende Kraft ihre „Verfügungsrechte nicht wahrnahm.“<sup>105</sup> Heike Knortz kommt in ihrer Studie zu dem Schluss: „Die eigentliche Grenze für Innovationen bildete in dieser Gemengelage deshalb der Führungsanspruch der SED, der bis zuletzt implizierte, dass die Lösung wirtschaftlicher Probleme nach wie vor nur durch die führenden Sekretäre der Partei möglich sei, die jedoch in Berlin mit ihrer Machtsicherung beschäftigt waren. Während die Parteispitze dadurch wirtschaftspolitisch untätig blieb, verlagerte sich die Verantwortung für die Arbeits- und Industriepolitik auf die Bezirke und hier wiederum auf die SED-Bezirksleitungen, deren 1. Sekretäre allerdings in den wenig-

<sup>103</sup> Vgl. Harald Neubert: Die internationale Einheit der Kommunisten. Ein dokumentierter historischer Abriss. Essen 2009.

<sup>104</sup> Vgl. Neubert, Europäische Nachkriegsordnung, S. 171.

<sup>105</sup> Heike Knortz: Innovationsmanagement in der DDR 1973/79-1989. Der sozialistische Manager zwischen ökonomischen Herausforderungen und Systemblockaden. Berlin 2003, S. 252.

sten Fällen das Politikvakuum durch konstruktive Politik zu füllen vermochten.“<sup>106</sup>

Besonders problematisch war, dass die SED ein überdimensionales Wachstum der Subventionen zuließ, was schließlich bewirkte, dass das Wertgesetz in beträchtlichen Umfang ausgehebelt wurde. Auch war die Festlegung auf die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ins Gegenteil verkehrt worden. Die Ausgaben für die Industrieinvestitionen sanken, waren der Konsumtionsanteil ständig größer wurde.

Wie wenig die eigentlich ökonomischen Prozesse auch angesichts der unüberbietbaren sowjetischen Schlamperei beherrscht wurden, zeigte eine Mitteilung vom 11. März 1989 im „Neuen Deutschland“. Eingegangen wurde auf einen „Iswestija“-Artikel über Vorgänge auf der Fährlinie Klaipeda - Mukran. Die Fährlinie war 1986 eröffnet worden, weil sie für den Handel zwischen der DDR und der UdSSR vorteilhaft war. Auf dem Schienenwege brauchten Eisenbahngüterwagen zwischen vier bis sieben Tage von einem in das andere Land. Mit einer Fähre wurden nur 20 Stunden benötigt. Beträchtliche Devisenzahlungen für den Transit durch Polen konnten eingespart werden. Nun teilte S. Makajew, Chefexperte der Abteilung Leichttransporte und Fährverkehr des Ministeriums für Hochseeschifffahrt der UdSSR, mit, daß seit Januar 1989 der Fährverkehr nur noch eingeschränkt möglich sei. Die Liegezeiten der Fähren seien mangels Ladung rapide gewachsen. Die Fähren müssen mit nur 75-80 Güterwagen auslaufen, statt mit 103, für die sie ausgelegt sind. Im August 1988 habe die Litauische Seerederei durch Liegezeiten 125.000 Rubel eingebüßt. Andererseits stauten sich in Brest und anderen Grenzbahnhöfen manchmal wochenlang Güterzüge mit Ladung für die DDR. Das Ministerium für Eisenbahnwesen sei zu „faul“, an dieser Praxis Korrekturen vorzunehmen. Die Verluste aus den erzwungenen Liegezeiten und der mangelnden Auslastung der Fähren, gingen bis zur letzten Kopeke und bis zum letzten Pfennig zu Lasten der Schifffahrtsbehörden beider Länder. Es ist aus heutiger Sicht unvorstellbar, dass für solch einen Fall nicht einmal Strafzahlungen vereinbart waren.

Ein besonderes Kapitel stellen die Entscheidungen der SED-Führung in der Reisefrage dar. Die Statistik zum deutsch-deutschen Reiseverkehr 1980 bis 1988 zeigt eine erfreuliche Entwicklung.

Der innerdeutsche Reiseverkehr 1980 bis 1988 (in Mio.)<sup>107</sup>

Jahr	1980	1985	1988
Reisen aus der DDR in die BRD Rentnerreisen	1,5	1,6	1,1
Reisen in dringenden Familien- angelegenheiten	0,4	0,7	1,2
Reisen aus der BRD in die DDR	2,7	3,0	3,6
Reisen von Westberlinern nach Ostberlin und in die DDR		1,9	1,9

Immerhin war mit 1,2 Mio Reisenden aus der DDR in die Bundesrepublik unterhalb des Rentenalters im Jahre 1988 eine beachtlich hohe Zahl erreicht. Diese Zahl übertraf bereits die der Rentnerreisen. In dieser Richtung hätte es weitergehen können – wäre es in dieser Richtung weitergegangen, dann wäre es vermutlich nicht zu der Mauer-Psychose gekommen, wie sie dann im Herbst 1989 eintrat. Die Zahl der Reisenden, die von der Besuchsreise in die Bundesrepublik nicht mehr zurückkam, bewegte sich 1987 und 1988 auf einem historisch niedrigen Niveau: 1987

<sup>106</sup> Ebenda.

<sup>107</sup> Vgl. Michael Kruse, : Politik und deutsch-deutsche Beziehungen von 1945 bis 1989. Berlin 2005, S. 305.

0,22%, 1988 0,35 %.<sup>108</sup> Welcher Teufel mochte Honecker geritten haben, dass er im Februar 1989 jene provozierende Mauer-Erklärung abgab: „Die Mauer wird ungeachtet des ‚kraftvollen Auftretens‘ von Herrn Genscher und Herrn Shultz so lange bleiben, wie die Bedingungen nicht geändert werden, die zu ihrer Errichtung geführt haben. Sie wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben...“<sup>109</sup>

Zu vermuten ist, dass die geringfügige Erhöhung der Republikfluchtzahl dazu führte, dass 1989 wieder ein verschärfter Kurs in der Reisefrage eingeschlagen wurde.<sup>110</sup>

Keine angemessene Berücksichtigung fand die Entwicklung in Ungarn. Die SED-Führung wurde über die Details zwar durch die DDR-Botschaft informiert. Die SED nahm die qualitativ veränderte Situation aber nicht zur Kenntnis.

Bereits im Spätherbst 1987 beriet die ungarische Regierung über Fragen der Sicherung ihrer Grenzen. Der 1965 errichtete Elektrozaun war sowohl moralisch als auch technisch verschlissen. Die Unterhaltskosten von jährlich 100 Millionen Forint standen in keinem Verhältnis zu den seit Jahren konstanten 1200 bis 1600 Grenzverletzungen, die zudem zu 85 Prozent nicht von Ungarn begangen wurden. Die ungarische Regierung stand vor der Frage, entweder für 500 bis 800 Millionen Forint einen neuen Zaun zu bauen oder den alten abzureißen. Bereits Ende Mai 1987 hatte das Politbüro der USAP beschlossen, den „Welt-Pass“ einzuführen und somit den Ungarn qualitativ veränderte Reisemöglichkeiten gewährt. Am Beginn des Jahres 1989 wurde in Ungarn das Mehrparteiensystem eingeführt und mit Hilfe des ab 13. Juni 1989 tagenden „Dreieckstisches“ der Übergang zur parlamentarischen Demokratie vollzogen. Als am 2. Mai 1989 mit dem Abriss des Zaunes begonnen wurde, war er schon nicht mehr vollständig vorhanden. Als einen Monat später die Regierung den offiziellen Beschluss über den Abriss des „Eisernen Vorhangs“ fasste, fehlten schon 68 km Stacheldraht.<sup>111</sup> Ähnliche Prozesse spielten sich zeitgleich im Nachbarland Polen ab.<sup>112</sup>

Dass die SED-Führung aus diesen Veränderungen in Nachbarländern keine adäquaten Schlussfolgerungen zog, muss als eklatantes Führungsversagen gewertet werden.

Abschließend ist darauf zu verweisen, dass mit dem Entstehen neuer Parteien und Bewegungen im Herbst 1989 sowie einer in Ansätzen alternativen Politik der LDPD und der CDU eine Möglichkeit aufzublitzen schien, die als demokratische Erneuerung der DDR beschrieben werden kann.

Der Historiker Manfred Bogisch hat die aufschlussreichen politischen Entwicklungen der LDPD während des Endes der DDR akribisch untersucht und überzeugend belegt, warum trotz klarer alternativer Politikansätze das Ziel einer Erneuerung der DDR nicht erreicht werden konnte.<sup>113</sup>

Bogisch weist darauf hin, dass die LDPD schon Mitte der 80er Jahre eine „Politik der Eigenständigkeit“ entwickelte. Diese Politik bewirkte eine wachsende Attraktivität der LDPD. Die Zahl der Mitglieder dieser Partei wuchs von 1986 von rund 86 000 auf etwa 110 000 im Jahre 1988. Der Druck der Basis auf die LDPD-Führung wuchs, den Mund nicht nur zu spitzen, sondern endlich auch zu pfeifen. Gerlach ordnete im Januar 1988 an, seine Reden bei Besuchen an der Basis der Partei ungekürzt in der LDPD-Presse zu veröffentlichen. Bis dahin waren nur Kommuniqués veröffentlicht worden. Im April 1988 sprach Gerlach vor SED-Funktionären in Babelsberg. Er warnte, den Bürger lediglich als „Mittel zum Zwecke der Lösung von Aufgaben“ zu betrachten. Eine bestimmte Funktionärshaltung sei Ausdruck „nichtdemokratischen Denkens“, erklärte er. Es seien die Funktionäre, „die sich belästigt fühlen, wenn ... Bürger an sie Fragen richten“. Damit traf Gerlach den Nerv vieler Ostdeutscher. Im September 1988 gingen einige Bezirksvorsitzende über die bis-

<sup>108</sup> Vgl. Egon Krenz: Wenn Mauern fallen. Die friedliche Revolution: Vorgeschichte-Ablauf-Auswirkungen. Wien 1990, S.174.

<sup>109</sup> Schlussbemerkungen Erich Honeckers auf der Tagung des Thomas-Müntzer-Komitees, in: Neues Deutschland, 20.01.1989.

<sup>110</sup> Eine konträre Auffassung dazu vertrat Helmut Kohl: „Der schlimmste Fehler, den Honecker gemacht hat, war die Erweiterung der Besucherlaubnis. Das war der Anfang vom Ende und nicht die Kerzen und Gebete in der Kirche in Dresden.“ Zit nach: Heribert Schwan/Tilman Jens: Vermächtnis. Die Kohl-Protokolle. München 2014, S. 22f.

<sup>111</sup> Vgl. Ferenc Klein: Ein Spektakulum wird entmystifiziert, in: Neues Deutschland, 2.05.1994.

<sup>112</sup> Vgl. Julian Bartosz: Unternehmen Machtübergabe. Wie ich vor 25 Jahren zum ersten Runden Tisch in Osteuropa kam, in: Neues Deutschland, 5./6. 04.2014.

<sup>113</sup> Vgl. Manfred Bogisch: Die LDPD und das Ende der DDR. Berlin 2009.

herige „Politik der Eigenständigkeit“ hinaus. Aus Rostock kam die Forderung, die LDPD dürfe sich nicht länger mit zweitrangigen Fragen befassen. Der Bezirksvorsitzende in Gera forderte eine Revolutionierung der ökonomischen Strategie. Aus Magdeburg wurde eine „marktorientierte Rechnungsführung“ gefordert. Die Wirtschaft brauche ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben. Die Frage sei zu beantworten, unter welchen Eigentumsverhältnissen am effektivsten gewirtschaftet werde.

Auf der Jahresabschlussberatung der LDPD-Führungskräfte am 16. Dezember 1988 sprach Gerlach offen über „Zweifel an der Fähigkeit der Arbeiterpartei“ sowie „Zweifel an der Fähigkeit des Sozialismus, als System auf effektive Weise zu wirtschaften“. Gerlach forderte deshalb: „Reform des Sozialismus an Haupt und Gliedern.“ Jetzt ging es der LDPD darum, den „Sozialismus als System“ zu erneuern, zu demokratisieren und dadurch zu stabilisieren. Jedoch wurde der Rubikon an keiner Stelle überschritten. Auf keinem Feld wurden alternative Vorstellungen zum Kurs der SED entwickelt. Drei Gelegenheiten für eine öffentliche Wortmeldung der LDPD ließ Gerlach ungenutzt verstreichen: die Ossietzky-Schulaffäre, das „Sputnik“-Verbot im Jahre 1988 und die Manipulierung der Kommunal - Wahlergebnisse im Mai 1989. Bogisch belegt am Beispiel dieser drei Ereignisse, welche Möglichkeiten hier verschenkt wurden. Wäre die LDPD in diesen Fällen aktiv an die Öffentlichkeit gegangen, hätte dies die Reformer in der SED ebenso ermuntert wie die Unzufriedenen in der CDU, die im Spätsommer 1989 mit dem „Ruf aus Weimar“ in die Öffentlichkeit gingen. Die erstarrte SED-Führung wäre in eine desaströse Situation geraten. Gerlach scheute sich, die Machtfrage zu stellen. Er konnte sich nicht vorstellen, die DDR gegen die SED zu regieren. Bogisch spricht in diesem Zusammenhang von „Zweigleisigkeit der LDPD-Politik“.

Auch im Jahre 1989, wo sich die Krise der DDR zuspitzte, griff Gerlach die SED-Führung ob ihrer Reformunwilligkeit ungewöhnlich scharf an. Es waren dies seine Gedenkrede auf Carl von Ossietzky am 13. September und die Festansprache anlässlich des 40-jährigen Bestehens der DDR am 19. September 1989. Angesichts der Tatsache, dass die Bürger in großer Zahl das Land verließen, widersprach Gerlach der SED-Propaganda mit den Worten „Widerspruch ist nicht Opposition“. Ebenso forderte er eine „demokratische Handhabung der Macht im Sozialismus“. Dabei dachte Gerlach noch nicht an die Einbeziehung der neu entstehenden politischen Bewegungen. Noch ging es Gerlach darum, die DDR gegen die Lähmung der SED-Führung zu verteidigen. Er wollte die SED durch eine sich verschärfende, aber kontrollierbar bleibende, Kritik „antreiben“. Er war sich der Zustimmung vieler DDR-Bürger sicher und hoffte darauf, Teile der Bürgerrechtler für seine Politik gewinnen zu können. Am 9. Oktober 1989 beschloss die LDPD ein Sofortprogramm zur Demokratisierung der DDR. Dieses sah u. a. vor:

- die Einleitung eines Dialogs mit allen Bürgern, einschließlich des Neuen Forums und des Demokratischen Aufbruchs,
- die Demokratisierung der Informations- und Medienpolitik,
- Volkskammerwahl „unter strikter Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen“ bereits 1990.

Gerlach wollte die Demokratisierung noch immer unter der führenden Rolle der Arbeiterklasse verwirklichen. Wie aber sollte die Arbeiterklasse ihre Führung auf demokratische Weise realisieren, fragt Bogisch zu Recht. Die Grenzen des LDPD-Vorsitzenden wurden offenbar: Er hielt bis in den November 1989 an dem „Glaubenssatz“ fest, ohne die SED oder SED/PDS könne in der DDR Politik nicht gemacht werden. Die LDPD verstand er noch als eine demokratische „Partei im Sozialismus“.

Von seinen neosozialistischen Träumen musste Gerlach unter dem Druck der Basis Ende November 1989 rasch Abschied nehmen. Beim Zusammentreffen mit dem FDP-Vorsitzenden Graf Lambsdorff am 26. November versicherte Gerlach, dass es mit der LDPD keinen Sozialismus mehr geben werde. Der LDPD-Bezirksvorstand Halle forderte am 1. Dezember „die Wiederherstellung der Länder“ und „eine effiziente marktwirtschaftliche Struktur“. In Schwerin forderten die Liberaldemokraten die Auflösung der Volkskammer, des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates und die Einführung einer „sozialorientierten, aber konsequenten Marktwirtschaft“. Die FDP nahm vom Westen her immer massiveren Einfluss auf die Entwicklung in den Bezirken. Den LDPD-Bezirksverbänden wurden Berater zur Verfügung gestellt. Die FDP-Ost hatte sich konstituiert, die es allerdings nur auf 800 Mitglieder brachte. Die aus der Bürgerbewegung hervorgegangene Forum-Partei kam immerhin auf etwa 5000 Mitglieder, Beide Gruppierungen werden von Bogisch als „Hinterhandwaffen der FDP“ charakterisiert. Gerlach, der nach dem Rücktritt von Egon

Krenz amtierender Staatsratsvorsitzender geworden war, musste am 25. Januar 1990 entscheiden, ob sich die LDPD der CDU anschließt, die Modrow-Regierung zu verlassen. Da für ihn Staatsräson vor Parteiinteressen rangierte, verweigerte er diesen Schritt. Unmittelbar vor dem LDPD-Parteitag kam es zu einer Zerreißprobe. Aus der heillosen Zersplitterung der liberalen Kräfte schien es keinen Ausweg zu geben. Durch gemeinsame Anstrengungen von Gerlach und FDP-Politikern konnte das Schlimmste, der Übertritt ganzer Gliederungen der LDPD zur FDP, verhindert werden.

Wir sehen am Beispiel der LDPD, dass es bedeutende Ansätze in Richtung einer demokratischen Erneuerung der DDR gab, dass es ihr aber an revolutionärer Konsequenz fehlte. Wir brauchen adäquate Untersuchungen zur CDU, DBD und NDPD, die das Bild abrunden und konturierter machen werden.

Die SED-Opposition, die schon gut untersucht ist<sup>114</sup>, hatte das Problem, dass sie zu spät kam. Sie hatte keinen prägenden Einfluss auf den Sturz Honeckers und den im alten Fahrwasser segelnden Egon Krenz. Für die SED, die ihre kritischen Geister immer verfolgt und bekämpft hatte, gab es in dieser Zeit keine Rettung mehr. Sie war zum Untergang verurteilt. Die SED-Nachfolgepartei PDS musste wohl oder übel durch ein Tal der Tränen waten. Die DDR-Bürger marschierten zurück in den Kapitalismus mit seiner Arbeitslosigkeit und leider auch seinen neuen Kriegen.

Sollte das der Sinn der „Friedlichen Revolution“ gewesen sein? Ganz gewiss nicht. Zuzustimmen ist dem Politiker Helmut Müller, der in seinen Memoiren festgestellt hatte: „Die Wende von 1989 bot keine Alternative zur bestehenden kapitalistischen Ordnung. Sie stellte deren Herrschaft lediglich über einen Teil Deutschlands wieder her, der ihr über 40 Jahre entzogen worden war. Aber als eine Revolution kann diese Wende aus diesem Grund nicht bezeichnet werden. Zehnjährige Erfahrungen... bestätigen, dass keine neue Stufe menschlicher Zivilisation hervorgebracht wurde, sondern sich die Übel einer Gesellschaft, die auf Ausbeutung ...und Mehrung des Profits...“<sup>115</sup> beruhen, ausbreiten.

---

<sup>114</sup> Vgl. Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Repression und Opposition in der SED (1994-1989). Teil I und II. Frankfurt/Oder 1996.- Rainer Land/Ralf Possekel: Fremde Welten-Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren. Berlin 1999.

<sup>115</sup> Helmut Müller: Wendejahre 1949-1989. Berlin 1999, S.313/14

Prof. Dr. Heinz Karl

## Die DDR: Leistung. Grenzen. Lehren.

Dieser Beitrag ist Prof. Dr. Siegfried Prokop gewidmet, der am 22. Februar 2015 seinen 75. Geburtstag begeht. Siegfried Prokop hat mit einer Vielzahl von Monographien und anderen Veröffentlichungen einen wichtigen Beitrag zur wissenschaftlichen, marxistischen Erforschung der Geschichte der DDR geleistet. Zugleich hat er sich engagiert und produktiv in die politische Auseinandersetzung um die DDR und ihr Erbe eingemischt – zunächst an der Seite und dann in der Nachfolge Wolfgang Harichs in der „Alternativen Enquête-Kommission Deutsche Zeitgeschichte“, dann als Vorsitzender des „Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden“ (OKV). In unserem Arbeitskreis ist er uns seit mehr als zwei Jahrzehnten ein gewichtiger Mitstreiter.

*(Eine gekürzte Fassung dieses Beitrages wurde in der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises am 9. Oktober 2014 vorgetragen.)*

Die DDR, die vor einem Vierteljahrhundert unterging, ist in den politischen Auseinandersetzungen unserer Tage bemerkenswert lebendig. Dies und die Tatsache, dass sie eine anhaltende Herausforderung für die historische Forschung ist, bestätigt beispielsweise der in Potsdam wirkende Historiker Martin Sabrow /1/ Und die Historikerin Elke Sieber, die bei diesem Thema „eine größere ostdeutsche Distanz und kritischere Reflexion gegenüber bundesrepublikanischen Gegebenheiten“/2/ vermerkt, konstatiert zugleich, dass der „öffentliche Diskurs um die DDR ... die ostdeutsche Erfahrungsgemeinschaft und westdeutsche Zeithistoriker“/3/ spalte. Regierungsverordnete – interessenbestimmte – Ausrichtung des Blicks auf die DDR ist nach wie vor deren Totalnegation auf der Linie der antisozialistischen Totalitarismuskonzeption. Interessant ist, dass Sabrow es für angebracht hält, auf den zunehmenden Konflikt zwischen dieser und der fortschreitenden empirischen Forschung hinzuweisen, und feststellt: „Die Wiederbelebung der vor 1989 längst *ad acta* gelegten Totalitarismustheorie hat sich in der konkreten Forschung dabei als weniger erkenntnisleitend herausgestellt, als die ihr öffentlich zuteilgewordene Zustimmung suggerierte und bis heute suggeriert.“/4/ Auch Manfred Stolpe distanziert sich von dem Unterfangen, „ein Geschichtsbild [zu] zeichnen, das den Realitäten nicht entspricht und zum Teil nur Fortsetzung des Antikommunismus aus der Zeit des Kalten Krieges mit veränderter Wortwahl ist.“/5/

Um so mehr befremden natürlich die auf die DDR bezogenen Passagen im Thüringer Koalitionspapier und sie ergänzende Äußerungen./6/ Sie decken sich hundertprozentig mit der bürgerlichen, imperialistischen BRD-Staatsdoktrin und befleißigen sich zudem eines peinlichen *Märchenerzählungs-Stils*, der allerdings der Tatsachenwidrigkeit und Banalität der Aussagen durchaus angemessen ist. Uwe Kalbe hat die Haltung der dafür verantwortlichen LINKE-Politiker sehr treffend als „bigotte Geste“ und als „eine Unterwerfungsgeste, die ihnen mancher nicht zugetraut hätte“/7/, abqualifiziert. Peter-Michael Diestel (CDU), 1990 stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister im letzten DDR-Kabinett de Maizière, kommentiert: „Deren Verhalten ist für mich eine große substanzielle Enttäuschung. Ich hatte nie gedacht, dass die so weit gehen und ihre eigene Herkunft ... jetzt unkritisch über Bord werfen.“/8/

Im folgenden wollen wir uns mit der DDR auf sachlicher Basis, d.h. im historischen Zusammenhang und gestützt auf Fakten, befassen. Über die DDR sprechen - 65 Jahre nach ihrer Gründung und ein Vierteljahrhundert nach ihrem Untergang -, das heißt, nach ihren geschichtlichen Wurzeln, ihren Entstehungs-, Existenz- und Entwicklungsbedingungen, ihrem Wesen, ihren Leistungen und Defiziten und nach den weiterwirkenden Ergebnissen ihres mehr als 40jährigen Daseins zu fragen.

### Historisches und internationales Bedingungsgefüge

Die Geschichte der DDR ist eingebettet in historische Abläufe und weltpolitische Zusammenhänge, aus denen man sie nicht herauslösen kann, ohne den Blick auf sie zu verzerren. In

ihrer Existenz flossen nicht wenige Ströme geschichtlicher und internationaler Entwicklung zusammen, die sie gestalteten und ihren Weg bestimmten.

1. Vor allem war sie ein Bestandteil der deutschen Nationalgeschichte, erwachsen aus der Überwindung der Katastrophe, in der das faschistische Deutsche Reich unterging. Sie war der Versuch, nach dem Bankrott des - bis dahin - maßlosesten und gefährlichsten Abenteuers der bestimmenden imperialistischen Kräfte der deutschen Bourgeoisie mit der von ihnen durchgesetzten katastrophalen Entwicklungsrichtung der deutschen Nation zu brechen. Die DDR war vier Jahrzehnte lang der staatliche Rahmen, in dem sich auf einem knappen Drittel des nationalen Territoriums das Leben eines Fünftels der deutschen Nation entwickelte.

2. Die Geschichte der DDR fügte sich zugleich in das epochale Ringen um die Überwindung des Kapitalismus und die Herausbildung einer sozialistischen Gesellschaft ein, ein Anliegen, dem die deutsche Arbeiterbewegung seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verpflichtet war, ein Prozess, der zeitweise ein Drittel der Menschheit erfasste.

3. Eine wesentliche Bedingung des Entstehens der DDR, ihrer nationalen und internationalen Politik wie ihrer Durchsetzung als souveränes Mitglied der internationalen Gemeinschaft war die durch die Stichworte Teheran, Jalta und Potsdam umrissene Nachkriegsordnung, die Europa die längste Friedensperiode seit sechs Jahrhunderten brachte, wozu die DDR nach Kräften beitrug.

4. Mit diesem Entwicklungsstrang kreuzte sich ein anderer: der sich zuspitzende Systemgegensatz von Kapitalismus und Sozialismus und der Kalte Krieg. Diese Momente berührten die DDR als Staat an der Trennlinie der beiden Gesellschaftssysteme und ihrer Militärblöcke und als Staatswesen in einem gespaltenen Lande zeit ihres Bestehens in besonderem Maße, weitaus stärker als jeden anderen sozialistischen Staat.

5. Untrennbar verflochten war die Geschichte der DDR mit der des anderen deutschen Staates - der kapitalistischen, imperialistischen Bundesrepublik. Dieses Verhältnis war die schwerwiegendste äußere Belastung der DDR, verbunden mit enormen inneren Rückwirkungen, besonders angesichts der annexionistischen Grundposition der BRD. Diese wurde über alle - durch das weltpolitische Kräfteverhältnis und wechselnde internationale Konstellationen bedingten - taktischen Veränderungen hinweg konsequent durchgehalten und war mit einem systematischen Wirtschafts- und psychologischen Krieg gegen die DDR verbunden.

Keine wesentliche Entwicklung in der DDR ist hinreichend einzuschätzen, ohne den ständigen Druck der ökonomisch, demographisch und territorial übermächtigen BRD auf die DDR gebührend in Rechnung zu stellen.

## **Leistungen der DDR**

Heute, ein Vierteljahrhundert nach der Liquidierung der DDR, ist offensichtlich, dass sie nicht spurlos in der Geschichte versunken ist, viel mehr als „eine Fußnote der Geschichte“ war, dass die Hoffnungen der herrschenden Klasse der Bundesrepublik und ihrer medialen und akademischen Bediensteten, sie als „Irrweg“ und „Fremdkörper“ in der deutschen Geschichte zu „entsorgen“, sich nicht erfüllen.

Dies ist objektiv begründet. Die Existenz der DDR ist mit gewichtigen gesellschaftlichen Veränderungen und Wirkungen verbunden.

1. Vor allem hat sie viele Millionen Menschen aus der Katastrophe von 1933 bis 1945 in ein neues, friedliches Leben geführt, und zwar in bewusster und radikaler Abrechnung mit der faschistischen und imperialistischen, bürgerlichen Vergangenheit Deutschlands. Die Schritte auf dem Wege des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft in der DDR gingen aus den antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen seit dem Mai 1945 hervor: der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher in der Wirtschaft sowie der Großgrundbesitzer, der Entfernung der Nazilehrer aus den Schulen, der Nazibeamten und -juristen aus Verwaltung und Justiz und der Schaffung einer völlig neuen, antifaschistischen Polizei.



2. Damit wurde die Macht der für zwei Weltkriege und für die Aufrichtung des faschistischen bürgerlichen Regimes mit allen seinen Folgen verantwortlichen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Eliten gebrochen, ihre ökonomischen Fundamente beseitigt. Damit wurde ein Ausweg aus der bisherigen, für das deutsche Volk und die Völker Europas katastrophalen Entwicklung Deutschlands gewiesen und die Bahn für grundlegende gesellschaftliche Fortschritte freigemacht.

3. Die sozialen Veränderungen beschränkten sich nicht auf einen Austausch der Machteliten, sondern waren mit dem sozialen Aufstieg von Millionen Arbeitern, Angestellten und Bauern, einer tiefgreifenden sozialen Umschichtung zugunsten der bisher Unterprivilegierten verbunden.

Wesentliche Teilprozesse dieser Veränderungen waren grundlegende Schritte zur Frauenemanzipation - vor allem durch eine beachtliche Gewährleistung ökonomischer Unabhängigkeit - und die Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs, die Aufhebung materieller Schranken der Teilhabe an Bildung und Kultur.

4. Durch eine weitgehende Veränderung der Eigentumsverhältnisse wurde die Gesellschaft vom Druck des Kapitals befreit. Erst diese antikapitalistische Umwälzung von Eigentumsverhältnissen ermöglichte eine Grundorientierung auf soziale Gerechtigkeit und soziale Gleichheit.

Damit konnte - zum ersten und bisher einzigen Mal in der deutschen Geschichte - das *Recht auf Arbeit*, Bildung und Ausbildung verwirklicht werden.

Das Betriebsklima - insbesondere das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten einerseits, den Betriebsleitungen und dem Leitungspersonal andererseits - änderte sich radikal.

Wohnungswesen, gesundheitliche Betreuung, Kultur und Familienplanung konnten ausgehend von den menschlichen Bedürfnissen gestaltet werden; sie waren nicht mehr dem unmenschlichen und zutiefst undemokratischen Kriterium unterworfen, ob sie sich für das Kapital „rechnen“, seinen Verwertungsbedürfnissen entsprechen. Die Gesellschaft war kinderfreundlich orientiert, die Ausbildung und berufliche Sicherstellung der Jugend ein vorrangiges Staatsziel.

5. Als Folge der Beseitigung des Einflusses des Kapitals auf das gesellschaftliche Leben, der bedeutenden sozialen Umschichtungen infolge der breiten Aufstiegschancen in die Intelligenz und das Leitungspersonal und der im Vergleich zu kapitalistischen Verhältnissen geringen Einkommensunterschiede entwickelten sich vielfältige Elemente eines neuen sozialen Klimas, in dem Gemeinschaftsgeist und Solidarität einen hohen Stellenwert hatten und das an den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit orientiert war.

6. Die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich in der DDR vollzogen haben, prägen - bei aller Unvollkommenheit, Begrenztheit und Deformation - bis heute weitgehend die Vorstellungen, die mit dem Sozialismusbegriff verbunden werden. Die für Ostdeutschland konstatierte Affinität zu sozialistischen Ideen und Ansätzen resultiert in der Regel nicht aus einer Begeisterung für sozialistische „Visionen“, „Utopien“ und „Erzählungen“, sondern aus konkreter DDR-Erfahrung im Vergleich mit bundesdeutscher Realität.

Die DDR-Sozialisation ist auch ein wesentlicher - wenn nicht der entscheidende - Grund für die so unterschiedliche Parteienpräferenz in Ost- und Westdeutschland.

Wenn beispielsweise Politiker der LINKEN mit SPD, Bündnisgrünen und CDU in puncto DDR-Diffamierung wetteifern, dann brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn ihnen, wie kürzlich in Brandenburg (und schon 2006 in Berlin), die Hälfte ihrer Wähler den Rücken kehrt.

7. Die DDR war jahrzehntelang als unsichtbarer „dritter Tarifpartner“ ein zugunsten der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften wirkender Faktor der sozialen Auseinandersetzungen in der BRD.

8. In der DDR waren die Ausrottung des Faschismus und die konsequente Verhinderung seines Wiederauflebens, die Erziehung der Jugend im Geiste des Antifaschismus Staatsdoktrin. Faschistische, rassistische und nationalistische Ideologien und Einstellungen waren gesellschaftlich geächtet und wurden staatlich verfolgt, konnten sich deshalb nicht in relevantem

Umfänge formieren, nicht ausbreiten und politischen Einfluss erlangen. Das Geschwätz vom „verordneten Antifaschismus“ der DDR ist nichts als der untaugliche Versuch, vom dubiosen, ja tolerierenden bis fördernden Verhältnis der BRD zum Nazi-Erbe und zum Neofaschismus abzulenken.

9. Die DDR hat in der gesamten Zeit ihres Bestehens wichtige Beiträge zum Frieden, zur Entspannung und zur Verständigung in Europa geleistet. Sie hatte in ihrer Außenpolitik mit den hegemonialen, expansionistischen und revanchistischen Traditionen des Deutschen Reiches gebrochen und bekämpfte deren Wiederaufnahme durch die BRD. Sie verurteilte die von der BRD kolportierte völkerrechtswidrige „Vertreibungs“-Lüge und erkannte schon im ersten Jahr ihres Bestehens - 40 Jahre vor der BRD - die deutschen Ostgrenzen an.

Die DDR war der erste deutsche Friedensstaat. Sie führte keine Kriege. Ihre Streitkräfte gingen in ihrem Selbstverständnis von einer umfassenden und radikalen Ablehnung der Traditionen der kaiserlichen Aggressionsarmee, der reaktionären, profaschistischen Reichswehr der Weimarer Republik und der Naziwehrmacht aus.

Aus heutiger Sicht wird besonders deutlich, dass ihre Friedenspolitik, ja schon ihre bloße Existenz sich als Garantie dagegen erwies, dass die expansionistische, die Nachkriegsgrenzen in Frage stellende BRD - mit einer vom Personal der Naziwehrmacht aufgebauten und in deren Traditionen befangenen Bundeswehr - sich offen zum Aggressorstaat mauserte.

Diese gesellschaftlichen Veränderungen und Wirkungen prägten am stärksten die DDR-Gesellschaft, bestimmten mehr als alles andere ihr Wesen. Dies ignorieren heißt die Geschichte entstellen.

Diese Veränderungen waren Resultate der Politik der SED - durch sie programmatisch fixiert und durch ihre politische Arbeit und die dadurch erlangte Unterstützung von Millionen Menschen /9/ verwirklicht. Es hätte sie ohne das Wirken der SED nicht gegeben. Jede historisch-konkrete Beurteilung der Rolle der SED als einer der großen Parteien Deutschlands in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat diesen Zusammenhang zu berücksichtigen, sofern sie Anspruch auf wissenschaftliche Objektivität erhebt. Eine pauschale Verurteilung und Kriminalisierung der SED hat nur dann einen Sinn, wenn sie auch alle diese von der SED initiierten und maßgeblich mit bewirkten gesellschaftlichen Veränderungen grundsätzlich und offen verwirft. Ansonsten entbehrt sie jeder Logik, ist sie demagogisch.

### **Defizite, Deformationen und ihre Ursachen**

Der erste Anlauf zu einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft auf deutschem Boden ist nach vier Jahrzehnten trotz gewichtiger und vielfältig weiterwirkender Teilergebnisse gescheitert.

Zweifellos hatten ungünstige *objektive* Bedingungen daran einen großen Anteil. Die Hemmnisse und Erschwernisse, die sich dem neuen, eigenständigen Staatswesen im Osten Deutschlands entgegenstellten, waren enorm. Es gehörte einem Bündnis an, dessen meiste Gliedstaaten schwer an ihrer bisherigen ökonomischen Unterentwicklung zu tragen hatten. Die Hauptmacht Sowjetunion litt einerseits unter furchtbaren Kriegszerstörungen und -opfern, andererseits unter den Lasten eines von den USA mit dem Ziel des „Totrüstens“ forcierten Rüstungswettlaufs. Hinzu kam, dass die DDR den Löwenanteil der deutschen Reparationen bestritt, ferner die einschneidenden Demontagen der ersten Nachkriegsjahre. Die vom Westen ausgehende Spaltung Deutschlands und der Kalte Krieg multiplizierten die Schwierigkeiten. Die DDR unterlag den gezielten Schlägen der noch in den 40er Jahren anlaufenden Embargomaßnahmen und des bei offener Grenze von der „Frontstadt“ Westberlin aus gegen sie geführten Währungs- und Wirtschaftskrieges sowie einer permanenten Sabotage- und Diversionstätigkeit.

Allein der Bundesnachrichtendienst (BND) und sein Vorläufer, die „Organisation Gehlen“, verfolgten 71.500 DDR-Bürger durch gezielte Spionagetätigkeit; im Bundesamt für Verfassungsschutz gab es 28.000 entsprechende personenbezogene Vorgänge./10/ Das mit BRD-

und anderen NATO-Geheimdiensten kooperierende Ostbüro der SPD, „Tausende von Agenten ..., finanziert mit Steuergeldern und ausgerüstet mit Geheimtinten und Minikameras“/11/ beschäftigte sich ausgiebig mit Militärspionage und sammelte Informationen über drei Millionen DDR-Bürger /12/. Es organisierte auch 1950 die Vernichtung großer Mengen Kartoffeln und importierter Butter./13/ Die von Bundesregierung und Westberliner Senat anerkannte und geförderte, von der Westberliner Polizei abgesicherte „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ unternahm Sprengstoffanschläge gegen Brücken und Eisenbahnanlagen und bereitete die Inbrandsetzung von Kohlevorräten und die Sprengung der Sperrmauern der Saale-Talsperre vor./14/ Selbst die extrem DDR-feindliche Westberliner Presse charakterisierte die aus der „Frontstadt“ Westberlin und der BRD gegen die DDR betriebene subversive Tätigkeit als „der zwielichtige, doppelgleisige Schnüffel-, Spitzel- und Denunziantenbetrieb mit seinen vielfach noch schlimmeren Folgen“ und stellte fest, „daß Westberlin ein Sammelbecken für Tagediebe und Kriminelle geworden ist“./15/

Nachdem diese massive feindliche Einwirkung durch die Grenzsicherung vom August 1961 erheblich reduziert wurde, erlebte die DDR in den 1960er Jahren die ökonomisch und politisch erfolgreichste Periode ihrer Geschichte.

Doch noch hemmender wirkten Kräfte und Tendenzen im Innern des Realsozialismus, auch in der DDR. Die größte Gefahr, die faktisch nie ernsthaft bekämpft wurde, lag darin, dass keine lebendige, im Alltag auf Schritt und Tritt erlebbare sozialistische Demokratie entwickelt wurde. Die Entmachtung des Kapitals hatte dafür die entscheidende objektive Voraussetzung geschaffen, doch sie kam über partielle - zum Teil durchaus bemerkenswerte - Ansätze nicht hinaus. Gesamtgesellschaftlich bestimmend war und blieb, dass auf der Linie des antileninistischen Staats- und Parteikonzepts Stalins ein bürokratisch-zentralistisches Regime gestaltet wurde. Dieses war zweifellos bemüht, die materiellen und kulturellen Lebensinteressen des Volkes, besonders der arbeitenden Massen, wahrzunehmen, erwies sich aber als unfähig, die aktive und uneingeschränkte Teilnahme aller Bürger und ihrer Volksvertretungen an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen - vor allem über die Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung - zu verwirklichen.

Durch die seit 1948 betriebene Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“ wurde diese immer mehr zu einem Machtapparat formiert und dadurch immer weniger fähig, ihre eigentliche *politische* Rolle zu spielen. Der von antifaschistischem und sozialistischem Geist erfüllte aktive und selbstlose Einsatz vieler Hunderttausender Mitglieder der SED war eine bedeutende, die Gesellschaft bewegende Kraft, ohne die die erzielten Fortschritte nicht möglich gewesen wären. Dieses Engagement konnte jedoch auf Grund der bürokratisch-zentralistischen Parteistruktur mit ihren oligarchischen Entscheidungsmechanismen, der mangelhaften, ja rückläufigen Entwicklung der innerparteilichen Demokratie und der Durchsetzung einer mechanischen, antileninistischen Auffassung von Parteidisziplin nicht politikbestimmend werden. Diese Fehlentwicklung wurde durch die zunehmende Verflechtung von Partei und Staat forciert.

Der Stalinsche Dogmatismus bewirkte ein gefährliches Zurückbleiben der theoretischen, gesellschaftswissenschaftlichen Arbeit hinter der gesellschaftlichen Realität und zunehmende Theoriedefizite. Die mit der Übernahme des sowjetischen Gesellschaftsmodells verbundene Preisgabe des 1946 von KPD und SED ins Auge gefassten „besonderen deutschen Weges zum Sozialismus“ fügte vor allem dem Herangehen an die Probleme des Staates und der Demokratie, der Bündnispolitik und der Wirtschaftspolitik Schaden zu.

Diese politischen und theoretischen Defizite und Deformationen hatten schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik und das Wirtschaftssystem. Im Kern ging es darum, dass es nicht gelang, die sozialistischen Eigentumsverhältnisse so zu gestalten, dass die Produzenten ein wirkliches - und ökonomisch wirksames - Eigentümerbewusstsein entwickelten. (Wesentlich besser gelang dies in den Landwirtschaftlichen Produktions-*Genossenschaften*.) Deshalb wurde das den gesellschaftlichen Veränderungen immanente sozialistische Potenzial bei weitem nicht ausgeschöpft. Das äußerte sich beispielsweise in der sehr inkonsequenten Verwirklichung des Leistungsprinzips und der verbreiteten Verletzung des Wertgesetzes. (Allerdings geschah dies in erheblichem Maße unter äußeren Zwängen: dem von der kapitalistischen BRD und der von ihr abhängigen „Frontstadt“ Westberlin geführten Wirtschaftskrieg, der antisozialistischen Embargostrategie und dem Konkurrenzdruck auf dem - kapitalistischen - Weltmarkt.) All dies trug dazu bei, dass es nicht gelang, hinreichend starke soziale Antriebskräfte der sozialistischen

Wirtschaft zu entwickeln und im Bemühen um wirtschaftliche Effizienz und die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution voranzukommen.

Diese negativen Momente und Fehlentwicklungen erlangten - stark beeinflusst durch weltwirtschaftliche krisenhafte Veränderungen - im Laufe der Zeit das Übergewicht und führten zur Krise und zum Zusammenbruch der frühsozialistischen Ordnung in der DDR.

Suche nach einem Ausweg zu weiterem Fortschritt

Dabei dürfen wir aber nicht übersehen, dass es ernsthafte Bemühungen und auch reale Chancen gab, einen Ausweg aus dem Teufelskreis von komplizierten objektiven Bedingungen, dogmatischen Irrwegen und schwieriger Verallgemeinerung der praktischen Erfahrungen zu finden. Sie sind insbesondere mit dem XX. Parteitag der KPdSU, dieser Sternstunde für die grundlegende Korrektur bisheriger Fehlentwicklungen und die Beseitigung von Systemdefekten des Realsozialismus, verbunden.

In diese Wendezeit nach dem XX. Parteitag fällt der Versuch, mit einem „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ eine Lösung der Probleme zu finden. „Die DDR war das erste sozialistische Land, das 1962 mit dem Kurs auf ein ‚Neues Ökonomisches System‘ (NÖS) ernsthafte Wirtschaftsreformen begann.“/16/ Im Mittelpunkt des NÖS stand die Förderung des materiellen Eigeninteresses der Betriebe, die Verbindung von Plan und Demokratie, des Produzenten mit dem sozialistischen Eigentum.

Die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus führten zu der Erkenntnis, dass der Sozialismus keine kurzfristige Übergangsphase zum Kommunismus, sondern eine selbständige Gesellschaftsformation ist, in der es um die optimale Nutzung und Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen und die Durchsetzung des Leistungsprinzips geht. Gewinn, Zins und Kredit sind keine „Muttermale des Kapitalismus“, sondern eminent wichtige Instrumente, um die Produktivkräfte maximal zu entwickeln – und das heißt vor allem, die wissenschaftlich-technische Revolution zu meistern.

Doch diese Initiative verlief letztlich im Sande, weil die SED vor den notwendigen politischen und gesamt-gesellschaftlichen Konsequenzen zurückscheute.

### **Kein Sozialismus?**

Die grundlegenden Defizite im Realsozialismus - auch der DDR - machten deutlich, dass es sich noch nicht um einen *reifen*, einen wirklich *entwickelten* Sozialismus handelte, sondern um ein *frühes* Stadium dieser Gesellschaft - zudem durch schwerwiegende Deformationen beeinträchtigt - , um eine erste Etappe auf dem Wege ihrer Gestaltung.

All dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass dieser Beginn einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft mit dem kapitalistischen System und dessen Wertvorstellungen in einem Maße gebrochen hat, das einen grundlegenden (wenn auch auf vielen Gebieten noch sehr unvollkommenen, auf manchen sogar ausgesprochen ungenügenden) emanzipatorischen Fortschritt bedeutete. Dadurch vermittelte er wichtige Impulse und setzte bedeutende Energien frei für die Weiterentwicklung der Gesellschaft und die Verbesserung des Lebens der Menschen.

Die Stellung des Menschen in der Gesellschaft, vor allem in der Wirtschaft, der Produktion – dem wichtigsten Lebensbereich – hatte sich radikal verändert. „Ein Arbeiter in der DDR hat sich von seinem Meister weniger sagen lassen, als er es heute muß. Die Fälle der Kündigung durch die Arbeiter waren zu DDR-Zeiten gewiß nicht nur zahlreicher als die Kündigung durch den Betrieb, sondern auch als Kündigungen durch den Arbeiter heute. Der DDR-Facharbeiter war in seinem Betrieb zu DDR-Zeiten eine ziemlich souveräne Person.“/17/

Die bisher ökonomisch abhängigen, politisch beherrschten, geistig untergeordneten werktätigen Massen wurden dieser Fesseln ledig. Der Schauspieler Kurt Böwe beschrieb diese Entwicklung so: „Die BRD war für mich als Alternative undenkbar. Der bedeutsamste Grund zum Bleiben war für einen Landmenschen wie mich, daß diese Großgrundbesitzer ... enteignet wurden. Das empfand ich als eine regelrechte Segnung für die Menschheit.“ Und auf die Frage, wie seine

Karriere wohl im Westen verlaufen wäre, erwiderte Böwe: „Gar nicht. Ich stamme aus einer wenig bemittelten Bauernfamilie. In der Bundesrepublik wäre ich sicher nicht einmal bis zum Abitur gekommen, wir waren sieben Kinder. Wer hätte das finanzieren wollen? Für mich war die Teilung der Welt, und daß ich im Osten kleben blieb, ein wahrer Segen.“/18/

Es entsprach dem sich in den 60er Jahren entwickelnden vertieften Sozialismusverständnis, dass das Ringen um das NÖS begleitet wurde von weiteren bemerkenswerten Initiativen zur Entwicklung der sozialistischen Demokratie. Nach dem Ableben des langjährigen Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, im September 1960 wurde das Präsidentenamt durch ein „kollektives Staatsoberhaupt“, den Staatsrat, ersetzt. Ihm gehörten 23 Mitglieder aus allen Bevölkerungsschichten und Bereichen des gesellschaftlichen Lebens an. Zum Vorsitzenden wurde Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED, gewählt; alle anderen Parteien nominierten jeweils einen stellvertretenden Vorsitzenden. Die Tätigkeit des Staatsrates belebte – vor allem in den 60er Jahren – die Bündnispolitik mit den Mittelschichten. In seiner Programmatischen Erklärung lenkte der Staatsrat die Aufmerksamkeit auf ein größeres Gewicht der örtlichen Volksvertretungen, eine intensivere Arbeit der Staatsorgane aller Ebenen an der Basis und stärkere Beachtung der Rechte und Interessen der einzelnen Bürger.

Im Januar 1961 fasste der Staatsrat einen Beschluss zur weiteren Entwicklung der Rechtspflege. Er empfahl, bei der Urteilsfindung stärker die Ursachen von Straftaten und die Kompliziertheit der Bewusstseinsentwicklung zu berücksichtigen, weniger Freiheitsstrafen auszusprechen, dafür mehr mit den Mitteln der bedingten Verurteilung und des öffentlichen Tadelns zu arbeiten sowie die Verantwortung gesellschaftlicher Organisationen, besonders der Konfliktkommissionen in den Betrieben zu erhöhen. Im Februar 1961 hatte der Vorsitzende des Staatsrates, W. Ulbricht, eine vertrauensvolle und resonanzreiche Aussprache mit Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern.

Probleme aufgreifend, die gesellschaftliche Debatte anregend, auch längerfristig orientierend, Aktivitäten befördernd und viele spätere Ergebnisse zeitigend wirkten Kommuniqués des Politbüros des ZK der SED zu neuen, herangereiften Fragen der Jugend (Februar 1961) und der Frauen (Dezember 1961).

Apodiktische Behauptungen, dies sei gar kein Sozialismus gewesen oder diese Gesellschaft hätte keine sozialistischen Ideale verwirklicht, verschanzen sich hinter einer pseudolinken, völlig ahistorischen „Alles oder nichts“-Position, beugen die geschichtliche Realität unter abstrakte, am grünen Tisch ausgeheckte Kriterien. Mehr noch, sie ignorieren offensichtlich eine Fülle realer Tatsachen und deren Widerspiegelung im Massenbewusstsein.

Was die den Sozialismus aufbauende DDR wert war, zeigen die Folgen ihres Verschwindens.

Im Osten Deutschlands hielten soziale Kälte und die Spielregeln der Ellenbogengesellschaft Einzug; entscheidender Maßstab wurde, ob und wie sich etwas für das Kapital „rechnet“. Mietwucher, Obdachlosigkeit und Grundstücksspekulation griffen um sich. Die Bundes-„Treuhänder“ riss das Volkseigentum an sich und verschleuderte es an das westdeutsche Kapital. In kurzer Zeit gehörten Massenarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zum Alltag. Getrieben von Angst um den Arbeitsplatz wurde in immer größerem Umfang unbezahlte Arbeit geleistet. Kostenlose gesundheitliche Betreuung gehörte der Vergangenheit an. Als Folge der Überstülpung des antiquierten bundesdeutschen Schulsystems trat ein rapider Leistungsabfall ein; dafür breiten sich Privatschulen aus. Kultur, die diesen Namen verdient, wurde für immer mehr Menschen unerschwinglich. Löhne und Renten zeigen an, dass aus den früheren DDR-Bürgern Bundesbürger 2. Klasse geworden sind.

Auch die westdeutschen Arbeiter und Angestellten spürten sehr bald, dass der „unsichtbare dritte Tarifpartner“, die regulierend wirkende soziale, politische und geistige DDR-Konkurrenz weggebrochen war.

Die durch den Anschluss, die Kolonialisierung der DDR abgerundete BRD ist aber keineswegs saturiert, sondern erhebt nun nicht mehr wie seit den 50er Jahren hintergründig, sondern *offen* den imperialistischen Großmachtanspruch – ja den der europäischen

Hegemonialmacht. Sie führt Kriege auf drei Kontinenten. Sie ist in EU wie NATO treibende Kraft imperialistischer Expansions- und Aggressionspolitik.

Die weitere Entwicklung der BRD in ihrer bisherigen gesellschaftlichen und politischen Verfasstheit führt sie Krisen, Erschütterungen und Katastrophen entgegen, die nicht hinter den vergangenen zurückbleiben werden, sondern sie noch übertreffen können.

Erste und wichtigste Voraussetzung, solchen negativen Entwicklungen mit Erfolg entgegenzuwirken ist, nicht der überaus törichten und gefährlichen Illusion zu erliegen, man könne einvernehmlich, im Bunde mit den Kräften des Alten das notwendige Neue gestalten.

### **Die DDR - Resultat der Logik der Geschichte**

Charakteristisch für die system- und regimekonformen DDR-„Kritiker“ ist auch, dass der welt- und nationalgeschichtliche Zusammenhang, in dem die DDR steht, ihre kürzere wie lange Vorgeschichte, völlig außerhalb ihres Horizonts bleibt.

Die DDR ist aus den Klassenkämpfen der deutschen Geschichte erwachsen. In ihr sind vor allem solche gesellschaftlichen Veränderungen vollzogen worden, die seit vielen Jahrzehnten, zum Teil seit mehr als einem Jahrhundert auf der Agenda der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung, aber auch anderer demokratischer, progressiver Kräfte standen.

Die seit 1945 und seit der Gründung der DDR durchgeführten Umgestaltungen waren Konsequenz und Vollzug von Forderungen, die schon im 19. Jahrhundert proklamiert wurden und seitdem im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen gestanden hatten.

So entsprach die tiefgreifendste und wichtigste gesellschaftliche Veränderung im Osten Deutschlands, die Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln, der Grundforderung des Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie von 1891 nach „Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln - Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel - in gesellschaftliches Eigentum“/19/ – eine Forderung, von der sich selbst die SPD erst mit dem Godesberger Programm (1959) losgesagt hat.

Die Entscheidung für tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen, um die politischen Machtstrukturen und ökonomischen Grundlagen der großbürgerlich-agrarischen Reaktion zu überwinden, erhielten durch die Erfahrungen mit deren faschistischer Herrschaftsform die stärksten Impulse. So wurden die in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführten antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen, wie die Bodenreform und die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, von einer breiten Zustimmung getragen. Die Gründung der DDR schuf den staatlichen und konstitutionellen Rahmen für diese Umgestaltungen.

Neben der Festigung ihrer Ergebnisse traten in der DDR mehr und mehr gesellschaftliche Veränderungen in den Vordergrund, die sich aus der spezifisch sozialistischen Programmatik herleiten. In den Grundzügen lassen sie sich noch immer auf das Erfurter Programm zurückführen; und insgesamt halten sie sich - konkret historisch realisiert und modifiziert - in einem Rahmen, der durch im Grunde übereinstimmende oder sich doch nahekommende Kernaussagen des Heidelberger Programms (1925) und des Prager Manifests (1934) der SPD oder des Gründungsparteitages, der Brüsseler (1935) und Berner (1939) Konferenzen der KPD markiert wird.

Auch die Verankerung der gesellschaftlichen Umgestaltungen, auf die die DDR sich gründete und die in ihrem Rahmen vollzogen wurden, in der sozialistischen Programmatik der deutschen Arbeiterbewegung charakterisieren die DDR als Versuch, eine sozialistische Alternative zum kapitalistischen Deutschland der Vergangenheit und Gegenwart zu gestalten.

Die Zielvorstellungen der kämpfenden deutschen Arbeiterbewegung bildeten die historisch gewachsene programmatische Basis gesellschaftlicher Veränderungen mit dem Endziel des Sozialismus, ihre reale, zum Zeitpunkt der gesellschaftlichen Entscheidungen gegebene, Orientierung. Sie wie auch die mit ihnen verbundenen Kampferfahrungen mussten naturgemäß

Inhalt, Formen und Methoden der Umgestaltungen wesentlich bestimmen. Eine Kritik, die dies nicht beachtet, ist unhistorisch.

Die weitgehende prinzipielle Übereinstimmung von Kommunisten und Sozialdemokraten (bis hin zu den Beschlüssen des westdeutschen SPD-Parteitag von Hannover 1946 - die allerdings auf dem Papier blieben) wie auch deren Unterstützung durch andere Demokraten bekräftigen, dass die eingeschlagene Entwicklungsrichtung grundsätzlich nicht subjektiv motiviert war, sondern den objektiven Gegebenheiten und konkreten historischen Anforderungen entsprach.

40 Jahre lang war die DDR der gewichtigste Faktor der Klassenauseinandersetzung mit dem deutschen Imperialismus. Als erste Verwirklichung von Sozialismus auf deutschem Boden, als vier Jahrzehnte währende antikapitalistische, antiimperialistische Realität hat sich die DDR den ehrenvollen Hass der herrschenden Klasse der kapitalistischen, imperialistischen BRD und ihrer repressiven und manipulativen Apparate zugezogen. Einen Hass, der noch lange nicht gestillt ist, wie die massenhafte Enteignung und die politische Verfolgung durch den bundesdeutschen Rechtsstaat bewiesen haben und wie die regimeoffizielle Lügen- und Greuelpropaganda in Permanenz dokumentiert. Dies hat allerdings weniger historische als vielmehr aktuelle Motive - denn das Erbe der DDR ist ein Ferment, ein stimulierendes Element des Klassenkampfes gegen den deutschen Imperialismus, heute und künftig.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Martin Sabrow: Die DDR zwischen Geschichte und Gedächtnis. In: C. Ernst (Hrsg.): Geschichte im Dialog? (Schwalbach 2014), S. 23 ff.
- 2 Elke Sieber: Erinnerung an die DDR. Zwischen (N)Ostalgie und Totalverdammung. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2014, (Berlin 2014), S. 21.
- 3 Ebenda, S. 17.
- 4 M. Sabrow: Die DDR, S. 24.
- 5 Gabriele Oertel: Hans Modrow. Sagen, was ist, Berlin (2010), S. 189.
- 6 Vgl. neues deutschland, 25.9., 4./5.10., 6.10.2014.
- 7 Ebenda, 25.9.2014.
- 8 Ebenda, 10.2.2015.
- 9 Dazu liegen aussagekräftige Untersuchungen vor. Vgl. Heinz Niemann: Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993; ders.: Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR, Berlin 1995.
- 10 Vgl. neues deutschland, 17./18.1.2015.
- 11 Der Spiegel, 18.6.1990.
- 12 Vgl. ebenda u. Der Spiegel, 7.4.1969.
- 13 Zit. nach Klaus Huhn: Zwangsvereinigung. Posträuber. Ostbüro, o.O. (1996).
- 14 Vgl. Der Spiegel, 1.5.1971; Stern, 11.9.1955.
- 15 Der Kurier, 14.4.1955; Berliner Morgenpost, 15.4.1955.
- 16 Harry Nick: Die Marxsche Lehre im Lichte des sozialistischen Desasters sowie der globalen Revolution, Berlin 1997, S. 18.
- 17 Harry Nick: Das Eigentum und der Sozialismus, Berlin 1995, S. 10.
- 18 junge Welt, 28.4.1997.
- 19 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, Berlin 1974, S. 382.

## Veranstaltungen des Arbeitskreises Februar – Mai 2015

- Donnerstag, 19. Februar US-Außenpolitik immer gefährlicher  
Einführung: Prof. Dr. Anton Latzo
- Donnerstag, 26. März Gegen Lenin – über Stalin und Gorbatschow in den Untergang  
Einführung: Prof. Dr. Heinz Niemann
- Donnerstag, 16. April Die BRICS-Staaten in der internationalen Politik  
Einführung: André Scheer

### Sonnabend, 9. Mai Konferenz: 1955 – Jahr der Entscheidungen

#### Vorträge:

Georg Polikeit (*Wuppertal*)  
NAO-Beitritt und Remilitarisierung der BRD

Arno Neuber (Ettlingen)  
Der Kampf gegen die Remilitarisierung der BRD

Prof. Dr. Anton Latzo (Michendorf)  
Der Abschluss des Warschauer Vertrages und die DDR

Dazu laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von 11.00 bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*, Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung, für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Die **Donnerstag-Veranstaltungen** beginnen jeweils um **16.00 Uhr**. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstr. oder Antonplatz, Bus 158 u. 255 bis Woelckpromenade)

#### Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079  
Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574